



**PROGRAMM
FÜR DEN
WANDEL**

**VON
HIER AN
ZUKUNFT.**

GRUENE-NRW.DE

Inhalt

<i>ALLES FÜR DEN AUFBRUCH</i>	<i>3</i>
<i>LEBENSGRUNDLAGEN ERHALTEN</i>	<i>5</i>
Wir schützen das Klima	7
Wir geben NRW neue Energie - grün, sicher und dezentral	9
Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität - Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert	14
Wir schützen Natur und Umwelt	18
Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur	24
Wir bewahren unsere Landschaften und unseren Boden	28
<i>INNOVATIV WIRTSCHAFTEN</i>	<i>31</i>
Wir machen NRW zum klimaneutralen Industrieland	33
Wir fördern die Kreislaufwirtschaft	36
Wir schaffen grünen Boden für das Handwerk	37
Wir gestalten den Wandel zusammen mit kleinen und mittleren Unternehmen	38
Wir fördern Innovation für eine bessere Welt von Morgen	41
Wir schalten Digitalisierung auf Fast Forward	44
Wir bauen zukunftsfähig	45
Wir geben dem Finanzstandort in NRW ein Zukunfts-Profil	47
<i>ZUKUNFT DURCH BILDUNG</i>	<i>48</i>
Wir fördern Bildung von Anfang an	49
Wir stellen Kinder, Jugendliche und Familien in den Mittelpunkt	50

Wir investieren in Schulen und Ausbildung	53
Wir schaffen Sicherheit durch Weiterbildung	57
Wir verbessern die Bedingungen für Studium, Forschung und Lehre - mehr Raum für große Ideen	58
SOLIDARITÄT SICHERN	61
Wir arbeiten entschlossen gegen Armut	62
Wir machen Wohnungspolitik für alle	63
Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne	65
Wir investieren in Gesundheit und Pflege	66
Wir haushalten verantwortungsbewusst und investieren in unsere Zukunft	70
DEMOKRATIE IN DER OFFENEN GESELLSCHAFT	72
Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus	74
Wir machen den Staat effektiv, transparent und bürgernah	76
Wir begreifen Vielfalt als Stärke	79
Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung	82
Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair für Geflüchtete	84
Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat	85
Wir sichern den Schutz vor Gewalt	88
Wir stärken die Sicherheit und schützen Bürger*innenrechte	90
Wir fördern Kultur, Medien und Sport	94
Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt	100
ANDERS REGIEREN, EHRlich FÜHREN	103

Alles für den Aufbruch

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 15. Mai 2022 wählen Sie einen neuen Landtag für Nordrhein-Westfalen. Mit Ihrer Stimme - ob an der Urne oder per Briefwahl zu Hause - bestimmen Sie darüber, in welche Richtung unser Land steuert.

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht: Noch nie hatte die Landespolitik einen so großen Einfluss auf unser aller Alltag. Und es wurde offensichtlich, dass wir eine andere Politik als die der schwarz-gelben Landesregierung brauchen: Eine Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert, die vorausschaut und nicht nur auf Sicht fährt und von Krise zu Krise stolpert. Eine Regierung, die wirklich bereit ist, konsequent Verantwortung zu übernehmen.

Mit diesem Programm möchten wir Sie einladen, für diese Politik mit beiden Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu wählen. Denn es macht einen Unterschied, wer unser Land regiert, welche Ziele eine Regierung verfolgt und wohin sie das Land steuern will. Wir möchten mit Ihnen einen echten Aufbruch wagen in ein Nordrhein-Westfalen, das für alle Generationen lebenswert ist. Mit diesem Programm wollen wir mit Ihnen den Blick in eine Zukunft des klimagerechten Wohlstands werfen, in der beste Bildung und Solidarität Halt im Wandel geben und wir ein neues demokratisches Miteinander in unserer vielfältigen Gesellschaft finden.

Nordrhein-Westfalen hat schon viele Auf- und Umbrüche erlebt. Unsere Industrie ist innovativ, unsere Gesellschaft ist vielfältig, Zusammenhalt hat bei uns Tradition. Unser Land hat den Schlüssel für so vieles schon in der Hand. Wir Grüne trauen Ihnen, trauen Nordrhein-Westfalen und uns selbst den Aufbruch zu.

Machen wir die 2020er zum Jahrzehnt des entschlossenen Handelns und der weitsichtigen Politik. Nur so können wir die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch abwenden und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Das ist die Voraussetzung, damit die, die nach uns kommen, ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand genießen können.

Sichern wir gleichzeitig die Zukunft Nordrhein-Westfalens als führendes Industrieland in Europa - nicht obwohl, sondern gerade, *weil* wir klimaneutral wirtschaften. Die Technologien und das Wissen dafür sind in Industrie, Handwerk, Startups und Hochschulen längst vorhanden. Mehr noch: Viele Unternehmen sind seit langem schon viel weiter als die Politik der Landesregierung. Jetzt braucht es die politische Entschlossenheit, den Rahmen zu setzen, damit in Nordrhein-Westfalen die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen.

Exzellente, lebenslange Bildung ist der Schlüssel für ein gutes Leben in einer Gesellschaft, die vielfältig ist, und in einer Arbeitswelt, die sich ständig wandelt. Unsere Kinder sind unsere Zukunft - behandeln wir sie also auch so! Bringen wir unsere Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen endlich auf die Höhe der Zeit und machen wir sie zu den schönsten Orten des Landes!

Erneuern wir das Versprechen, dass es in Nordrhein-Westfalen gerecht zugeht! Denn in all diesem Wandel muss eines sicher sein: Jeder, der hier lebt, hat das Recht auf ein Leben in Würde und Sicherheit. Auf eine bezahlbare Wohnung, faire Bezahlung und gleiche Behandlung, egal woher man kommt oder wohin man möchte. Ein echter Aufbruch kann nur gelingen, wenn alle Menschen ihn mitgehen und als fair empfinden.

Dieses Programm ist unter der Mitwirkung vieler Bürger*innen, im Dialog mit Initiativen, Unternehmer*innen und Engagierten entstanden. Und genauso verstehen wir auch im Land politische Verantwortung: Leben wir eine neue Kultur der Beteiligung! Wir sind überzeugt, dass der Aufbruch hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft besser gelingt, wenn alle daran teilhaben und ihn mitgestalten können. Unsere Demokratie ist dann stark, wenn wir uns auf Augenhöhe begegnen – so verschieden wir auch sein mögen. Auseinandersetzungen über unsere gemeinsame Zukunft sind anstrengend, aber ohne sie geht es in einer Demokratie nicht voran. Investieren wir deshalb in Orte, an denen wir uns begegnen, uns auseinandersetzen und Gemeinschaft leben können: in Schulen, Schwimmbädern, Jugendzentren und auf öffentlichen Plätzen.

Einen Aufbruch, wie wir ihn meinen, gestaltet keine Partei und keine Regierung allein. Wir Grüne verstehen uns als politische Kraft, die all das ins Parlament und in die Regierung trägt, was sich überall im Land schon regt: die Hoffnung auf Wandel und ein besseres Morgen. Das ist überall im Land zu spüren: In den Unternehmen, die heute schon wie morgen wirtschaften; in den Hochschulen des Landes, in denen Technologien erforscht werden, die unser Leben besser machen; in den Schulen, in denen die Vielfalt der Schüler*innen zum Erfolg beiträgt.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, daraus eine verlässliche Politik zu machen, die über die nächste Wahl hinausdenkt. Wir wissen, dass aufschieben und nichts tun uns alle am Ende mehr kostet. Raus aus dem Reparaturmodus – machen wir Vorsorge zum Leitprinzip unseres Handelns! Schaffen wir Sicherheit im Wandel. Mit einer klaren Vision: dem klimagerechten Wohlstand für alle in Nordrhein-Westfalen.

Dieses Programm legt dafür den Grundstein. Es beschreibt in konkreten Projekten, wie der Wandel in Nordrhein-Westfalen gelingen kann. Wir haben uns viel vorgenommen und wissen, dass der Weg nicht einfach wird. Mancher Widerstand wartet darauf, mit Argumenten und neuen Mehrheiten überwunden zu werden. Wir setzen auf die Kraft der Überzeugung und unsere Erfahrung, gemeinsam Lösungen zu finden, wenn es schwierig wird. Wir haben keine Angst vor Fehlern, sondern ziehen unsere Kraft daraus, offen und lernfähig zu sein. Inzwischen sind wir Grüne in Nordrhein-Westfalen gesellschaftlich tief verwurzelt und erhalten immer mehr Zuspruch. Wir sind in den letzten Jahren inhaltlich und personell gewachsen und üben Führungsverantwortung in zahlreichen Großstädten und ländlichen Gemeinden überall im Land aus.

Unser Land befindet sich im vielleicht wichtigsten Jahrzehnt seiner Geschichte. Lassen Sie uns den Weg der Veränderung gemeinsam gehen. Dazu laden wir Sie ein.

Lebensgrundlagen erhalten

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist **die** Aufgabe unserer Zeit. Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Wer Klima und Umwelt schützt, schützt auch unsere Freiheit und die der nachfolgenden Generationen.

Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima- und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart.

Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen. Sie alle verdienen Unterstützung in ihrem Engagement durch einen von Bundes- und Landespolitik gestalteten Rahmen, der eine klimaneutrale Gesellschaft tatsächlich möglich macht.

Im Klimaschutz steckt eine riesige Chance für einen sozialen und ökologischen Wandel, der das Leben in Nordrhein-Westfalen für alle verbessern wird. Ein klimagerechter Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit, neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze, intakte Natur und eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land sind unsere Leitplanken.

Dieser Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharrt. Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land bis 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle Landesgesetze. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So schaffen wir zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und für alle bezahlbar. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unsere Mobilität nicht weiter das Klima aufheizt, lärmt und die Luft in unseren Städten verschmutzt. Für Fahrräder und Fußgänger*innen gibt es mehr Platz. Dörfer und auch abgelegene Regionen binden wir endlich an Bus, Bahn und vernetzte Mobilitätsangebote an. Grüne Oasen in der Stadt spenden auch im Sommer Schatten und sorgen für frische Luft. Und auch die Industrie wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und konsequente Kreislaufwirtschaft leiser, sauberer und effizienter. Von Dürre und Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und klimaangepasste Mischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte erhalten faire Preise für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen, die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen. Wir geben der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und Parks und die

Bienen wieder zurück auf die Felder. Zu diesem Zweck setzen wir die Forderungen der Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den Flächenverbrauch ebenso wie den Pestizideinsatz.

Wir schützen das Klima

Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW

Nordrhein-Westfalen kann auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und bis 2040 klimaneutral werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm ein. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die wir auf Landesebene haben, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen und stellen den Kohleausstieg bis 2030 sicher. Wir legen ein Klimaschutzgesetz vor, das hält, was es verspricht. Mit klar definierten jährlichen Zielen für jeden Sektor und verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht werden sollen. Ein Klima-Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele. Kommunen statten wir mit mehr Geld und Personal für Klimaschutz und den Schutz vor Klimawandelfolgen aus. Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns Teil der Daseinsvorsorge. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen geben wir mit einem Industriepakt gezielt Unterstützung für Investitionen in klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen: eine höhere CO₂-Bepreisung, Klimaverträge und steuerliche Anreize für Investitionen in Klimaneutralität. Beim Verkehr senken wir die Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz, einem Klima-Check für Straßenbauvorhaben und mehr Unterstützung für den Ausbau von Bus und Bahn. Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren Förderquoten in Landesförderprogrammen besonders unterstützen.

Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme

Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze einführen. Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen: Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf nicht die Klimakrise anheizen.

Klimaanpassung: NRW vor der Klimakrise schützen

Schon heute ist es in unserem Land 1,5 Grad wärmer als zu Beginn des letzten Jahrhunderts und auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu erhöhen, wird es zu einem weiteren Anstieg kommen. Besonders in ländlichen Gebieten steigt die Gefahr von Waldbränden. Land, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen müssen sich noch besser an die

unvermeidbaren Folgen der Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen entstehen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen, werden wir offene Wasserflächen und mehr Grün in die Städte bringen und auf Plätzen, Dächern und Fassaden und über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen. Bei Starkregen kommt jede Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau anhand des Leitbilds der „Schwammstadt“ so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit intelligenter Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die Kommunen mehr Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen beispielsweise für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten oder die Fassadenbegrünung ausweiten. Auch bei der Klimaanpassung gilt: Keine Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer Versiegelung schützen.

Erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen: schnell, naturverträglich, fair

Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff. Deswegen stellen wir den Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ins Zentrum. Der Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Da wir darauf nicht mehr angewiesen sein wollen, brauchen wir sehr schnell viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, bis 2035 die Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen zu 100 Prozent auf Erneuerbare umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte Ausbauoffensive für Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir Mindestabstände für neue Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher Klimaschutz ab, sondern auch die Zukunft unseres Industriestandortes. Die Ausbauehemnisse auf Landesebene werden wir beispielsweise durch Änderungen in der Landesplanung, dem Klimaschutzgesetz oder der Landesbauordnung aus dem Weg räumen. Daneben werden wir mit einer stärkeren Bündelung auf Landes- und Regionalplanebene die Planungen für die Erneuerbaren Energien beschleunigen und die überörtliche Steuerung im Sinne des Arten- und Naturschutzes verbessern. Arten- und Naturschutz zu sichern, Fairness und Teilhabe für Bürger*innen auf Augenhöhe und eine Beschleunigung der Planungsverfahren gehört für uns beim Ausbau der Erneuerbaren zusammen.

Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen

Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser Land grundlegend verändern. Nur mit digitalen Mitteln werden wir unsere Gesellschaft klimaneutral umbauen können. Mit künstlicher Intelligenz und digitaler Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und Wärmepumpen unsere Häuser heizen. In der

Industrie sind mit stärkerer Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss die Digitalisierung konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird. Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch den überbordenden Datenverbrauch fragwürdiger Anwendungen aufgefressen werden. Mit einer ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung zum Vorreiter bei der Nutzung von Green IT und klimaneutralen Rechenzentren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. Dadurch können wir Energieeinsparungen gegenüber bisherigen Netzen nutzen.

Den Jobmotor Klimaschutz zum Laufen bringen

Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität bedeutet ein nie dagewesenes Modernisierungsprogramm. Es sichert bestehende Arbeitsplätze und schafft viele neue. Das Erreichen von Klimaneutralität spielt für unsere Unternehmen und Nordrhein-Westfalen als Standort eine immer größere Rolle im weltweiten Wettbewerb. Im Bereich Erneuerbarer Energien, aber auch in der Bauwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft oder der Industrie werden durch die notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe hunderttausende neue Arbeitsplätze entstehen. Indem wir Landesfördermittel mit einem Klima-Check klar an einen Nutzen für den Klimaschutz binden, unterstützen wir den Aufbau zukunftsfähiger Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten fast 500.000 Menschen in unserem Land in grünen Jobs. Diese zukunftsfähigen Jobs müssen aber auch nachhaltig im Sinne fairer und sicherer Arbeitsbedingungen sein. Wo das Land Einfluss darauf nehmen kann, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln, werden wir tarifvertraglich gesicherte oder mindestens vergleichbare Bedingungen einfordern. In einzelnen Branchen wie der fossilen Energiewirtschaft werden Arbeitsplätze wegfallen. Uns ist sehr bewusst, dass der Verlust der Arbeit einen enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber niemanden damit allein, sondern werden diese Menschen durch Instrumente wie das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich für zukunftsfähige Arbeitsfelder fit zu machen.

Wir geben NRW neue Energie - grün, sicher und dezentral

Kohleausstieg auf 2030 vorziehen

Ein Kohleausstieg erst 2038 passt mit den Klimazielen nicht zusammen. Wir gehen voran und setzen mit einer neuen Leitentscheidung den Rahmen für ein Ende des Braunkohleabbaus bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche

Ausstiegsplanungen im Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so kann eine verlässliche Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte vermieden werden.

Die Industrie in unserem Land ist auf eine gleichbleibend hohe Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom aus dem Norden auch zu uns kommt.

Wir werden sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen Kohleausstieg nicht aus der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung und die Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus stehlen kann. Die Planungen für die Versorgung der Feuchtgebiete und die Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser aus dem Rhein müssen umgehend vor dem Hintergrund des Klimawandels überprüft und an einen früheren Ausstieg angepasst werden. Statt unnötige Autobahnen wiederherzustellen, muss RWE das Geld in eine ökologisch hochwertige Renaturierung investieren. Den Hambacher Wald werden wir in öffentlichen Besitz überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann.

Sonnenenergie von jedem Dach

Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden, wenn wir den Turbo für die Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Dächern werden. Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger Bürokratie. Dazu gehören auch Erleichterungen beim Denkmalschutz. Um auch Mehrfamilienhäuser endlich flächendeckend für die Solarenergie zu nutzen, werden wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen. Wir werden die öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen zu Klimavorbildern machen und so schnell wie möglich alle geeigneten Dachflächen vollständig nutzen. Auch auf Gewerbegebäuden und Neubauten werden Solaranlagen mit uns schnell zum Standard. Perspektivisch muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage zieren. Pachtmodelle können hier unterstützend wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in eine Anlage investieren.

Solarparks säumen unser Autobahnnetz

Auch wenn wir auf jedem Dach Strom erzeugen: Wir brauchen auch den Strom und zunehmend auch die Wärme aus Freiflächensolaranlagen, um auf Kohle, Öl und Erdgas verzichten zu können. Auch hier nutzen wir die Standortvorteile von NRW und werden vor allem entlang des dichten Netzes der Autobahnen und Bahntrassen Flächen freigeben, genauso wie bereits versiegelte Flächen wie Parkplätze, Halden und Deponien. So vermeiden wir Flächenkonkurrenzen mit Landwirtschaft und Naturschutz. Das gilt noch mehr für Agri-Photovoltaikanlagen, bei denen die Stromproduktion mit Landwirtschaft oder Gartenbau auf der gleichen Fläche kombiniert wird. Die ersten Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten, um Vor- und Nachteile, Potenziale und

Hemmnisse ermitteln zu können. Wir wollen mit einem Solarenergie-Erlass unsere Vorstellungen für Kommunen und Planer*innen erläutern und mit klaren Vorgaben sicherstellen, dass die Anlagen Vorteile für Artenschutz und Biodiversität bringen. Wie bei der Windenergie wollen wir die Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen und fair beteiligen.

Wieder Rückenwind für die Windenergie

Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds geben wir der wichtigsten Erneuerbaren Energie wieder Rückenwind. Denn die Windenergie ist zusammen mit der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen damit nicht zusammen. Wir werden sie daher wieder abschaffen. Außerhalb besonders schutzwürdiger Wälder werden wir die Windenergie wieder einfacher zulassen. Auch werden wir den Bau von Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten erleichtern. Außerdem werden wir Änderungen auf Bundesebene erwirken, damit ausreichend Flächen für neue Anlagen bereitstehen. Genauso müssen die Abgaben und Umlagen auf Strom und Wärme geändert werden. Wenn mehr als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es sich lohnen den Strom zu speichern, statt die Anlagen runterzufahren.

Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative Verbesserungen und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Wir werden den Artenschutz auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter stärken, indem Dichtezentren windenergie-sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug werden Anlagen in anderen Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit einem umfangreichen Schutzprogramm helfen wir Vögeln und Fledermäusen. Repowering wollen wir erleichtern, so dass alte Windenergieanlagen dort, wo es keine Artenschutzbedenken gibt, zügig durch leistungsstärkere in der Nähe ersetzt werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel breit akzeptiert.

Power to the People: Bürger*innen an der Energiewende beteiligen

Die Energiewende wurde viele Jahre lang maßgeblich von Bürger*innen vorangetrieben. Mit uns Grünen bekommt die Demokratisierung der Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von günstiger Energie. Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks unterstützen wir bei der Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Mit einem Siegel für Faire Windenergie schaffen wir Transparenz und Vertrauen. Wir setzen das Landesförderprogramm für Mieterstrom neu auf. In der Bundespolitik machen wir uns für attraktiven Mieterstrom stark. Denn gerade in unserem Bundesland mit vielen Mehrfamilienhäusern können Mieter*innen noch viel stärker am Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

Tempo machen bei Heizungstausch und Gebäudesanierung

Es ist das heiße Eisen beim Klimaschutz: In zwanzig Jahren Millionen Gebäude – vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt – klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht. Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es möglich. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate. Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir bis 2030 alle Landesliegenschaften energetisch sanieren und setzen ambitionierte Standards für öffentliche Neubauten. Nur so ist das gesetzliche Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen.

Wir helfen den Kommunen bei der Erstellung kommunaler Wärmeplanungen. Dadurch wird klar, wo Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden können und wo auch in Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss. Wir vereinfachen die Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für höhere Energieeffizienzstandards ein, auch für den Bestand. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote für Erneuerbare Energien vor.

Wir stocken die Angebote zur Energieberatung der Verbraucherzentrale auf und machen sie kostenfrei. Darüber hinaus unterstützen wir die Kreise und kreisfreien Städte dabei, Sanierungsmanager*innen einzustellen und Energiekompetenzzentren aufzubauen. Dort sollen die Bürger*innen sich zu Energiewende und Klimaschutz beraten lassen können, Vorträge und Schulungen stattfinden und Technik unmittelbar erlebbar werden.

Fair geht mehr bei der Wärmewende

Ein warmes Zuhause geht auch ohne CO₂-Emissionen und hohe Heizkostenrechnung. Die technischen Lösungen dafür sind längst da. Wir wollen, dass es bei der Wärmewende fair zugeht. Die kontinuierlich steigende CO₂-Steuer sorgt für ehrlichere Preise. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Einnahmen aus dieser Steuer an die Menschen rückverteilt werden. Dadurch haben insbesondere Haushalte mit geringerem Einkommen am Ende des Jahres einen finanziellen Vorteil. Werden Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu Lasten der Mieter*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als die Einsparungen der Energiekosten. Auf Bundesebene wollen wir deshalb die Kosten fair zwischen den Vermietenden, den Mietenden und dem Staat aufteilen. Auf Landesebene wollen wir in den Förderprogrammen des Landes eine Sozialkomponente mit höheren Förderquoten für Haushalte mit niedrigem Einkommen einführen. Viele Menschen können sich eine aufwendige energetische Sanierung ihres Hauses mit den aktuellen Förderungen nicht leisten. Diese müssen auch mithilfe von Landesmitteln weiter verbessert werden. Zudem müssen die Prozesse bei der Nutzung der Landesförderprogramme vereinfacht und weiter digitalisiert werden.

Erdgas nur wohldosiert für den Übergang nutzen

Die Rolle von Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende wird überschätzt. Denn Erdgas hat gegenüber Kohle kaum Klimavorteile, wenn Leckagen bei Förderung und Transport berücksichtigt werden. Zudem binden uns neue Kraftwerke und Pipelines wegen der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran. Daher werden wir dafür sorgen, dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden, wo sie wirklich für den Übergang gebraucht werden und mit den Klimazielen vereinbar sind. Das wird vor allem als Ersatz für Kohlekraftwerke in Fernwärmenetzen sein, wo Erneuerbare und Abwärmequellen auf Basis von kommunalen Wärmeplanungen noch nicht ausreichend verfügbar sind. Grundvoraussetzung ist, dass sie in Zukunft auch mit Wasserstoff oder anderen klimaneutralen Gasen betrieben werden können und die Einbindung erneuerbarer Wärme nicht behindern. Neue Pipelines werden wir nur genehmigen, wenn sie auch erneuerbare Gase wie grünen Wasserstoff transportieren können. Biogas als klimaneutrale Alternative zu Erdgas werden wir nachhaltiger machen. Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe umzustellen. So können wieder mehr landwirtschaftliche Flächen für die Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln genutzt werden.

Eine weitere Alternative zu Erdgas ist die Geothermie. Wir werden Wärmepumpen weiter fördern, die Wärme schon aus wenigen Metern Tiefe für die Beheizung von Gebäuden nutzen. Um aus Erdwärme Strom zu produzieren, muss man in Nordrhein-Westfalen mehr als tausend Meter tief bohren. Wir werden die ersten Forschungsprojekte dazu unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine Fracking-Verfahren oder andere wassergefährdende Technologien eingesetzt werden.

Atomausstieg vollenden - Urananreicherungsanlage Gronau schließen

Auch wenn in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz ist: Der Atomausstieg ist hier noch lange nicht vollendet. Unser Ziel ist es, die Urananreicherungsanlage in Gronau schnellstmöglich zu schließen. Auf Bundesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass das Exportverbot im Atomgesetz auch für die Reststoffe aus der Urananreicherung in Gronau gilt. Bei der deutschlandweiten Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Abfall bekennen wir uns zum verabredeten Verfahren der Standortsuche. Für die Zwischenlagerung, wie z.B. in Ahaus, braucht es ein unter Beteiligung aller Betroffenen erarbeitetes Gesamtkonzept für ganz Deutschland mit einheitlichen Sicherheitsanforderungen. Wir ergreifen die Initiative für ein Abschalten grenznaher Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern und schöpfen alle Einspruchsmöglichkeiten aus. Die Standortentscheidung für das geplante Logistikzentrum für Atommüll in Würgassen erscheint nicht erst nach der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 fragwürdig. Wir werden die Notwendigkeit und die Standortauswahl kritisch prüfen. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste Priorität haben.

Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität - Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert

Garantiert mobil in ganz NRW - mit einem Ticket fürs ganze Land

Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und Bahn zurückgelegt – da ist noch viel Luft nach oben. Wir machen umweltfreundliche Mobilität für alle attraktiv und bezahlbar. Wir streben eine Mobilitätsgarantie an, mit der alle Menschen im Land von 5:30 Uhr bis 22:30 Uhr mindestens im Stundentakt mit einer verlässlichen Verbindung vorankommen – in Großstädten mindestens halbstündlich von 4:30 bis 23:30. Die Angebote werden vertaktet, auf andere Busse und die Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall attraktiv wird. Flexible Bedienkonzepte via App und traditionelle Ruf- oder überörtliche Bürgerbusse sind gute begleitende Angebote dort, wo ein gut getakteter Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

Wir bauen das Verkehrsnetz für das 21. Jahrhundert

Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere Verkehrsteilnehmer*innen oftmals sich selbst. Grüne Verkehrspolitik stellt demgegenüber Klimaschutz und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir werden Bahnstrecken reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre beseitigen. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Damit das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn, Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir, selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Wir wollen sie bei ihrer Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen und prüfen, ob wichtige neue Infrastruktur zukünftig von einer Landesverkehrsgesellschaft geplant und unterhalten wird. Für uns Grüne hat dabei der effektive Schutz vor Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die Elektrifizierung heutiger Dieselstrecken bis 2030 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen und Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder Umgehungsstraßen, zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen- und Radwegen umschichten.

Mit dem Bus direkt und abgasfrei ans Ziel

Um die Verkehrswende in Stadt und Land schnell voranzubringen, werden wir in ein leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis 2025 werden wir 50 regionale Schnellbuslinien schaffen und so für alltagstaugliche, verlässliche Land-Stadt-Verbindungen und – wo entsprechende Angebote fehlen – auch zwischen den verschiedenen Ballungsräumen sorgen. Um auch zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu gewährleisten, werden wir dem Vorbild anderer Länder folgen und Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Die Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive Förderbedingungen für die Kommunen und Verkehrsbetriebe vorantreiben, bei der Neuaufstellung oder Fortschreibung örtlicher Nahverkehrspläne wird die Festschreibung klimafreundlicher Antriebe in Zukunft zur Pflicht.

Sicher, schnell und barrierearm mit dem Fahrrad durch NRW

Seit einigen Jahren erfreut sich das Radfahren stark steigender Beliebtheit. Bereits rund acht Prozent der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. Bewegungen wie die *Volksinitiative Aufbruch Fahrrad NRW* fordern, das Fahrrad endlich als vollwertiges Verkehrsmittel anzuerkennen und den Radverkehr entsprechend zu fördern. Für uns Grüne ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung unserer Klimaschutzziele. Mit einem neuen, besseren Radverkehrsgesetz werden wir Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs zukünftig auf 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu nutzen, ein landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln und unsere Kommunen finanziell bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte zu unterstützen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und sorgen dafür, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis mitgenommen werden können. Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen ohne Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben.

Autos der Zukunft: Individuell. Elektrisch. Mobil.

Stau, Lärm, Abgase, andauernde Parkplatzsuche und steigende Kosten – Autofahren ist gerade in unseren Großstädten für immer mehr Menschen nicht mehr die erste Wahl. Andererseits sind gerade Familien im ländlichen Raum, aber auch Unternehmen und andere Einrichtungen nach wie vor auf den eigenen Wagen angewiesen. Wir setzen deshalb auf die Chancen des Elektroantriebs - in Verbindung mit unseren ehrgeizigen Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien. In den kommenden fünf Jahren schaffen wir flächendeckende Lademöglichkeiten im privaten und öffentlichen Raum. Dazu werden wir die Parkraumverordnung anpassen und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und Speichertechnik weiter fördern. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden, Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und

Abgaben entlasten. Für uns Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg auf den E-Antrieb vorangeht. Bis 2030 wollen wir öffentliche Fahrzeugflotten daher auf regenerative Antriebe umstellen.

Mehr Mobilität für alle durch intelligent vernetzte Angebote

Warum sollen wir uns auf nur ein Fortbewegungsmittel festlegen, wenn wir alle nutzen können? In Zukunft steht uns alles zur Verfügung, was uns bewegt. Wir sorgen für echte Wahlfreiheit durch die intelligente Vernetzung aller Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten *Sharing-Angebote* für Autos, Fahr- und Lastenräder, Scooter und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und Busplätze bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem Fahrrad in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden endlich flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung, um Angebote wie den *Bus auf Bestellung* oder Mitfahrdienste zu stärken. Um eine echte Vernetzung aller Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter verpflichten, Schnittstellen zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand bereitzustellen. Private Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem wir – analog zur Kaufprämie für E-Autos – eine finanzielle Förderung für den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad einführen.

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch unserer Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir Grüne werden darum – mit oder ohne den Bund – für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen. Neben einem Sicherheitstempo von 130 km/h auf unseren Autobahnen werden wir auch das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften umsetzen. Städte und Kreise können dann selbstständig entscheiden, wo im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur für mehr Sicherheit im Autoverkehr. Von grüner Verkehrspolitik profitieren endlich auch Kinder, Menschen mit Behinderung, Fußgänger*innen und Radfahrende. Ihre Sicherheit muss zukünftig oberste Priorität in der Verkehrspolitik unserer Städte und Gemeinden haben. Dazu verpflichten wir unsere Kommunen zur Aufstellung von Fuß- und Radverkehrskonzepten und fördern deren Umsetzung.

Flugverkehr klimaneutral ausrichten, Anwohner*innen schützen

Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Hinzu kommen der immense Flächenbedarf und die starken Belastungen für Anwohner*innen durch Fluglärm, Abgase und den An- und Abreiseverkehr. Wir Grüne nehmen diese großen Herausforderungen an und machen den Flugverkehr mit einem nachhaltigen Flugverkehrskonzept zukunftsfest. Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn zu

Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen Treibstoffen machen. Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Die Zukunftsperspektiven der vier Regionalflughäfen werden wir genau analysieren. Sie müssen sich aus eigener Kraft tragen. Inlands- und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive Alternativen mit Bus und Bahn so schnell wie möglich überflüssig.

Für einen klima- und umweltfreundlichen Güterverkehr

Rund 3,7 Milliarden Tonnen Güter wurden 2020 durch Deutschland bewegt. Davon wurden 3,2 Milliarden Tonnen auf der Straße transportiert, lediglich 500 Millionen Tonnen per Zug oder Binnenschiff. Wir Grüne wollen, dass sich endlich mehr auf Wasser und Schiene bewegt. Wir bekennen uns zum Ziel der Europäischen Union, 75 Prozent des Güterverkehrs, der aktuell auf der Straße stattfindet, auf die Bahn oder das Schiff zu verlagern. Verbleibenden LKW-Verkehr machen wir bis 2035 emissionsfrei. Unser Bahnausbau-Programm nutzen wir, um wieder mehr Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz anzuschließen und den Ausbau der Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen Lärmschutzstandards umzusetzen. Eine Mautbefreiung für kombinierte Verkehre rund 50 km um Häfen und Güterbahnhöfe kostet nicht viel, ermöglicht aber, dass sich Multimodalität im Güterverkehr rechnet. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden, Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur Ertüchtigung unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Dabei ist es unser Ziel, auch in der Schifffahrt fossiles Schweröl durch alternative Kraftstoffe und Antriebe zu ersetzen.

Oberleitungen, Wasserstoff, grüne Biotreibstoffe und Batterien: Für jeden Laster der passende Antrieb

Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Gas-LKW werden längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von Oberleitungen auf unseren Autobahnen vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land bis 2035 elektrisch durchqueren können.

Wir schützen Natur und Umwelt

Artensterben stoppen - Volksinitiative Artenvielfalt umsetzen

Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten spitzt sich jedes weitere Jahr zu. Die Hälfte aller Arten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Wer durch die Natur streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. Natur, die auch uns erhält und das Klima schützt. 115.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben mit ihrer Unterschrift für die „Volksinitiative Artenvielfalt“ ein deutliches Zeichen für den Artenschutz gesetzt. Das ist gerade auch ein großer Erfolg für alle Aktiven, die sich oft ehrenamtlich seit Jahren im Natur- und Umweltschutz einsetzen. Wir setzen ihre Forderungen um, stoppen den Flächenfraß und unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur wirtschaftet. Dazu aktualisieren wir die „Biodiversitätsstrategie NRW“ mit den neuesten Daten und mit ambitionierten Zielen. Mit einem „Landesprogramm Biologische Vielfalt“ bringen wir die Landespolitik beim Schutz der biologischen Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete Umsetzung sind die 44 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn.

Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan wieder das verbindliche Ziel, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar pro Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen und bis 2035 auf netto null abzusenken. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit operativen Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten Maßnahmen. Mit Hilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten Finanzausstattung des Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive und machen so vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu versiegeln. Wir führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.

Lebensräume verbinden heißt Arten schützen - die Senne wird zweiter Nationalpark

Biologische Vielfalt braucht ihren Raum. Wo Lebensräume durch Straßen oder Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen. Hier bilden Wiesen, Weiden, Gewässerrandstreifen und andere Strukturen ein Netz, in dem die Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch gewährleistet wird. Wo immer es möglich ist, müssen Schutzgebiete verbunden und solche größeren Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir schützen wertvolle Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Mit Förderprogrammen und klaren Vorgaben schaffen wir Anreize

für den Erhalt unterschiedlicher Lebensraumtypen und setzen dafür auf ein integriertes Lebensraumentwicklungsprogramm. Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für Verbände muss endlich umgesetzt werden.

Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue Schutzgebiete schaffen wir zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne und Teutoburger Wald kann ein weiteres großräumig vernetztes Schutzgebiet mit Wald- und Offenlandflächen im Norden des Landes entstehen. Dafür muss der „Teuto“ vor Rodungen und vor weiterem Abbaggern durch die Zementindustrie geschützt werden.

Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO₂-Minderung. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein wichtiger CO₂-Speicher. Wir wollen daher diese Ökoysteme besser schützen, durch gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich verbessern.

Mehr Artenschutz in unserer Nachbarschaft

Artenschutz gehört auch in die Stadt. Zum Schutz der Artenvielfalt im städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf begrünte Fassaden und Dächer, auf starke kommunale Baumschutzsatzungen bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von sogenannten Schottergärten in der Landesbauordnung. Pestizide haben in Hausgärten, öffentlichen und nicht-landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren.

Entlang unserer Straßen muss es wieder summen. Straßengrün umrahmt mehrere tausend Kilometer Straße in Nordrhein-Westfalen. Wir machen eine insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur Regel und schaffen damit parallel zum Straßen- ein Vielfaltsnetz.

In unseren Städten wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren Schlaf, sondern auch für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir verankern die Vermeidung von Lichtemissionen – dort wo es für die Sicherheit nicht notwendig ist – im Landesrecht, etwa durch belastungsärmere Leuchtmittel und klare Regeln für Neubaugebiete.

Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der Rückkehr des Wolfs. Hier ist das Land in der Verantwortung einen Ausgleich zu schaffen und zu vermitteln. Die bislang getroffenen Regelungen zum Wolfsmanagement sind unzureichend. Ziel allen Handelns muss ein möglichst konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von Wolf und Mensch sein. Weidetierhaltung muss auch in Zukunft möglich sein und als wichtiger Beitrag zum Tier- und Artenschutz besser gefördert werden. Sie darf weder an fehlenden finanziellen oder personellen Ressourcen noch an Ängsten scheitern.

Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen

Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an. Intakte Ökosysteme wiederum dienen als natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen Klimaänderungen. Konflikte zwischen dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur auf der einen und Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite werden wir auflösen. Durch vorrausschauende, klare und verbindliche Vorgaben auf Bundes- und Landesebene schaffen wir eine Planungskultur, die Umweltregulierung nicht als Fesseln wahrnimmt und Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-Bremser“ abwertet, sondern ihre Ideen wertschätzt.

Wir bringen Schwung in die Infrastrukturplanung: mit einer Personal- und Nachwuchsinitiative sowie Verbesserungen und Beschleunigungen operativer Abläufe in Planungs- und Genehmigungsbehörden und Gerichten. Bürger*innenbeteiligung ist dann erfolgreich, wenn sie verbindlich, frühzeitig und auf Augenhöhe stattfindet. Umwelt- und Klimaverträglichkeitsprüfungen werten wir auf und stellen sie an den Beginn des Verfahrens. Die Erfahrungen und die Expertise von Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine Nutzung vertraglich regeln.

Beim Ausbau der Windenergie leiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung legen wir bis zu zwei Prozent der Landesfläche als Vorrangfläche fest. Dabei sind Schwerpunktorkommen besonders konfliktträchtiger, windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus den Vorranggebieten auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population der Tierarten in den Schwerpunktorkommen und überkompensieren damit mögliche negative Auswirkungen auf einen Teil der Population in den Vorrangflächen. Wo es sinnvoll ist, nutzen wir Repowering zur Übersiedlung der neuen Anlagen in Vorranggebiete. Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in Echtzeit mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder Fledermäusen können die Tiere besser schützen.

Umweltverwaltung stärken und Umweltkriminalität konsequent verfolgen

Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch konsequent angewandt werden. Die mehr als 30 EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik und das Land NRW wegen nicht umgesetzter Umweltgesetzgebung stehen sinnbildlich für die Probleme bei der Umsetzung. Als unabhängiger Anwalt der Umwelt leistet die Umweltverwaltung einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt öffentlicher Infrastruktur und der Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes. Mit einem Zukunftsplan stärken wir die Umweltverwaltung. Dazu gehört insbesondere eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen unterstützen wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne Telefone“ als unabhängige Umweltbeschwerdestellen werden auf allen Ebenen die Regel, damit Missstände nicht im Verborgenen bleiben. Die Kommunikation zwischen den Behörden, ehrenamtlichem Naturschutz und Naturschutzbeauftragten, Privatpersonen und Unternehmen

stärken wir. Durch die Digitalisierung entlang landesweiter Standards zur Verbesserung, Entbürokratisierung und Beschleunigung operativer Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter, bürger*innennäher und wirtschaftlicher werden.

Umweltverbrechen sind kein Kavaliersdelikt. Die von Schwarz-Gelb abgeschaffte Stabsstelle Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität setzen wir wieder ein und entwickeln sie zu einer zentralen Koordinierungsstelle weiter. Zu ihren Aufgaben gehören Sensibilisierung, Vermittlung von Wissen und die Vernetzung von Akteuren wie (Umwelt-)Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir bündeln die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden in einer neuen „Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität“ mit landesweiter Ermittlungsbefugnis.

Wir wahren das Naturerbe in NRW für die nächsten Generationen - Mit einer Stiftung Naturerbe NRW

Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen steht unter Druck durch Privatisierung und Zersiedelung. Für uns gilt: Das Naturerbe gehört uns allen und darf nicht hinter hohen privaten Zäunen der Gemeinschaft entzogen werden. In einer rechtlich selbstständigen „Stiftung für das Naturerbe in NRW“ bündeln wir die Naturflächen im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor Privatisierung. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei Projekten mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft geschützten Biotopverbund, der für Generationen allen Menschen im Land offenstehen und Natur erlebbar machen wird.

Natur und Umwelt lernen - Wir bilden Naturschützer*innen von Morgen

Das Wissen über den Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist nicht selbstverständlich. Wenn mehr Menschen jeden Alters und aus jedem sozialen Milieu informiert sind, mehr Menschen in ihrer ganz eigenen Art und Weise Naturschützer*innen werden, dann können wir die Klima- und Artenkrise gemeinsam besser meistern. Dabei leitet uns das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das Wissen über die internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals) und die sozial-ökologische Transformation zur Erreichung dieser Ziele werden so in die Breite der Gesellschaft getragen – von der Kita, über die Lehrerinnenbildung bis zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen, der von den Bildungsträgern mit ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt werden kann. In den regionalen Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einer tragenden Säule. Wir fördern außerschulische Kooperationspartnerschaften und bauen die BNE-Regionalzentren zu einem landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr Projekte, Netzwerkpartner und kommunale Aktivitäten beinhaltet.

Unseren Wald für die nächsten Generationen bewahren

Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO₂-Senke und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Gleichzeitig sind sie selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem Grund machen wir den Waldumbau hin zu naturnahen, arten- und strukturreichen Wäldern zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Hier werden klima-tolerante und heimische Baumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, bauen wir die Angebote des Vertragsnaturschutzes im Bereich des Privatwaldes aus. Außerdem entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem Waldbildungszentrum weiter, um hier verstärkt ökologische und klimatologische Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden weitere Wildnis-Gebiete ausweisen.

Der Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Wir werden geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den Waldumbau zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben. Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um die Potenziale kleiner privater Waldflächen zu bündeln und die Waldbesitzer*innen fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen. Die Gründung von Bürger*innenwaldgenossenschaften werden wir unterstützen, um Bürger*innen aktiv in den Schutz des Waldes mit einzubeziehen. Der wachsenden Waldbrandgefahr begegnen wir, indem wir die Kommunen in der Brandprävention und der effektiven Brandbekämpfung unterstützen.

Der Wald ist Artenbewahrer und Häuslebauer

Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine naturnahe Wiederbewaldung von Kahlfleichen. Ein naturverjüngter Wald ist ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Doch in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können, ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß erforderlich. Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.

Holz ist ein wertvoller, klimaneutraler Baustoff, der nachwächst und CO₂ über viele Jahrzehnte lang binden kann. Deshalb wollen wir in Zukunft stärker auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude sollen hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie statt mit Kies und Zement verstärkt aus Laub- und Nadelholz gebaut werden. Wir wollen auch für die kommunale Ebene entsprechende Anreize setzen und entsprechend die Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.

Sauberes Trinkwasser - immer und überall

Nitrat, Pestizide, Medikamentenreste und Mikroplastik haben in unseren Gewässern nichts zu suchen. Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach wie vor von Nitrateinträgen aus der Landwirtschaft aus. Aber auch der Einsatz von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Diese Stoffeinträge stellen die Wasserversorger bei der Aufbereitung unseres Trinkwassers schon heute vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Wir unterstützen daher Landwirt*innen und die Wasserwirtschaft beim Schutz von Wasser und Umwelt und setzen die bestehenden Regeln zum Gewässerschutz konsequent um. Um unser Wasser sauber zu halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung. Erdgasförderung oder tiefe Geothermie mittels „Frackings“ gefährden unser Trinkwasser. Daher lehnen wir diese Technologien auch aus Gründen des Trinkwasserschutzes ab.

Wir wenden konsequent das Vermeidungs- und Vorsorgeprinzip und die Herstellerverantwortung bei Verschmutzungen unseres Wassers an. Zur fairen Verteilung der steigenden Kosten für die Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung, setzen wir einen Verursacherfonds auf und reformieren die Abwasserabgabe. So stärken wir die Produktverantwortung von Herstellern. Die Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser werden wir regeln und Anreize zum Wassersparen schaffen. Um unsere Gewässer und Böden als Lebensraum und Quelle für unser Trinkwasser zu schützen, muss eine Verbesserung der Klärtechnologie und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden.

Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und sollte daher allen Menschen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Daher ergreifen wir die Initiative für eine flächendeckende Trinkwasserversorgung an öffentlichen Plätzen, indem wir die Kommunen in rechtlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. Wir setzen die europäische Trinkwasserrichtlinie vollständig um.

Wir schützen den Lebensraum Wasser

Die zurückliegenden Hitzesommer und Flutkatastrophen machen die Auswirkungen der Klimakrise zunehmend spürbar. Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser“, um angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise reagieren zu können. Auch Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen schreiben wir darin fest. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie verlangt eine Wiederherstellung des naturnahen Zustandes unserer Gewässer.

Diese Vorgaben werden zum Schaden von Umwelt und dem Menschen schon viel zu lange ignoriert. Das werden wir ändern. Denn lebendige, durchgängige und naturnah fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume für verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung.

Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Deshalb überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier Jahren des Rückschritts

wieder. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des Fließgewässers beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Verrohrte Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und renaturiert werden.

Saubere Luft - überall in NRW

Saubere Luft ist überlebenswichtig. Jedes Jahr sterben in Deutschland 70.000 Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an belasteten Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-lastigen industriellen Massentierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage der Gerechtigkeit. Mit der Wende hin zu schadstoffarmem, emissionsfreiem Verkehr und Kraftwerk, mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen machen wir die Luft sauberer. In der Landwirtschaft senken wir die Stickstoff- und Pestizidbelastung durch die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ihre Tierbestände wieder an die vorhandene Fläche anpasst und in tiergerechten Ställen hält.

Die Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern gefährdet die Gesundheit der Menschen. Statt auf die nächste Klage zu warten, setzen wir die Grenzwerte konsequent um und unterstützen Kommunen und Kreise dabei, bevor es überhaupt zu Klagen kommt. Wir legen ein Programm zur Verbesserung des Messnetzes auf, das insbesondere bisher ausgesparte Orte wie Flughäfen, Flusshäfen und Wohnbebauung einschließt. Zurzeit nicht erfasste, aber hochgefährliche Schadstoffe wie Ultrafeinstäube nehmen wir in das Messnetz auf und überwachen sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken geben.

Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur

Gute Nahrungsmittel aus einer gesunden Natur - Sicherheit für Landwirt*innen

Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, hergestellt von Bäuer*innen mit sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die Landwirtschaft der Zukunft. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen – und immer mehr Landwirt*innen wollen diese produzieren. Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die Rechte der Konsument*innen durch einen besseren Verbraucher*innenschutz stärken sowie die Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen. Landwirtschaft und der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare, Böden, sauberes Wasser und ein stabiles Klima können Landwirt*innen auf Dauer nicht sicher arbeiten. Schon heute tragen viele

Landwirt*innen aktiv zum Schutz der natürlichen Ressourcen bei. Sie werden wir weiter unterstützen und allen, die den Aufbruch wagen, unter die Arme greifen. Das geht nur im engen und offenen Austausch zwischen Landwirt*innen, Verbraucher*innen und Wissenschaftler*innen. Unser Leitbild ist die ökologische, strukturreiche und bäuerliche Landwirtschaft, die auf einem Fundament von Pestizidfreiheit, Tiergerechtigkeit und Gentechnikfreiheit steht. Eine industrialisierte Massentierhaltung hat in der Landwirtschaft der Zukunft hingegen keinen Platz. Mit einer gezielten Förderung naturverträglicher Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus von heute knapp sieben Prozent auf 25 Prozent bis 2030 zu steigern, wie es die von uns unterstützte erfolgreiche „Volksinitiative Artenvielfalt“ fordert. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir die europäischen Vorgaben zur Verringerung des Stickstoffeintrages durch Düngemittel konsequent um und schützen so Trinkwasser und Böden. Mittelfristig reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß. Landwirtschaft entwickelt sich weiter. Wir wollen dabei die Agrarforschung hin zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von vielfältigen Fruchtfolgen, über widerstandsfähige Anbausysteme bis hin zu Agroforstansätzen.

Eine Landwirtschaft ohne Pestizide- Für Bienen, Vögel und Co.

2100 Tonnen Pestizide wurden im Jahr 2017 landesweit auf den Feldern ausgebracht. Mit verheerenden Folgen für die Artenvielfalt auf und neben dem Acker und der Gesundheit von uns Menschen. Unser Ziel ist es, die Abhängigkeit der modernen Landwirtschaft von chemisch-synthetischen Pestiziden zu überwinden. Mit einem verbindlichen Pestizidreduktionsprogramm halbieren wir den Einsatz von Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide finden keinen Einsatz mehr. Als Steuerungsinstrument setzen wir auf eine NRW-Pestizidatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle transparent und planbar wird. Wir lassen die Landwirt*innen auf diesem Weg nicht allein. Wo durch die Umstellung Mehrkosten anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und Ausgleichskonzepten unterstützen und ihnen mit Beratungsangeboten zur Seite stehen. Die Kosten für Umwelt und Gesundheit durch einen aus dem Ruder gelaufenen Pestizideinsatz zahlen gerade wir alle, besonders auch die Menschen auf dem Land. Mit einer verursacherorientierten Pestizidabgabe, vorzugsweise auf Bundesebene, geben wir den Schäden einen ehrlichen Preis und nutzen die Einnahmen gezielt für die Umstellung auf eine pestizidarme Landwirtschaft und die Wiederherstellung intakter Natur.

Der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen muss sich für die Landwirt*innen lohnen

Der Löwenanteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht an diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im Einklang mit der Natur erzeugen. In Nordrhein-Westfalen werden wir alle Möglichkeiten nutzen, damit das öffentliche Geld von EU, Bund und Land an die Bäuer*innen und Betriebe geht, die mit ihrem Schutz von Natur und

Tieren eine öffentliche Leistung erbringen. Der Umstieg in eine insekten- und vogelfreundliche Landwirtschaft muss sich lohnen.

Gerade kleine Feldeinheiten und bäuerliche Betriebe sind gut für die Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter Unterstützung bäuerlicher Betriebe stoppen wir das Sterben kleiner Höfe. Durch den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote für Familienbetriebe bieten wir konkrete und niederschwellige Hilfe, damit der Übergang zwischen den Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl sind für viele kleine Unternehmen durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe auf. Wir setzen ein landeseigenes Förderprogramm auf, das gezielt Bauvorhaben kleinerer und mittlerer Betriebe fördert und schließt so eine Lücke in der Agrarförderung. Wo Arbeitsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben und dem verarbeitenden Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch und unterstützen bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes- und EU-Ebene.

Genuss für Artenvielfalt und Natur

Viele Menschen wünschen sich regionale, handwerkliche Produkte aus einer bäuerlichen Landwirtschaft. Wir richten in jedem Kreis und jeder Großstadt ein Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ein. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und den dortigen Betrieben wird vor Ort entschieden, was gebraucht wird, vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu einer regionalen Vertriebsstelle.

Zuverlässige Abnahme schafft Sicherheit. Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“ fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern, Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen – so viel wie möglich davon regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region machen wir von der Ausnahme zum Standard, vollwertige fleischfreie und vegane Angebote zur täglichen Selbstverständlichkeit. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht zuletzt: Orte, an denen viele Menschen gesundes und ökologisch produziertes Essen aus ihrer Region genießen können!

12 Millionen Tonnen noch essbarer Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen, ein großer Teil davon auch in NRW. Gemeinsam mit dem Bund weiten wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten den Handel und Produzent*innen genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das so genannte „Containern“.

Tiere haben ein Recht auf ein gutes Leben

Mit einer ambitionierten „Landesstrategie Nutztierhaltung“ wollen wir die Tierhaltung deutlich verbessern und für tiergerechte Haltungsbedingungen in nordrhein-westfälischen Ställen sorgen.

Wir verbessern den Tierschutz auf den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere bei tierschutzsensiblen Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der Betäubung und dem eigentlichen Töten, muss die bisherige Akkordarbeit beendet werden. Wir stärken die Kontrollen durch unabhängige Kontrolleur*innen und setzen auf flächendeckenden Einsatz von Videokontrollen. Jedes Jahr werden Millionen von Schweinen vor der Schlachtung mit Kohlendioxid betäubt, obwohl es Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit gibt. Wir setzen auf tierschutzkonforme Alternativen für die CO₂-Betäubung.

Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und nicht selten qualvolles Leiden. Wir beschränken Tiertransporte aus NRW in andere EU-Länder ausnahmslos auf maximal vier Stunden, genehmigen sie nur unter strengen Tierschutz-Auflagen und kontrollieren diese besser. Da bei Lebendtiertransporten in Nicht-EU-Länder die Einhaltung der Tierschutz-Standards nicht gewährleistet werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und uns für ein bundesweites Verbot einsetzen.

Mehr Power für den staatlichen Tierschutz

Um Tierschutz durchzusetzen, ist es unerlässlich, dass der oder die Landestierschutzbeauftragte in Zukunft endlich weisungsunabhängig agieren kann. Wir machen den Tierschutz in NRW effektiv, indem wir diesen in einem Ministerium bündeln. Die seit Jahren anhaltende, unzureichende personelle Ausstattung der Veterinärämter hat immer wieder zur Konsequenz, dass massive Tierschutzverletzungen nicht geahndet werden. In zu vielen Fällen werden Vergehen nicht durch die örtlichen Veterinärämter aufgedeckt, sondern durch Tierschützer*innen, Bürger*innen oder Journalist*innen. Nicht selten bringen diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. Daher führen wir das abgeschaffte Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände so schnell wie möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle tierschutz-relevanten Bereiche einführen.

Tierversuche reduzieren, Haustiere schützen

Die Zahl der Tierversuche ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau, obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Mit klaren Zielvereinbarungen, gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der Tierversuche deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Auch im privaten Bereich kann der Tierschutz noch verbessert werden. Mit einem Gefahrtiergesetz stellen wir sicher, dass potenziell für andere Menschen gefährliche Tiere gut und sicher gehalten werden. Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle ein. Das bestehende Gifttiergesetz ist deutlich zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur Eindämmung des Handels und der Haltung mit und von exotischen Wildtieren.

Tierheime übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, werden aber finanziell und strukturell vernachlässigt. Viel zu oft ist ihre Finanzierung von Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Sponsoring abhängig. Wir führen landesweit eine verbindliche Vergütung von Tierheimen für die Unterbringung von Heimtieren ein, damit die Tierheime sicher planen und Tiere bestmöglich schützen können. Seit Jahren sind sich Expert*innen darüber einig, dass Wildtiere unter den Bedingungen nicht ortsfester Einrichtungen (Zirkusbetriebe) nicht art- und damit tierschutzgerecht gehalten werden können. Trotz mehrerer Initiativen des Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und Großtieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und in diesem Punkt angepasst werden.

Wir bewahren unsere Landschaften und unseren Boden

Mit neuen Konzepten gegen den Flächenfraß

Unser Boden ist eine endliche Ressource. In keinem anderen Flächenland ist er so knapp wie im dicht besiedelten NRW. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Wir machen endlich Ernst im Kampf gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen. Dazu schreiben wir zunächst eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag im Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Bis spätestens 2035 wollen wir dafür sorgen, dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt wird. Mit Hilfe von tauschbaren Flächenentwicklungs-Zertifikaten sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen und Kreise Entwicklungsspielräume behalten. Gleichzeitig setzen wir mit einer Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der Natur zurückzugeben. Um für den verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen wirksamen und ortsnahen ökologischen Ausgleich sicherzustellen, führen wir ein klares Ökopunktesystem ein.

Brachflächen reaktivieren, Altlasten entsorgen

Der jahrzehntelange Strukturwandel hat sichtbare Spuren in Form von industriellen und gewerblichen Brachflächen hinterlassen. Hier soll Neues entstehen. Doch Entgiftung, Abriss und Verkehrsanschluss sind für private Investor*innen und Kommunen oft unwirtschaftlich oder einfach nicht leistbar. Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von Brachflächen. Dazu bauen wir den Grundstücksfonds NRW zu einem landesweiten Brachflächen- und Grundstücksfonds aus. Mit seiner Hilfe geben wir Kommunen die Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu nutzen. Parallel verdoppeln wir die Fördermittel des Landes für die Beseitigung von Altlasten auf kommunalen Flächen und machen diese auch für gemeinnützige und gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer*innen zugänglich.

Mehr grün, weniger grau: neue Standards in der Flächenentwicklung

Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht mehr Fläche verbraucht, als sie der Natur zurückgibt. Bis es so weit ist, setzen wir neue klima- und umweltfreundliche Maßstäbe bei der Flächenentwicklung. Tote Schottergärten, Parkplatzwüsten oder Industriebauten mit dem energetischen Standard von Wellblechhütten wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben. Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform des Landesplanungsgesetzes geben wir unseren Städten und Gemeinden die Möglichkeit, über kommunale Entwicklungssatzungen geeignete Standards für die Erschließung von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative Energiekonzepte, die ökologische Gestaltung von Gärten und Freiflächen, die Versickerung von Regenwasser oder die Begrünung von Dächern festzulegen.

"Wohnen über dem Supermarkt, parken darunter": Wir nutzen bebaute Fläche effektiver

Den Flächenfraß aufhalten bedeutet auch, bereits bebaute Flächen effektiver zu nutzen. Wir geben unseren Kommunen dafür neue Instrumente an die Hand und fördern innovative Bauungs- und Nutzungskonzepte. Dazu werden wir die Landesbauordnung ändern, um unterschiedliche Nutzungen auf einem Grundstück, wie z.B. die Wohnung über dem Supermarkt, leichter vereinen zu können. Wir geben Kommunen die Möglichkeit, hierzu Vorgaben zu machen. Um zusätzlichen Wohnraum auf vorhandenen Flächen zu schaffen, werden wir Dachausbauten und Aufstockungen fördern und dazu die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden Förderprogramme zur Gebäudesanierung erweitern. Großflächig betonierten Parkplätzen vor Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen planungsrechtlichen Riegel verschieben und durch die Festschreibung von Tiefgaragen und Parkhäusern Fläche schonen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass in urbanen Gebieten ganz auf Stellplätze verzichtet werden kann und senken durch bedarfsgerechte Vorgabe von Stellplätzen die Baukosten.

Eine Landgesellschaft für den Naturschutz und die Land- und Forstwirtschaft

Grund und Boden wird nicht nur für den Siedlungsbau gebraucht. Auch wer Flüsse renaturieren, Landwirt*innen fördern und eine ökologische Forstwirtschaft umsetzen will, ist auf die knappe Ressource Boden angewiesen. Was in anderen Bundesländern schon lange erprobt ist, wollen wir jetzt in NRW realisieren: Mit einer gemeinnützigen „Landgesellschaft“ können wir Boden für ökologische, aber auch für agrar- und forststrukturelle Zwecke bevorraten und vergeben. So steuern wir die Bewirtschaftung un bebauter Flächen und sorgen für eine gemeinwohlorientierte Nutzung. Um eine auf sozialökologische Belange abgewogene Grundstücksvergabe zu gewährleisten, schaffen wir eine solide gesetzliche Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium.

Innovativ wirtschaften

Nordrhein-Westfalen ist ein wirtschaftlich starkes Land. Die Unternehmen und Beschäftigten haben hierzulande schon viele Veränderungen gemeistert und daraus neue Stärke gezogen. Auch jetzt sind viele Unternehmen und ihre Beschäftigten längst bereit zum Aufbruch: Sie wollen NRW zum ersten klimaneutralen Industriestandort machen. Denn sie wissen: Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral und digital.

Die Veränderungen sind groß und bedrohen manches Geschäftsfeld und manchen Arbeitsplatz. Eine Politik, die nur darauf bedacht ist, zu erhalten, was keine Zukunft hat, wird aber auf Dauer mehr gefährden, als sie bewahrt. Wer jetzt konsequent in die Technologien von morgen investiert, wer im besten Sinne vorausschauend vorangeht, wird die Veränderungen zum Positiven gestalten können. Das ist unsere Überzeugung und unser Angebot.

Dafür geben wir der Wirtschaft in NRW einen klaren Rahmen und Unterstützung im Wandel. Mit verlässlichen Regeln, in denen es sich für viele kreative Menschen, Initiativen und Unternehmer*innen in allen Wirtschaftsbereichen finanziell lohnt, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Mit gezielter Förderung, funktionierender, zeitgemäßer Infrastruktur und einer durchweg digitalen und deutlich effizienteren Verwaltung.

Klimafreundliche Wirtschaft denkt im Kreislauf, schont Ressourcen und schützt unsere Lebensgrundlagen. In NRW wollen wir zeigen, wie es geht. Klimaneutraler Stahl, grüner Wasserstoff, saubere Chemie und das Bauen der Zukunft sind die Fundamente für den klimaneutralen Wohlstand. Mittelständische Unternehmen, das Handwerk und die vielen Start-Ups sind der Innovationsmotor in NRW. Damit er nicht stottert, starten wir den Klima-Turbo mit besseren Arbeitsbedingungen, unbürokratischer Förderung und einer Fachkräfteoffensive. Wir streiten an der Seite der Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und Mitbestimmung im Wandel. Soziale und solidarische Unternehmen zeigen, wie Wirtschaft für das Gemeinwohl funktioniert mit uns haben sie eine verlässliche Partnerin.

Wir definieren europäische und globale Verantwortung neu. NRW übernimmt Verantwortung in Europa und der Welt, ohne Wenn und Aber. Lieferketten, die nur durch Umweltzerstörung und Ausbeutung funktionieren, gehören in die Vergangenheit. Ganz egal wo. Unser NRW nutzt die EU-Mittel wie die aus dem Europäischen Green Deal für innovative Ideen für die klimaneutrale Zukunft und schafft neue, sichere Arbeitsplätze.

Nach den Erschütterungen durch die Pandemie bauen wir mit den Unternehmen eine Brücke in eine bessere Zukunft. Tragende Säule ist die Digitalisierung. Mit uns wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Chef*innensache. Wir werden dafür sorgen, dass Home-Office nicht mehr an der Internetverbindung hängt und digitale Innovationen der Industrie nicht am Ladebalken scheitern. Wir stärken die Verbraucherzentralen, damit Verbraucherschutz nicht denen vorbehalten bleibt, die ihn sich leisten können.

Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir machen es möglich.

Wir machen NRW zum klimaneutralen Industrieland

Klimaschutz schafft Wohlstand

Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral. Wer früh und konsequent diesen Weg geht und die Lösungen für eine klimaneutrale Gesellschaft entwickelt, wird im globalen Wettbewerb langfristig die Nase vorn haben. Dabei arbeitet die Wirtschaft von morgen innerhalb der Grenzen, die unser Planet uns setzt. Zögern, zaudern und warten auf den Rest Deutschlands oder gar die ganze EU ist nicht nur ein Risiko für den Klimaschutz, sondern insbesondere für den Industriestandort NRW. Denn die nächsten Jahre sind nicht nur für den Klimaschutz, sondern genauso für unseren Wirtschaftsstandort entscheidend. Wir werden NRW mutig auf den Weg zur Klimaneutralität führen und so die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand legen. Dies gelingt, wenn Unternehmen Anreize spüren in die Zukunft zu investieren, ihnen klare Regeln aufgezeigt werden und ihnen Unsicherheiten genommen werden. Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit sind der Kern Grüner Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge, müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden aber mit einem Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben. Mit transparenten und langfristigen Klima- und Nachhaltigkeitsstandards und steigenden Quoten für klimaneutrale Produkte machen wir öffentliche Aufträge zum Treiber der sozial- ökologischen Transformation. Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien gießen wir das Fundament für eine klimaneutrale, bezahlbare und verlässliche Energieversorgung der Wirtschaft in NRW.

Mit grünem Stahl den Stahlstandort NRW sichern

Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Standort der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Wir Grünen in NRW setzen uns für den Erhalt einer nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen ein. Wir werden uns im Bund für einen EU-weit wirksamen Dumping-Schutz einsetzen, der in Zukunft auch Klima-Dumping verhindert. Gleichzeitig müssen Bund und Land den Unternehmen ermöglichen, in neue, klimaneutrale Prozesse zu investieren. Neben degressiven Abschreibungen müssen kurzfristig Klimaverträge ("Carbon Contracts for Difference") durch den Bund aufgesetzt werden. Diese federn das Risiko für die Unternehmen ab, Milliarden in Klimaneutralität zu investieren. Die Stahlindustrie in NRW ist schon auf dem Weg zu neuen Hochöfen mit grünem Wasserstoff. Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit grünem Wasserstoff absolute Priorität. Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien und gezielter Förderung bauen wir die heimische Produktion von grünem Wasserstoff auf. Gleichzeitig werden wir die notwendigen Importinfrastrukturen für grünen Wasserstoff mit Hochdruck entwickeln und nachhaltig gestalten.

Grüner Wasserstoff - Entscheidend für Klimaneutralität in der Industrie

Die beste Alternative zur Nutzung von Kohle, Öl und Erdgas ist die Umstellung auf Strom aus Wind, Sonne und Co. Doch wie in der Stahlproduktion, gibt es in der Industrie viele Prozesse, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Für diese Fälle ist grüner Wasserstoff die Lösung, um dennoch Klimaneutralität zu erreichen. Zusätzlich kann er gespeichert einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Aber nur grüner Wasserstoff aus erneuerbarem Strom bringt einen Vorteil für das Klima. Deswegen sind Wasserstoff und der Ausbau von Wind und Sonne untrennbar miteinander verbunden. Aktuell gibt es allerdings nicht ausreichend viele Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff aus Ökostrom, genauso wenig wie ausreichend viel erneuerbaren Strom. Auch in Zukunft wird grüner Wasserstoff weltweit ein knappes Gut sein. Daher setzen wir uns dafür ein, dass er dort zum Einsatz kommt, wo es keine Alternativen gibt. Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie- und der Zementindustrie, vor allem der Flug- und der Schiffsverkehr.

Auch bei einem starken Ausbau der Erneuerbaren wird NRW absehbar den Wasserstoffbedarf nicht vollständig selbst decken können. Der Aufbau von Importinfrastrukturen aus Norddeutschland und mit Pipelines aus dem Ausland muss daher neben einer Erneuerbaren-Offensive Priorität haben. NRW hat bereits das größte Wasserstoffnetz Deutschlands. Dieses Netz muss mit Hochdruck bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die Umnutzung bestehender Erdgasinfrastrukturen muss dabei geprüft werden. Eine Beimischung in die bestehenden öffentlichen Erdgasnetze macht klimapolitisch keinen Sinn und würde nur den Wasserstoff für die Industrie weiter verknappen.

Damit die Chemie stimmt - Chemieindustrie fit für die Zukunft

Die Chemieindustrie gehört zu NRW und schafft sichere Arbeit für fast 100.000 Menschen. Um die Chemieindustrie auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, gehen wir die zentralen Herausforderungen beherzt an. So schützen wir das Klima und sichern mit einer nachhaltigen Chemieindustrie langfristig den Wohlstand in unserem Land. Allem voran steht die sichere Versorgung mit Erneuerbarer Energie. Damit die Chemieunternehmen von Kohle und Erdgas auf Strom aus Wind und Sonne umstellen können, werden wir eine Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien umsetzen, mit dem Ziel, 2035 eine zu 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung zu haben. Dazu gehört neben neuen Anlagen in NRW auch der Ausbau der Stromnetze damit der Windstrom aus Norddeutschland zu uns nach NRW kommt.

Die zweite große Herausforderung ist die Steigerung des Recyclings. Insbesondere beim chemischen Recycling ist noch Forschungs- und Entwicklungsarbeit notwendig. Mit dem Aufbau eines Instituts für Kunststoffrecycling bauen wir ein Innovations-Hub für ganz NRW.

Schließlich überwinden wir die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Wir stärken die Bioökonomie in NRW, die mit nachwachsenden Rohstoffen aus einem naturverträglichen Anbau eine zukunftsfähige Alternative zu fossilen Grundstoffen für die Chemieindustrie bildet. Wir

werden ein Förderprogramm des Landes aufsetzen, das unternehmerische Projekte in der Bioökonomie gezielt unterstützt und so Arbeitsplätze der Zukunft schafft.

Wir machen die Kohleregionen zum Leuchtturm für klimagerechten Strukturwandel

Mit dem Ende der Kohleverstromung ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier und den Standortkommunen der Steinkohlekraftwerke in vollem Gang. Wir machen die Kohleregionen zu Leuchttürmen für einen klimagerechten Strukturwandel, der neuen Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität schafft für alle Menschen in der Region: Für die Kohle-Kumpel im Tagebau und den Kraftwerken ebenso wie für die Menschen in den bis heute vom Tagebau bedrohten Dörfern. Auch die geschundene Natur der Region wird mit uns einen höheren Stellenwert bekommen. Lange genug wurde sie rücksichtslos ausgebeutet und zerstört. Ein erfolgreicher, klimagerechter Strukturwandel im Revier zeigt den Weg für andere Regionen in NRW und darüber hinaus. Wir werden Nachhaltigkeit und Klimaneutralität ins Zentrum der Strukturwandelpolitik der Landesregierung stellen. Dafür werden wir im Rheinischen Revier mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft schaffen, transparentere Entscheidungsprozesse etablieren und klare, verbindliche Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln festlegen. Jedes von uns geförderte Projekt wird einen Beitrag zum Klimaschutz und einer klimagerechten Gesellschaft leisten. Die Menschen werden wir mit einer Qualifizierungsoffensive durch den Strukturwandel begleiten und so auch dem drohenden Fachkräftemangel in vielen klimarelevanten Bereichen begegnen.

Zukunftsfeste Arbeitsplätze in den Automobil-Regionen

200.000 Menschen in NRW arbeiten in der Automobilindustrie, viele von ihnen in mittelständischen Zulieferbetrieben. Die Branche steht vor einem tiefgreifenden Wandel, denn das Auto der Zukunft fährt elektrisch, autonom und vernetzt. Wir unterstützen sie, diesen Wandel zu meistern und auch weiterhin gute Arbeitsplätze zu sichern. Die Automobilindustrie war schon immer Impulsgeberin für die gesamte NRW-Wirtschaft und muss es bleiben – in Zukunft steht sie für die klimaneutrale Industrie 4.0. Dafür siedeln wir in jeder Autoregion in NRW ein Transformationsnetzwerk an, finanziert aus dem Zukunftsfonds des Bundes. Diese Netzwerke entwickeln gemeinsam mit den Beschäftigten, den Unternehmen und der Politik vor Ort Strategien, wie die Automobilindustrie und die gesamte Region vom Strukturwandel profitieren können. Sie beraten, vernetzen und bündeln Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung und unterstützen innovative Start-Ups beim Markteinstieg. In Lernfabriken, die an die Netzwerke angeschlossen sind, können Beschäftigte sich in Kooperation mit überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und den Hochschulen der Region in Sachen Zukunftstechnologien und Digitalisierung qualifizieren. Sie sollen regionale Orte für das Produkt- und Prozessdesign der Zukunft werden, in denen auch Entscheider aus kleinen und mittleren Unternehmen Impulse und Lösungsansätze auf ihrem Weg in die Industrie 4.0 erhalten.

Wir fördern die Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft - Das Ende der Verschwendung

In einer Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei, wiederverwendbar und leicht recycelbar. Unser Ziel für NRW heißt „Zero Waste“, bis spätestens 2050. Wir unterstützen Unternehmen auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft mit gezielten Förderprogrammen und klaren Rahmenbedingungen. Landesverwaltungen und landeseigene Betriebe machen wir zu Leuchttürmen der Kreislaufwirtschaft. Denn eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich regional verankert ist, schont die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und reduziert die Belastung von Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und Schadstoffe.

Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der Restmülltonne und wird dann verbrannt. Wir beenden diese Ressourcenverschwendung und setzen die Pflicht zur getrennten Erfassung von Bioabfällen konsequent um. Die kostenlose Biotonne wird überall in NRW zum Standard.

Das beste Recycling kann nicht den steigenden Bedarf an fossilen und nicht nachwachsenden Rohstoffen kompensieren. Ein Immer-Mehr an Ressourcenverbrauch kann es angesichts der Grenzen, die uns unser Planet setzt, nicht geben. Wir unterstützen Forschung und Projekte für eine auskömmliche Wirtschaft und Gesellschaft, die in diesen Grenzen gedeiht. Mit einem Zukunftsprogramm Bioökonomie und der Einrichtung eines Bioökonomierates NRW stärken und fördern wir die Forschung und Entwicklung von nachwachsenden Rohstoffen als Startpunkt der Produktkreisläufe der Zukunft. So schaffen wir die Basis für zukunftsfeste Arbeitsplätze in Bereichen wie Landwirtschaft, Chemie, Industrie und Kreislaufwirtschaft.

Von der Abfall- zur Ressourcenwirtschaft

Abfälle sind für uns kein Müll, sondern die Ressourcen von morgen. Wir entwickeln den ökologischen Abfallwirtschaftsplan zu einem echten Kreislaufwirtschaftsplan weiter. Neben Abfallvermeidung und Rohstoffrückgewinnung setzen wir dabei auf regionale Entsorgungsautarkie, damit die Ressourcen direkt wieder in den regionalen Wirtschaftskreislauf Eingang finden. Wo auch in Zukunft Deponien benötigt werden, steht für uns der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt im Vordergrund. Nur mit frühzeitiger, vorausschauender Planung und Beteiligung der Bürger*innen auf Augenhöhe kann das gelingen. Vorhandene Altlasten werden in Zukunft systematisch erfasst und wann immer möglich entfernt. Das Landeskreislaufwirtschaftsgesetz wollen wir novellieren, sodass es seinem neuen Namen tatsächlich gerecht wird und auf Landesebene wichtige Impulse für eine echte Ressourcenschonung setzt.

Neue Industrie-Jobs in einer modernen Kreislaufwirtschaft

Der Weg in eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft ist für die einstigen Herzkammern der Industrie und des Wohlstands in NRW vom Rheinischen Revier bis ins Ruhrgebiet eine einmalige Chance,

mit sicheren Jobs und gutem Leben in die Zukunft zu gehen. Initiativen wie der “Circular Valley Wuppertal” und die “Greentech.Ruhr” sind schon heute Leuchtturmprojekte mit einer Strahlkraft weit über NRW hinaus. So entsteht vielerorts auch wieder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das nach vorne und nicht zurück blickt. Wir unterstützen diese Projekte und schlagen mit dem “Zero.Waste.Revier” eine Modellregion im Rheinischen Revier für das Ende der Wegwerfgesellschaft mit innovativen Recyclingunternehmen- und Forschungsinstituten von der Batterie bis zu haushaltsnahen Abfällen vor. Das Bedürfnis, gemeinsam die Wirtschaft der Zukunft zu etablieren, ist groß bei den Unternehmen in NRW. Wir stehen für eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und sie gezielt unterstützt, damit an Rhein und Ruhr der Umbau gelingt.

Wir schaffen grünen Boden für das Handwerk

Klimaschutz braucht das Handwerk

Für unsere sozial-ökologische Energiewende setzen wir Grüne auf das starke, hochqualifizierte und innovative Handwerk. Vom klassischen Zimmermannshandwerk über moderne Heizungsbauer und Elektroinstallateur*innen bis hin zur Mechatronikerin für die Fahr- und Flugzeugantriebe der Zukunft – kaum eine Branche wird im gesamten Spektrum des Klimaschutzes so sehr gebraucht wie das Handwerk. Damit das Handwerk in seiner ganzen Breite vom Umbau unserer Infrastruktur profitiert, setzen wir auf eine starke Tarifpartnerschaft, branchenspezifische Mindestvergütungen und fairen Wettbewerb. Lohndumping, Werksverträge und ausbeuterische Subunternehmermodelle bekämpfen wir und bringen dazu ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg. Weil gerade das Handwerk einer ständigen Entwicklung unterliegt, werden wir die Frage, in welchen Gewerken eine Meister*innenpflicht weiterhin (oder wieder) notwendig ist, fortlaufend gemeinsam mit den Innungen, Kammern und der Wissenschaft neu bewerten und Reformbedarf abarbeiten.

Fachkräfteoffensive für das Handwerk

Das Handwerk braucht dringend Nachwuchs, denn in den kommenden Jahren gehen -zigtausende Meister*innen und Fachgesell*innen der Generation der Babyboomer in den Ruhestand. Um den Aderlass zu stoppen, werden wir gemeinsam mit den Innungen und Kammern eine Fachkräfteoffensive starten, die aus vier Säulen besteht: Erstens stärken wir die duale Ausbildung durch mehr und bessere überbetriebliche Praxisanteile, die Weiterentwicklung der Lehrinhalte mit Blick auf Digitalisierung, Automatisierung und Klimaschutz und eine stärkere Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufsschulen, z.B. durch die Einrichtung von “Lernfabriken” an unseren Berufskollegs. Außerdem verbessern wir die Bedingungen für Azubis, indem wir Lernendenwohnheime fördern, das Azubiticket vergünstigen und mehr Möglichkeiten schaffen, Teile der Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Zweitens verstärken wir die

Anstrengungen, um Frauen, Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für handwerkliche Berufe zu gewinnen. Drittens verbessern wir die Weiterbildungs- und Aufstiegschancen, indem wir die Meister*innenausbildung reformieren, mehr Stipendien vergeben und Zugänge zu universitären Ausbildungen für ausgebildete Handwerker*innen verbessern. Umgekehrt eröffnen wir Wege aus einem technischen oder naturwissenschaftlichen Studium ins Handwerk. Viertens werden wir auch die Arbeitsmarktzugänge, Ausbildungsanerkennung und Qualifizierungsmaßnahmen für Handwerker*innen aus dem Ausland verbessern.

Wir gestalten den Wandel zusammen mit kleinen und mittleren Unternehmen

Besseres Klima für neue Jobs im Mittelstand

Was für manche lange undenkbar schien, ist längst Wirklichkeit: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft sind selbstverständliche Partner auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Denn ohne einen innovativen Mittelstand, vom verarbeitenden Gewerbe, über das Handwerk und die unterschiedlichen Dienstleistungsbereiche bis hin zu einer lebendigen und mutigen Gründer*innenkultur, können wir unser Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft nicht erreichen. Mit unserem sozial-ökologischen Investitionsprogramm und unserem klaren Fokus auf eine Infrastruktur-, Gesundheits- und Sozialpolitik, die unser Land zukunftsfest macht, schaffen wir ein Konjunkturprogramm, von dem insbesondere der nordrhein-westfälische Mittelstand – vom metallverarbeitenden Betrieb bis hin zum Pflegedienst – profitieren wird. Mit unserem klaren Fokus auf die Erreichung der Klimaziele des Pariser Abkommens schaffen wir einen verlässlichen und berechenbaren Rahmen für Investitionen – bis 2050 und darüber hinaus. So schaffen wir in den kommenden Jahren zehntausende neue und zukunftssichere Arbeitsplätze in und für NRW.

Fachkräfte braucht das Land

Der Fachkräftemangel ist das wohl drängendste Problem in weiten Teilen unserer Wirtschaft. Waren früher vor allem naturwissenschaftliche und Ingenieurberufe betroffen, suchen heute die unterschiedlichsten Branchen dringend nach gut ausgebildeten Menschen. Wir bringen in NRW eine breite Qualifizierungsoffensive auf den Weg, die unsere erfolgreichen Strukturen, wie die duale Ausbildung oder den Meister*innenbrief, stärkt, aber auch neue Wege beschreitet. Gebühren für Berufsausbildungen und Meister*innenbriefe werden wir senken und schrittweise abschaffen. Dazu verbessern wir die Finanzierung außerbetrieblicher und schulischer Ausbildungszentren von Industrie, Handwerk und den sozialen Berufen. Wir bauen die Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufskollegs aus und holen so hochqualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote an unsere Berufsschulen. Lernen auf dem neuesten Stand der

Technik, Lernen für die digitale Zukunft: Das wird möglich in landesweiten "Lernfabriken", die angedockt an die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten eine Schlüsselrolle beim Wissenstransfer in die betriebliche Praxis übernehmen. Sie sollen regionale Orte für die Demonstration von typischen Prozessen in der Produktion der Zukunft werden, in denen auch Entscheider*innen aus kleinen und mittleren Unternehmen Anregungen für eigene Wege zur Industrie 4.0 erhalten. Um noch mehr Menschen für Ausbildung und Qualifizierung zu gewinnen, bauen wir Hürden ab, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch im Weg stehen.

Nach der Krise: "Jetzt neu starten"

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen zwei Jahren entsetzliches Leid über die Welt, Deutschland und auch NRW gebracht. Fast eine Million Infizierte und über 17.000 Todesfälle haben bis zum Herbst 2021 unsere Gesellschaft auch in NRW tief gezeichnet. Auch für große Teile der Wirtschaft ist die Pandemie Zäsur. Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen getroffen. Sie hat zudem offengelegt, dass gerade Solo-Selbstständige und Auszubildende zu schlecht abgesichert sind. Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt an diesen Stellen ansetzen. Wir unterstützen den Neustart kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Soloselbstständigen, Kulturschaffenden und *KMU* bis 50 Beschäftigten werden wir bei der Rückzahlung der Sofort- und Überbrückungshilfen großzügige Stundungen ermöglichen. Neben diesen finanziellen Hilfestellungen werden wir auch die Restrukturierungs- und Insolvenzberatung für *KMU* in den kommenden Jahren ausweiten und den entsprechenden Anbietern zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen. So verhindern wir Insolvenzen, bewahren Arbeitsplätze und geben kleinen Unternehmen eine Zukunft. Die Absicherung von Solo-Selbstständigen und Auszubildenden werden wir verbessern, indem wir ihnen Zugänge zu sozialen Sicherungssystemen, wie dem Kurzarbeitergeld, ermöglichen.

Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken

Unter diesem Titel hat die rot-grüne Landesregierung bereits 2016 ein erfolgreiches Förderprogramm aufgelegt, mit dem Städte und Gemeinden bei der Entwicklung innovativer Konzepte für den lokalen Einzelhandel unterstützt werden. Auf Grundlage dieser Erfahrungen helfen wir gerade kleinen Einzelhändler*innen beim Schritt von der Fußgängerzone ins Internet: Von der lokalen Onlinehandelsplattform über virtuelle Geschäfte, digitale Einkaufsführer bis hin zur (im Internet längst gängigen) Nutzung anonymisierter Kund*innendaten durch den stationären Handel. Wir bewahren mit zusätzlichen Mitteln für zukunftsweisende Smart-City-Ansätze einen lebendigen Einzelhandel, der die Stärken von neuen und traditionellen Geschäftsmodellen verbindet. Kleinen Handelsunternehmen helfen wir die Investitionskosten zur Erschließung dieser neuen Absatzwege zu stemmen. Nicht zuletzt treten wir so auch der Marktmacht der großen Onlineportale endlich entgegen.

Wenn Dein Einkauf vor Dir zu Hause ist - Grüne Logistikpolitik

Warum nicht den Einkauf aus der Fußgängerzone klimaneutral nach Hause liefern lassen? Oder Handel und Gastronomie in der City per Rohrpost mit Nachschub versorgen? Wir Grüne denken *City-Logistik* neu und machen Logistikketten effizienter, klimafreundlicher und zeitsparender. Dazu setzen wir auf Innovationen und die Chancen von Elektromobilität, Digitalisierung und Vernetzung. In den kommenden zehn Jahren entwickeln wir in allen Großstädten, aber auch interessierten ländlichen Kreisen, sogenannte *City-Hubs*, die insbesondere die steigende Zahl von Liefersendungen aus dem Onlinehandel mit Hilfe von Echtzeitinformationen bündeln und die sogenannte *letzte Meile*, also die Anlieferung nach Hause, klimaneutral organisieren. Lastenräder und Transportfahrzeuge mit alternativen Antrieben machen die Zustellung flexibler, leiser und abgasfrei. Bis 2030 soll jeder Haushalt Anschluss zu Paketboxen haben, um mehrfache Zulieferfahrten zu verhindern. Das beruhigt den Verkehr in Wohngebieten und verschafft auch den Zusteller*innen mehr Zeit. Dabei müssen auch die Arbeitsbedingungen der Lieferfahrer*innen deutlich verbessert werden, dem Ausbremsen von Betriebsratsgründungen oder der Ausbeutung von Arbeiter*innen treten wir entschlossen entgegen.

Bessere Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche

Die unentwegt wachsende Zahl von Lastwagen und Lieferfahrten schadet Klima und Umwelt und überlastet Straßen und Parkplätze. Das schnelle Wachstum der Logistikbranche ging in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf die Knochen der Beschäftigten von Speditionen, Logistikzentren und Lieferdiensten. Darum setzen wir die erreichten Verbesserungen bei Lenk- und Ruhezeiten für Fahrer*innen und das Kabinenschlafverbot mit besonders geschultem Personal konsequent durch. Das gilt auch für Speditionen aus dem Ausland, deren Fahrerinnen und Fahrer oft zu Dumpinglöhnen schufteten. Wir pochen auf eine funktionierende Tarifpartnerschaft – auch im Versandhandel – und verpflichten Logistikriesen, die Einhaltung von Tarifverträgen, Mindestlohn und Arbeitszeiten auch in ihren Subunternehmen zu garantieren. So sorgen wir für bessere Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb.

Reisen nach Corona: Wir machen den Neustart zum Aufbruch für nachhaltigen Tourismus

Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfacher Arbeitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Einige Folgen, wie der Ersatz von Geschäftsreisen durch digitale Konferenzen, werden dauerhaft zu einem Rückgang der Übernachtungen in diesen Bereichen führen. Wir helfen der Branche im doppelten Sinne nachhaltig auf die Beine. Kleine Unternehmen (*KU*), die durch Corona in Schieflage geraten sind, unterstützen wir beim Neustart. Gemeinsam mit den Branchenverbänden, den regionalen Tourismusagenturen und unserer landeseigenen Agentur „NRW.Tourismus“ bauen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote aus, um kleinen Betrieben bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu helfen. Wir nutzen auch im Tourismus die Chancen der Digitalisierung, um

Angebote bekannt zu machen und zu verknüpfen, attraktive Reisepakete zu schnüren und Besucher*innenströme zu lenken. So verbinden wir den notwendigen Neustart mit einem echten Aufbruch und machen NRW zur führenden Marke für nachhaltigen Tourismus in Deutschland. So hat sich z.B. der erste nordrhein-westfälische Nationalpark in der Eifel in wenigen Jahren zu einem Highlight für den nachhaltigen Tourismus in NRW entwickelt. An diese Erfolge knüpfen wir an. Wir stellen mit dem Nationalpark Senne einen weiteren einzigartigen Naturschatz unter Schutz und eröffnen so neue Potenziale für einen sanften und nachhaltigen Naturtourismus in Ostwestfalen. In dieser und anderen ausgewählten Regionen werden wir ein sogenanntes „Jedermannsrecht“ nach dem Vorbild skandinavischer Länder einführen. So eröffnen wir neue Möglichkeiten für alle, unsere wunderbaren Landschaften von der Weser bis zum Rhein neu zu erleben – naturschonend und klimafreundlich. Gleichzeitig helfen wir traditionellen Tourismusregionen wie dem Sauerland, neue und nachhaltige Tourismuskonzepte zu entwickeln, die im Sommer, aber auch in zukünftig weniger schneereichen Wintern, Gäste nach NRW locken.

Wir fördern Innovation für eine bessere Welt von Morgen

Gründung beginnt mit Grün: Wir machen NRW zum Start-Up-Spitzenreiter

Bei der Anzahl von Start-up Gründungen liegt NRW hinter Berlin und Bayern. Das werden wir ändern und die Startup-Szene in NRW auf das nächste Level heben. Dazu verbessern wir das „Gründer*innen-Stipendium“ und richten landesweit weitere Gründungszentren (sog. „Hubs“) ein, die ambitionierten Gründerinnen und Gründern zur Seite stehen, sei es bei der Bewältigung der Bürokratie, der Kapitalsuche oder dem Produktdesign. Durch kluge Schwerpunktsetzungen fördern wir dabei insbesondere Gründungen, die einen Fokus auf nachhaltige Entwicklung, Gleichstellung und die Gemeinwohlorientierung legen. Eine geschlechtergerechtere Mittelvergabe erreichen wir, indem wir 50% der Mittel für Frauen bereitstellen. Für eine diverse Gründer*innenlandschaft sorgen wir, indem wir Angebote insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte schaffen. Wir erweitern die Instrumente der NRW.BANK um Start-Ups künftig länger zu begleiten, Skalierungskosten zu finanzieren oder gemeinwohlorientierte Gründer*innen gezielt fördern zu können. Um jungen Unternehmen den Zugang zu Kapital zu erleichtern, werden wir auch das bestehende Instrument der (zeitlich begrenzten) „stillen Teilhaberschaft“ (sog. „Mezzanine-Kapital“) ausbauen. Um jungen Eltern den Schritt in die Selbstständigkeit zu erleichtern, werden wir eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Elterngeldes für Gründer*innen starten.

Innovation und Spitzentechnologie brauchen Köpfechen, Mut und Wagniskapital

Die nordrhein-westfälische Wissenschaft, unsere Traditionsunternehmen und auch die Gründer*innenszene verfügen über Fachkompetenz und unternehmerischen Mut. Wir sorgen dafür, dass sie für die Ideen und Technologien der Zukunft auch das notwendige Wagniskapital

erhält. Mit einem grünen Wagniskapitalfonds stellen wir gemeinsam mit Bund und Ländern staatlich abgesichertes Kapital zur Verfügung, mit dem auch große Investitionen, insbesondere in Bereichen wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität, Life-Sciences, Quantencomputing oder der IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie abgesichert werden können, bei denen Hausbanken das Risiko einer Finanzierung scheuen. So befördern wir nicht nur den nachhaltigen technologischen Fortschritt, sondern geben Start-Ups und dem forschenden Mittelstand dauerhaft eine Heimat in NRW. Dabei stellen wir sicher, dass Unternehmerinnen in besonderem Maße von dem Fonds profitieren, denn sie kommen in der klassischen Wagniskapitalfinanzierung bisher zu kurz.

Arbeiten wo man lebt: Homeoffice und Coworking ausbauen

Die Arbeit im Homeoffice prägt spätestens seit Corona das Arbeitsleben von Millionen Menschen in NRW. Auch "Coworking-Spaces" werden immer beliebter – Arbeitsplätze, die Selbstständige und Unternehmen gemeinsam mit anderen nutzen, meist zu einem Bruchteil der Kosten, die eigene Büros, Studios, Labore oder Werkstätten verursachen. In jedem Fall sind diese neuen Arbeitsorte flexibler, kommunikativer und flächensparender. Zusätzlich haben sie das Potential, Pendelverkehre zu reduzieren. Wir Grüne werden Homeoffice und Co-Working darum besonders fördern, indem wir Homeoffice im öffentlichen Dienst ausbauen und die Betriebsstättenverordnung an diese flexibleren Anforderungen anpassen, ohne Gesundheits- oder Sicherheitsstandards zu senken. Insbesondere im ländlichen Raum und in dezentralen Stadtteilen werden wir die Gründung privatwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Co-Working-Spaces finanziell fördern, indem wir die Städtebau- und Strukturförderung für entsprechende Vorhaben öffnen.

Weniger, schneller, effizienter: Mit digitalen Lösungen Bürokratie vereinfachen

Generationen von Politiker*innen haben ihn versprochen: den Bürokratieabbau. Auch wir können die Bürokratie nicht abschaffen, aber wir machen sie digitaler, schneller und effizienter und bauen so Belastungen für Selbstständige und Unternehmen ab. Unser Ziel ist es, dass Unternehmen sämtliche Behördenkontakte, Statistikpflichten und Steuerangelegenheiten über eine zentrale Plattform abwickeln können. Behördliche Entscheidungs-, Genehmigungs- oder Prüfungsprozesse werden wir mit Hilfe digitaler Anwendungen beschleunigen und wo möglich ganz automatisieren. Auch die Arbeit von Stadt-, Kreis- und Gemeinderäten wird digital. Dazu werden wir in einem Beteiligungsprozess mit Öffentlichkeit und Unternehmen bis Ende 2023 Maßnahmen für eine digitale Strukturreform für die Landesbehörden und kommunalen Verwaltungen erarbeiten. Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen werden wir von übermäßigen Bürokratieanforderungen und Aufzeichnungspflichten entlasten, indem wir Bagatellgrenzen einführen bzw. anpassen, Statistikabfragen bündeln und das Prinzip der Änderungsmitteilung (Daten werden nur bei signifikanten Veränderungen übermittelt) ausweiten.

Besondere Lagen erfordern besondere Maßnahmen - Wir machen Wirtschaftsförderung extra für Frauen

Frauen stehen aus unterschiedlichen Gründen vor höheren Hürden, um in der Wirtschaft Fuß zu fassen. Das gilt für die Vergabe von Führungspositionen ebenso, wie für die Möglichkeiten sich selbstständig zu machen oder ein Unternehmen zu gründen. Damit sich das ändert, werden wir in allen Wirtschaftsförderprogrammen des Landes NRW – von der Gründungsförderung bis zur Hightech-Forschung – ein separates Budget ausschließlich für die Förderung von Frauen reservieren. Davon unbenommen behalten Frauen weiterhin Zugang zu den „freien“ Mitteln der Fördertöpfe. So stellen wir sicher, dass Frauen an allen Wirtschaftsfördermaßnahmen partizipieren und ermutigen mehr Frauen, bestehende Widerstände zu überwinden.

Schluss mit blindem „Höher, Schneller, Weiter“ - Wir geben Wachstum eine Richtung

Auch wenn sich die Ansicht bei vielen hartnäckig hält, aber die Jagd nach Rendite ist längst nicht die einzige Triebfeder für Fortschritt und Wohlstand. Nicht nur die vielen gemeinnützigen Arbeitgeber*innen in der Wohlfahrtspflege, der Kultur oder dem Sport leisten täglich ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag, um unser Land voranzubringen. Auch immer mehr private Unternehmen, Arbeitsgemeinschaften, Kooperativen und Sharing-Gemeinschaften bewerten ihren Erfolg weniger nach Kapitalrendite als nach Nachhaltigkeitskriterien oder sozialem Fortschritt. Sie betreiben gemeinwohlorientierte Ökonomie. Wir werden diese Formen des Wirtschaftens stärken, indem wir z.B. die Gründung von Genossenschaften, gemeinnützigen Vereinen und anderen kooperativen Unternehmensformen wieder stärker in den Fokus rücken, Nachteile beseitigen und geeignete Beratungs- und Unterstützungsstrukturen schaffen.

Wir machen den Verbraucherschutz fit für die Aufgaben von morgen

Die Coronavirus-Pandemie hat zwangsläufig viele Dienstleistungen in den virtuellen Raum verlagert. Auch die „Verbraucherzentrale NRW“ hat damals schnell reagiert und ihre Beratungsformate an die Pandemiebedingungen angepasst. Auf diese Weise konnte den Ratsuchenden kompetente und verlässliche Hilfestellung angeboten werden. Eine Entwicklung, die auch nach dem Ende der Pandemie bleiben wird, denn sie macht Vieles einfacher, insbesondere für Menschen, die weniger mobil sind. Deshalb werden wir die Verbraucherzentralen beim Ausbau ihrer digitalen Angebote unterstützen, damit noch mehr Menschen von den wichtigen Angeboten profitieren können.

Damit die Energie- und Wärmewende gelingt, sind große Investitionen der Privathaushalte notwendig. Viele Menschen vertrauen auf die unabhängige Beratung der Verbraucherzentralen bevor sie eine Solaranlage anschaffen oder ein Sanierungsprojekt beginnen. Wir werden daher die Beratungsstrukturen der Verbraucherzentralen in NRW im Bereich Energiewende und Klimaschutz deutlich aufstocken und viele Angebote kostenfrei zur Verfügung stellen.

Für uns gehört eine unabhängige Verbraucherberatung zur Daseinsvorsorge. Gemeinsam mit der „Verbraucherzentrale NRW“ wollen wir das Netz der Beratungsstellen ertüchtigen, wo nötig erweitern und deren Finanzierung langfristig sichern.

Wir schalten Digitalisierung auf Fast Forward

Digitale Infrastruktur ausbauen

Arbeiten im Homeoffice, Filme streamen in der Freizeit, Meetings mit Geschäftskund*innen oder das digitale Bürgerbüro – in vielen Situationen benötigen Menschen und Unternehmen eine funktionierende und schnelle Internetverbindung. Davon ist NRW zu oft noch weit entfernt. Mit einem Genehmigungs-Turbo und gezielter Förderung bringen wir schnelles Internet mit Glasfaser und 5G spätestens 2030 an jede Haustür. Wir unterstützen Kommunen und ihre Verwaltungen beim Netzausbau und dem Stopfen von Funklöchern mit Mobilfunkkoordinator*innen vor Ort. So kommt die digitale Zukunft zu allen Menschen in NRW!

Digitalisierung vor Ort fördern

Digitalisierung passiert direkt vor der Haustür, ob nun in der Straße eine Glasfaserleitung verlegt wird oder die Kommune einen neuen digitalen Service anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung vor Ort besser gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene.

Damit Kommunen intelligent und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von „Smart City“ und „Zero Emission City“ zusammen und fördern eine schnelle und breite Umsetzung. Um Klima und Menschen zu entlasten, fördern wir mobiles Arbeiten. Wir helfen Kommunen „Coworking-Spaces“ und Standorte für mobiles Arbeiten aufzubauen und damit unter anderem jungen Gründer*innen flexible Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht. Dazu gehören passende Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche Rahmen und andere Anpassungen der Verwaltung an die veränderte Arbeitswelt. Wir schaffen neue Räume für Gründer*innen, die sich durch den Strukturwandel in den Kommunen ergeben. Um Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft besser zu fördern, schaffen wir die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die Gründungsförderung an Hochschulen aus und stärken die Startup-Kultur insbesondere im ländlichen Raum.

Digitale Ämter - leicht zugänglich

Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge in Zukunft auch digital möglich sind. Die digitalen Dienste und Informationen der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei. Je wichtiger das Internet für den Alltag wird,

desto wichtiger wird es auch, dass alle einen Zugang dazu haben und dazu in der Lage sind mit der Technik umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen Sprachen. Wir sorgen dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule Grundkenntnisse der Informatik sowie Digital-, Medien- und Quellenkompetenz besser vermittelt werden und dazu die Aus- und Weiterbildung auch des Lehrpersonals weiterentwickelt wird. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter“ fördern wir die Nutzung digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen Teilhabe im Alter. Wichtig ist aber auch: Der persönliche Kontakt in Ämtern muss weiterhin möglich bleiben.

Wir bauen zukunftsfähig

Besser bauen

Gebäude werden in aller Regel errichtet, um sie über Jahrzehnte hinweg zu nutzen. Die Art und Weise, wie wir heute bauen, hat einen entsprechend langfristigen Einfluss auf die Gesundheit von Menschen, Klima und Umwelt. Mit einer neuen ökologischen Landesbauordnung werden wir NRW zum Vorreiter einer nachhaltigen ressourcenschonenden Baukultur machen und den Bausektor in den kommenden zehn Jahren vollständig auf klimaneutrale Bauweisen und kreislauffähige Baumaterialien umstellen. Um Ressourcen zu schonen und den sog. „grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B. Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau - auch für öffentliche Gebäude - und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neuen Dach. Öffentliche Bauprojekte müssen auf diesem Weg ihrem Vorbildcharakter gerecht werden. Darum sorgen wir dafür, dass in NRW schon bis 2025 öffentliche Gebäude nur noch klimafreundlich und nachhaltig errichtet werden.

Wir machen Gebäude und Straßen von heute zum Rohstofflager für morgen

Bauabfälle machen rund die Hälfte unseres Müllaufkommens aus. Diese Bilanz ist umso gravierender, da die Produktion der so entsorgten Baustoffe das Klima enorm belastet. So macht allein die Betonproduktion etwa acht Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes aus. Nachhaltig bauen heißt also auch wiederverwertbar zu bauen, am besten mit bereits recycelten Baumaterialien. Um NRW zum Vorreiter einer nachhaltigen Baukultur zu machen, investieren wir – beispielsweise im Rheinischen Revier – in die Materialforschung sowie die Entwicklung und den Aufbau funktionierender Baustoffkreisläufe. Im Rahmen unserer neuen Landesbauordnung werden wir erstmals feste Quoten für die Verwendung recycelter Baustoffe, wie z.B. Kies, Sand oder Festgesteine festschreiben. Bei Bauaufträgen des Landes werden wir Wiederverwertbarkeit und den Einsatz von Recyclingbaustoffen wie Beton, Glas oder Sekundäraluminium zum ständigen Ausschreibungskriterium machen.

Eine nachhaltige Rohstoffpolitik für NRW

Die gesicherte Rohstoffversorgung ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Wirtschaft. Gleichzeitig bedeutet der Rohstoffabbau immer auch eine Belastung für Menschen und Umwelt. Die Spuren der Gewinnung von Kies und anderen Gesteinen haben einige Regionen NRWs, vor allem entlang des Niederrheins, in der Kulturlandschaft Haltern – Lippe – Haard oder Teilen des Bergischen Landes tiefgreifend verändert. Längst sind hier tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte um die Zerstörung der Landschaft oder die Verschlechterung des Grundwassers entbrannt, die durch die ideologische Bagger-Politik von Schwarz-Gelb weiter verschärft wurden. Wir werden den Rohstoffabbau in NRW grundlegend reformieren und den Bedarf an zusätzlichen Rohstoffen durch mehr Ressourceneffizienz und den Einstieg in die Kreislaufwirtschaft zügeln. So bringen wir Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammen und befrieden gesellschaftliche Konflikte.

Abbauplanung reformieren, Rohstoffe für kommende Generationen bewahren

Die bisherige Praxis beim Abbau von Locker- und Festgesteinen wie Sand, Kies, Kalk oder Schiefer führt letztlich dazu, dass die Rohstoffunternehmen einen Freifahrtschein für die Erschließung neuer Abbauflächen haben. Die Verantwortung, die steigenden Flächenansprüche der Industrie zu bedienen, wälzt das Land NRW auf die regionalen Planungsbehörden ab. Damit machen wir Schluss. Mit unserer Reform des Landesentwicklungsplans werden wir die Abbauplanung für Locker- und Festgesteine – analog zur Abbauplanung für Braunkohle – auf das zuständige Landesministerium übertragen. Fehlanreize bauen wir durch eine neue Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr Baustoffrecycling setzt. Zusätzlichen Flächenbedarf bemessen wir nicht länger anhand zurückliegender Abbaumengen, sondern am zukünftigen Bedarf unserer heimischen Bauindustrie.

Anders als z.B. beim Abbau von Braunkohle ist die Beseitigung der landschaftlichen Spuren und der Umweltfolgen des Rohstoffabbaus von Locker- und Festgesteinen weitgehend ungeregelt. Zwar sind zur Betriebsgenehmigung Renaturierungspläne vorzulegen, wer für die dauerhaften Folgen wie abgesenkte Grundwasserspiegel, gerodete Wälder oder bleibende Baggerseen aufkommt, ist aber vollkommen ungeregelt. Mit der Einführung einer maßvollen Rohstoffabgabe auf jede Tonne abgebauten Gesteins schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir beteiligen die Unternehmen und Endkunden an den Folgekosten des Rohstoffabbaus und setzen gleichzeitig Anreize für den Einsatz alternativer Baustoffe.

Wir geben dem Finanzstandort in NRW ein Zukunfts-Profil

Sparkassen als Partner von Kommunen und Mittelstand stärken

Die Sparkassen sind ein unterschätzter Wirtschaftsfaktor in NRW: mit 86 Instituten, Einlagen von 251 Mrd. EUR, einem Kreditvolumen von 230 Mrd. EUR und einem Marktanteil bei von bis zu 50 Prozent spielen sie eine entscheidende Rolle für den Finanzstandort NRW. Die Institute sind vor Ort meist eng verwurzelt, unterstützen lokale Kindergärten, Sportvereine und Kunstprojekte. An der ökologischen Transformation in Kommunen und Mittelstand, aber auch an der Finanzierung von Start-Ups beteiligen sich die Sparkassen allerdings zu selten. Ein Grund hierfür ist der enge Rechtsrahmen des Sparkassengesetzes. Damit unsere Sparkassen ihr finanzielles Potential und die wirtschaftliche Kompetenz künftig freier entfalten können, werden wir dieses anpassen.

NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank machen

Wir wollen die NRW.BANK stärken und ihre Rolle als Unterstützerin für die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft ausbauen. Als haushaltsunabhängige und wettbewerbsneutrale Landesförderbank erbringt sie bei der Unterstützung der mittelständigen Wirtschaft, unseren Kommunen und bei der Wohnraumförderung eine Reihe von Leistungen, die den Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommen. Wir möchten, dass die NRW.BANK einen verstärkten Fokus auf Nachhaltigkeitsaspekte legt und ihre Geschäftspolitik (Förderungen, Investitionen, Kredite und Anlagen) an den Nachhaltigkeitszielen des Landes, des Bundes, der EU und am Pariser Klimaabkommen ausrichtet. Unser Ziel ist, die NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank Deutschlands zu machen.

Zukunft durch Bildung

Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt: Das ist unser Versprechen! Die Corona-Pandemie hat vor allem die Jüngsten besonders hart getroffen. Menschlich, sozial und beim Lernen ist viel auf der Strecke geblieben. Dabei ist Bildung ein Schlüssel dazu, dass alle Menschen ein erfülltes Leben in einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt leben können.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft – sie verdienen Bildung auf der Höhe der Zeit. Die Welt wandelt sich. Sie wird digital, erfordert Teamwork und die Fähigkeit, neue Probleme zu lösen. Wie sollen Bildungseinrichtungen Schritt halten, wenn nicht einmal das WLAN funktioniert und die Deutschlehrerin wieder nur einen Halbjahresvertrag bekommt? Wir investieren deshalb in Gebäude, in digitale Ausstattung und vor allem in gut ausgebildete Menschen, die im Bildungssystem arbeiten und mit vollem Einsatz einfühlsam Gestaltungskompetenzen vermitteln. Wir investieren gemeinsam mit Unternehmen in Orte der modernsten beruflichen Bildung. Junge Menschen wollen die Welt erkunden und lernen – sorgen wir dafür, dass sie ihre Potenziale zur Entfaltung bringen können!

Bildungsgerechtigkeit erreichen wir nur durch gute Bildung von Anfang an. Gerade in den frühen Jahren wird der Grundstein für das spätere Leben gelegt. Unser Bildungssystem muss dabei allen dieselben Chancen geben und akzeptieren, dass unsere Gesellschaft immer unterschiedlicher und herausfordernder wird. Kitas und Schulen mit besonderen Herausforderungen verdienen dabei unsere besondere Unterstützung. Das ist auch wichtig, damit Bildungserfolg und sozialer Aufstieg nicht mehr abhängig sind von Elternhaus, Herkunft und Postleitzahl.

Alle sollen selbst entscheiden, welchen Bildungsweg sie einschlagen. Ausbildung oder Studium dürfen nicht zum finanziellen Risiko werden, sondern verdienen gesellschaftliche Unterstützung – gebührenfrei, mit günstigen Bus- und Bahntickets und bezahlbarem Wohnraum. Längst ist es normal, die Entscheidung für einen Beruf nicht mehr für das ganze Leben zu treffen. Mit mehr Weiterbildung in jeder Lebensphase schaffen wir Halt im Wandel.

Die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft ist so dicht und vielfältig wie in kaum einer anderen Region, sie steht für Exzellenz und gesellschaftliche Verantwortung. Forschende und Studierende gestalten den Wandel ganz entscheidend mit. Wir stehen für freie Hochschulen, an denen hochwertige Lehre, gute Arbeitsbedingungen und exzellente Forschung Hand in Hand gehen.

Wir fördern Bildung von Anfang an

Mehr Chancen für alle Kinder - frühkindliche Bildung ausbauen

Kinder brauchen Kinder. Gemeinsam mit Gleichaltrigen in der Kita oder Kindertagespflege zu spielen, zu singen und zu essen, macht Kindern Freude. Wir werden jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr ein gutes Betreuungsangebot machen. Dafür werden wir die frühkindliche Bildung in NRW ausbauen und qualitativ weiterentwickeln. Gute pädagogische Arbeit braucht qualifizierte Fachkräfte und Qualität braucht Zeit. Dafür müssen die Personalkapazitäten so berechnet werden, dass sie die alltäglichen Anforderungen und die Arbeitsrealität in den Kitas auch wirklich abbilden. Erzieher*innen brauchen Zeit für Fortbildungen, Urlaubstage müssen einberechnet werden und auch Krankheitsfälle dürfen nicht zu alltäglicher Personalknappheit führen. Die Kita-Leitung braucht Zeit, um pädagogische Konzepte zu erstellen und in Netzwerken mit den weiterführenden Grundschulen, Familienbildungsstätten und dem Jugendamt zusammenzuarbeiten. Wie viele Kinder pro Erzieher*in betreut und wie viel Zeit für Leitungsaufgaben sowie Fortbildung gebraucht werden, werden wir anhand wissenschaftlicher Standards neu regeln. Zur Entlastung der Erzieher*innen und Kita-Leitungen werden wir auch Verwaltungsstellen und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas finanzieren. Der Mix aus ausgebildeten Erzieher*innen und studierten Kindheitspädagog*innen macht ein gutes Betreuungsteam aus. Die Ausbildungs- und Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der Berufspraxis anpassen.

Gute Bildung von Anfang an - Qualität in der Kindertagesbetreuung verbessern

In den ersten Jahren der Kindheitsentwicklung geschieht unglaublich viel. Kinder lernen krabbeln, machen die ersten Schritte und beginnen Wörter so lange auszusprechen, bis der erste Satz sitzt. Die frühkindliche Bildung legt den Grundstein für faire Bildungschancen. Wir wollen Kinder in ihrem Recht auf gesunde Entwicklung und Beteiligung von Beginn an stärken. Kinder wollen ihren Alltag und ihre Lebenswelt mitgestalten. Wir unterstützen Kitas und Kindertagespflege bei der Umsetzung von Beteiligungskonzepten. Wir unterstützen Einrichtungen dabei, alle Kinder in ihren Bedarfen zu stärken und sie in ihrer Entwicklung zu begleiten. Die ersten Jahre sind die wichtigsten für die sprachliche, motorische und kognitive Entwicklung. Sprachmittler*innen, Logopäd*innen und Therapeut*innen sollen von den Kitas unbürokratisch ins Team einbezogen werden. Daneben ist die Mehrsprachigkeit Teil der Lebensrealität von vielen Kindern. Sie wollen wir in den Kitas fördern. Bewegung, Motorik und Ernährung sind elementar für die gesunde Entwicklung von Kindern, weshalb wir die Bewegungsförderung in den Kitas fördern. Die Mittagsverpflegung wird in Kitas und der Kindertagespflege mit uns kostenfrei. Kitas in einem Umfeld, in dem viele Familien erschwerte Startbedingungen haben, verdienen besondere Förderung. Deshalb werden wir die „plusKitas“ bedarfsgerecht ausbauen und personell stärken, indem wir zusätzlich Kita-Sozialarbeiter*innen-

Stunden fördern. Die kulturelle Bildung in Kitas werden wir stärken, damit kulturelle Bildung auch im Vorschulalter keine Frage des Geldbeutels der Eltern ist.

Mehr Erzieher*innen in die Kitas

Gute Bildung braucht gute Fachkräfte. Wir wollen Kitas, die die besten Bedingungen für unsere Kleinsten und gute Arbeitsbedingungen für unsere Fachkräfte bieten. Für qualitativ und quantitativ gut ausgestattete Kitas brauchen wir deutlich mehr Fachkräfte. Damit die Erzieher*innen ausreichend Zeit für die Kinder haben, muss auch die Tatsache einbezogen und berechnet werden, dass die Kräfte auch einmal krank werden, Urlaub machen oder sich fortbilden. Das wird uns durch die Umsetzung eines Bündels von Maßnahmen gelingen: der Beruf eine*r Erzieher*in braucht Wertschätzung. Der Beruf ist verantwortungsvoll, und das sollte sich in den Arbeitsbedingungen und der Vergütung widerspiegeln. Klar ist auch, dass wir Fachkräfte ausbilden müssen. Die Ausbildungskapazitäten müssen wir steigern. Die Zahl der Studienplätze an den Hochschulen im Fach Erziehungswissenschaften muss dem Bedarf in der Berufspraxis gerecht werden. Dabei wollen wir auch unterschiedliche Zugänge zum Beruf ermöglichen. Die praxisintegrierte Ausbildung wird gut angenommen. Außerdem wollen wir Kitas, die ausbilden, mehr Mittel geben.

Die Kita von heute muss die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sollte praktikabel sein. Zudem gibt es an den Kitas noch immer zu wenig männliche Erzieher. Mit gezielter Ansprache wollen wir sie für diesen Beruf gewinnen. Auch sind Menschen mit anderen Berufserfahrungen für das Team wertvoll. Der Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in muss qualitativ hochwertig ausgerichtet sein aber auch unkomplizierter werden. Wir werden die praxisintegrierte Ausbildung „PIA“ zur Fachkräftegewinnung fördern. Den Fachkräften, die zu Corona-Zeiten als Kita-Helferin eingesetzt werden, wollen wir durch Weiterqualifizierung das Angebot machen, in den Kitas zu bleiben.

Wir stellen Kinder, Jugendliche und Familien in den Mittelpunkt

Kinder und Jugendliche haben was zu sagen - beteiligen wir sie

Wie sollte der Spielplatz vor Ort ausgestaltet sein? Wann fährt der Bus zurück nach Hause? Was ist das nächste Bauprojekt der Stadt? Kinder und Jugendliche sind von politischen Entscheidungen direkt betroffen. Wir wollen sie in die Gestaltung ihrer Umgebung einbeziehen. Denn sie sind die Expertinnen und Experten für ihre Lebenswelt. Aus diesem Grund werden wir die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung stärken und verbindlich regeln. Die Kommunen unterstützen wir dabei, Befragungen von Kindern und Jugendlichen durchzuführen, um ihre Belange vor Ort besser wahrzunehmen. Auch von der Landespolitik sind junge Menschen direkt betroffen. Daher soll der Jugendcheck für Gesetzesvorhaben durch ein regelmäßiges Jugend-Monitoring zu den Auswirkungen politischer

Entscheidungen auf junge Menschen ergänzt werden. Kinder und Jugendliche haben das Recht, über ihre Zukunft mitzuentcheiden. Deshalb setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein.

Die Jugendarbeit von heute ist inklusiv

Kinder und Jugendliche lernen nicht nur auf den Schulbänken. Auch die Kinder- und Jugendarbeit hat einen starken Einfluss auf ihre Persönlichkeitsentwicklung. Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich auszuprobieren und eigene Erfahrungen zu machen. Demokratie, Antirassismus, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte sind zentrale Themen der Jugendverbandsarbeit und der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Hier wird unmittelbar erfahrbar, wie sich Gesellschaften gestalten und gleichzeitig wird die eigene Identitätsentwicklung unterstützt. Wir werden bewährte Projekte der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot. Daher werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Kinder- und Jugendarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen. Den Kinder- und Jugendförderplan machen wir inklusiv. Unser Ziel: Die Kinder- und Jugendarbeit ist offen für alle Kinder und Jugendlichen und bildet unsere vielfältige Gesellschaft ab. Wir werden die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit Angebote der Kinder- und Jugendarbeit barrierefrei gestaltet werden können.

Mehr Familienzentren für NRW

Eltern wollen nur das Beste für ihre Kinder. Dadurch entstehen auch viele Fragen und Unsicherheiten, aber auch einfach das Bedürfnis nach Austausch. Kitas, die zu Familienzentren weiterentwickelt wurden, sind solche Orte des Austauschs, der Weiterbildung und einer niedrigschwelligen Unterstützung von Eltern. Die Fragen, die Eltern haben, hören nach der Kita nicht auf. Im Gegenteil: Der Übergang von der Kita zur Grundschule und die Unterstützung von Familien, die Grundschulkindern haben, ist ebenso wichtig. Grundschulen werden wir daher zu Orten der Bildung, Beratung, Begegnung und Unterstützung von Familien weiterentwickeln. Die Vernetzung der Kita- und Grundschulfamilienzentren mit anderen Einrichtungen im Stadtteil, in dem Eltern leben, führt zu einer ganzheitlichen Beratung und Hilfestellung.

Mehr Zeit für die Familie

Morgens das eine Kind zur Kita bringen, das andere in die Schule und dann auch noch rechtzeitig am Arbeitsplatz sein. Nach dem Feierabend dann schnell die Kinder vor Kita- und Schulschluss abholen: Junge Familien geraten bei der Organisation ihres Alltags immer mehr unter Zeitdruck. Das ist der Grund dafür, dass wir kommunale Zeitbüros fördern wollen, in denen ermittelt wird, welche Kita-Öffnungszeiten Eltern brauchen und wo Busfahrpläne so optimiert werden, dass sie den Familien mit schulpflichtigen Kindern in den Stoßzeiten helfen. Entsprechend können die

Zeitbedürfnisse von Bürger*innen, Unternehmen, ÖPNV-Anbietern, Schulen, Kitas und Dienstleistern besser abgestimmt werden. Klar ist aber auch, dass Arbeit und Familie vereinbar sein müssen. Daher werden wir das Netzwerk „Familienfreundliches Unternehmen@NRW“ gründen, um einen Austausch zwischen den Unternehmen, Wissenschaftler*innen, Verbänden und Politik zu fördern. Auch die öffentliche Verwaltung hat bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Vorbildfunktion, weshalb wir sie familienfreundlich gestalten werden.

Bessere Bedingungen für Alleinerziehende

Es gibt viele Familienformen – Kinder allein zu erziehen ist eine davon. Die Anforderungen an alleinerziehende Eltern sind groß. Sie sind besonders auf eine verlässliche Infrastruktur angewiesen, die es ihnen ermöglicht, Familie und Erwerbsarbeit gut vereinbaren zu können. Deshalb werden wir die Kinderbetreuung in Randzeiten ausbauen und Projekte fördern, bei denen Kinder in den Randzeiten in ihrem Zuhause betreut werden. Wenn ein Kind einen Notfall hat oder ins Krankenhaus muss, möchten Eltern bei ihrem Kind sein. Gibt es aber weitere (jüngere) Kinder, dürfen diese nicht immer mitgebracht werden, brauchen aber Betreuung. Auch hierfür ermöglichen wir eine Betreuung in Notsituationen. Alleinerziehende, die behördliche Angelegenheiten regeln müssen, brauchen Hilfe aus einer Hand. Wir werden kommunale Familienberatungsstellen und freie Träger fördern, die Alleinerziehenden schnell und effizient helfen. Was Alleinerziehende aber auch dringend benötigen, ist Stressabbau. Daher werden wir Erholungs- und Gesundheitsprogramme fördern.

Regenbogenfamilien unterstützen

Lesbische Mütter, schwule Väter, Trans*-, Bi- und Regenbogeneltern mit Kinderwunsch – Familien in NRW sind vielfältig und bunt. Und so vielfältig sind auch die Fragen, mit denen Regenbogenfamilien konfrontiert sind. Dabei brauchen Regenbogenfamilien eine fachkundige Beratung und Begleitung durch geschulte Menschen, denen die verschiedensten Familienkonstellationen samt den rechtlichen Hürden vertraut sind und die vorbehaltlos Hilfestellung geben können. Deswegen ist eine „Landeskoordinationsstelle Regenbogenfamilien“ dauerhaft zu garantieren und personell angemessen auszustatten. Immer noch erfahren Regenbogenfamilien Ausgrenzung. Deswegen braucht es eine Koordination von Fort- und Weiterbildungen von Mitarbeiter*innen in Behörden und Familienberatungsstellen.

Wir investieren in Schulen und Ausbildung

Bildungsaufbruch in unseren Schulen

Schon lange kennen wir die Herausforderungen, vor denen Schüler*innen, Eltern und alle, die in Schulen arbeiten, stehen. Unser Schulsystem ist unterfinanziert, es fehlt an gut ausgestatteten und modernen Räumlichkeiten und entsprechenden Lernmitteln. Der Lernerfolg der Schüler*innen ist abhängig von ihrer Herkunft und der Finanzkraft ihrer Eltern.

Die Corona-Pandemie hat alle bekannten Probleme noch verschärft, viel Unsicherheit erzeugt und große Schäden an Körper und Seele vieler Kinder und Jugendlicher verursacht. Sie mussten am meisten verzichten und tragen schwer an den Folgen der Pandemie. Menschlich und fachlich ist seit Anfang 2020 viel verloren gegangen, was selbst über die Maße engagierte Pädagoginnen und Pädagogen allein nicht auffangen können. Jetzt geht es darum, der Schule ihren Sinn und ihre Seele zurückzugeben und die Probleme beherzt anzugehen. Wir wollen, dass unsere Kinder sich in ihrer Schule wohlfühlen und dort wieder gerne leben und lernen. Dies bedeutet für die gesamte Gesellschaft einen enormen Kraftakt – den wir im besten Sinne begleiten und gestalten wollen.

Wir wollen die durch die Grundgesetzänderung ermöglichte Kooperation zwischen Bund und Ländern nutzen, um künftig Investitionsprogramme, etwa für Sanierung und Neubau an besonders herausfordernden Standorten, auf den Weg zu bringen und auch personelle Unterstützung z.B. beim Ganzttag, bei der Inklusion und Sozialarbeit zu verstärken. Wir wollen die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Schulen unterstützen – und zwar nicht nur mit neuen Krediten, sondern auch bei der Tilgung wie schon beim Programm „Gute Schule 2020“. Die Aufgabenverteilung bei der Finanzierung von Schulen zwischen Land und Städten und Gemeinden wollen wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden neu verabreden.

Die Grundschulen legen wichtige Grundlagen für den weiteren Bildungsweg – ihre Arbeit wollen wir besonders fördern. Wenn Kinder zwischen dem 1.7. und 30.9. geboren sind, wollen wir den Eltern die Entscheidung über die Einschulung überlassen. Wir wollen unsere Schulen fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen und Innovation ermöglichen. Dafür werden wir unseren Schulen mehr pädagogische Freiheit geben, denn sie wissen selbst am besten, was ihre Schüler*innen brauchen. Dazu gehören u.a. Möglichkeiten für das Lernen in Projekten und jenseits von Fächergrenzen, Alternativen zum klassischen Notensystem, mehr Entscheidungskompetenzen in Personalfragen für die Schulen – und natürlich zusätzliche Ressourcen. Innovative Schulentwicklung wie in den „Primusschulen“ soll schulgesetzlich verankert werden.

Modern, digital, vielfältig: Schüler*innen auf die Zukunft vorbereiten

Die Herausforderungen für und die Erwartungen an Schule und Bildung steigen stetig. Die Welt ist im Wandel und ein Großteil der Schulkinder von heute wird zukünftig in Berufen arbeiten, die

wir jetzt noch nicht kennen. Darauf muss Schule reagieren. Wir wissen um die enorme Aufgabe, die Lehrkräfte hierfür fit und mit neuen Medien und Techniken vertraut zu machen und dies in den laufenden Schulbetrieb zu integrieren. Deshalb wollen wir in den nächsten fünf Jahren eine Fortbildungsoffensive für alle, die in unseren Schulen arbeiten, durchführen.

Wir sorgen so dafür, dass das Lernen mit digitalen Medien in allen Schulen in NRW funktionieren kann und zur Selbstverständlichkeit im Schulalltag wird. Auch der Umgang mit der gesellschaftlichen Realität von Mehrsprachigkeit, Inklusion, unterschiedlicher Herkunft und Hintergründen der Schüler*innen verlangt spezielle Fertigkeiten und Kenntnisse. Und schließlich gilt es, auch unser Wertesystem, unsere Demokratie zu stärken und unsere Umwelt und unser Klima zu schützen. Dafür werden wir Schwerpunkte im Bereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt genutzt werden. Die Schule der Zukunft setzt vermehrt auf Gestaltungskompetenzen statt auf reines Faktenwissen. Die Mitwirkung von Schüler*innen- und Elternvertretung soll auf der kommunalen Ebene verankert werden.

Wir bringen mehr Personal in die Schule

Ausfallender Unterricht, Lehrkräftemangel in vielen Fächern und Schulen am Kapazitätslimit – nicht erst die Corona-Pandemie zeigt, dass unser Schulsystem auf Kante genäht ist. Deshalb muss endlich Schluss sein mit unbesetzten Stellen und Flickschusterei statt echter Vorsorge und Problemlösung. Die Schulen brauchen keine Leer-Stellen auf dem Papier des Landeshaushaltes, sie brauchen reale Menschen in multiprofessionellen Teams, um die Corona-Lücken zu schließen und Schüler*innen darin zu bestärken, selbstbewusst und selbstwirksam durch die immer komplexer werdende Welt zu gehen.

Wir wollen mit einer Ausbildungsreform und zusätzlichen (Weiter-)Qualifikationsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit fürs Lehren bleibt. Deshalb werden wir mit Kulturagent*innen, Inklusionspat*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Quereinsteiger*innen, Verwaltungskräften, IT-Fachkräften und vielen anderen Menschen dafür sorgen, dass unsere Schüler*innen ein breites Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten.

Grundschulen, aber auch Schulen in herausfordernden Lagen, sind besonders vom Lehrer*innenmangel betroffen. Die gleiche Besoldung für alle Lehrämter (A13 als Eingangsbesoldung) – nicht nur für die neu ausgebildeten Lehrer*innen – ist unser Ziel.

Wir bauen die ganztägige Bildung aus

Immer noch gibt es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Ganztagsplätze in der Grundschule – nur knapp die Hälfte der Grundschüler*innen hat hier Platz. Das werden wir ändern. Dabei geht es nicht nur um den reinen Ausbau, sondern auch um die Qualität. Die Trennung zwischen Unterricht

und Betreuung muss der Vergangenheit angehören. Es darf nicht länger vom Wohnort abhängen, ob Kinder die Chance auf eine kostenfreie ganztägige Bildung bekommen und ihre Eltern Familie und Beruf vereinbaren können.

Deshalb wollen wir den vom Bund beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule für eine breite Ausbauoffensive in unserem Land nutzen. Wir wollen endlich verbindlich festlegen, welche Qualität der Ganztags haben muss – bisher ist dies abhängig von der Finanzkraft der Kommune, den Bedingungen für die im Ganztags Beschäftigten und den Möglichkeiten an der Schule. Es muss selbstverständlich werden, dass Schule mehr ist als Unterricht und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Zeit und Raum braucht! Dafür verdoppeln wir die Finanzierung des Ganztags auf 4.000 Euro pro Platz und werden mit einem vom Land breit unterstützten Anreizprogramm 200.000 zusätzliche Plätze einrichten, um für den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch gut vorbereitet zu sein.

Wir machen Bildung unabhängig vom Geldbeutel

Immer noch hängt Bildungserfolg in Deutschland vom Geldbeutel und der Herkunft der Eltern ab. Die Beschaffung von Lernmitteln, Gebühren in Kitas und Ganztagschulen, Semesterbeiträge, der Kauf digitaler Endgeräte, Bildungsfahrten und Ausflüge, gesundes Mittagessen – die Kosten sind teilweise immens, die Möglichkeiten staatlicher Unterstützung unübersichtlich und überbürokratisiert. Je geringer das Einkommen, umso höher ist die Belastung der Familien durch diese Kosten. Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen darf aber nicht vom Geld abhängig sein – schon gar nicht in einem so reichen Land wie Deutschland.

Deshalb wollen wir die Lernmittelfreiheit um eine digitale Lernmittelfreiheit ergänzen. Unser Ziel ist, dass Bildung für Alle kostenfrei wird. Auf dem Weg dahin werden wir eine landesweit einheitliche Beitragstabelle für Kitas und Ganztagschulen einführen, die eine gerechte soziale Staffelung der Gebühren und eine Gebührenbefreiung für Geringverdienende vorsieht.

So wollen wir den Einstieg in eine kostenfreie Bildung schaffen und für einen Systemwechsel sorgen: Wir setzen auf frühe Hilfen statt später Reparaturen.

Uns ist wichtig, ungleich zu behandeln, was ungleich ist. Wir werden die staatlichen Mittel zukünftig nach Bedarf und nicht mehr mit der Gießkanne verteilen. Anhand eines soliden schulscharfen Sozialindex werden wir zusätzliche Stellen und Finanzen verstärkt an jene Schulen verteilen, an denen die Herausforderungen am größten sind.

Inklusion: Für inklusive Bildung

Inklusion ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist Leitlinie unserer Bildungspolitik. Inklusion ist in allen Bereichen der Bildung eine große Herausforderung. Sie braucht Zeit und Beharrlichkeit. Wir wollen uns dem stellen. Unser Ziel ist weiterhin eine Pädagogik der Vielfalt: Alle Kinder sind an allen Schulen und an allen Schulformen willkommen und werden zu dem für sie bestmöglichen Abschluss be-

gleitet. Gelingende Inklusion ist eine Frage der Ressourcen. Wir sind überzeugt, dass das gemeinsame Lernen eine Bereicherung für alle ist. Wir werden deshalb alles tun, bei den besonderen Herausforderungen finanziell und personell zu unterstützen, etwa durch multiprofessionelle Teams und Fortbildungen sowie über Barrierefreiheit in den Gebäuden. Dazu gehören auch landesweite und vom Land finanzierte Baustandards.

Schulen zu Orten ohne Diskriminierung machen

Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen, auf der Straße, im Netz und in Institutionen. Sie machen deshalb vor unseren Schulen keinen Halt. Und noch immer beeinflussen rassistische Zuschreibungen die Bildungschancen junger Menschen. Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance und Potenzial, das wir ausschöpfen wollen. Wir wollen deshalb Demokratiebildung, Sensibilität für Formen und Auswirkungen von Diskriminierung und rassismuskritische Aufklärungsarbeit in den Schulen des Landes noch weiter etablieren. Lehrkräfte sollen dabei durch regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen in ihrer Handlungssicherheit unterstützt werden. Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ werden wir ausbauen und weiterentwickeln. In den Lehrplänen werden wir rassismuskritische Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte stärker verankern.

Ausbildung deutlich stärken

Egal ob im Rheinland oder in Ostwestfalen-Lippe, unabhängig vom elterlichen Einkommen, einer Einwanderungsgeschichte oder einer Behinderung: Jugendliche brauchen Perspektiven. Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung kann eine gute Basis sein, um die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. In der Berufsorientierung finden Jugendliche Unterstützung bei der Suche nach dem richtigen Ausbildungsberuf. Sie muss an allen Schulformen stattfinden und die Schülerinnen und Schüler geschlechterunabhängig gleichermaßen ansprechen. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ein und fördern weiterhin die Berufseinstiegsbegleitung. Damit alle Jugendlichen auch in Krisenzeiten in die Zukunft starten können, wollen wir außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten erweitern und jungen Menschen eine Ausbildung garantieren. Unternehmen profitieren, wenn sie ihre Fachkräfte von morgen ausbilden. Uns ist wichtig, dass nicht nur große, sondern auch kleine und mittelständische Betriebe ausbilden. Wir fördern Verbundausbildungen, an denen sich mehrere Betriebe beteiligen. Können sie wegen ihrer Spezialisierung nicht alle Inhalte der Ausbildung selbst vermitteln, übernehmen die Partnerbetriebe diesen Teil. In die überbetrieblichen Lehrinhalte werden die Themen Digitalisierung und Klimaschutz aufgenommen.

Ausbildung und Studium schließen sich nicht aus: Wir erleichtern das berufsbegleitende Studium und schaffen mehr duale Studiengänge. Der Meisterabschluss ist in Deutschland und weit darüber hinaus ein Qualitätsmerkmal handwerklicher Arbeit, den es zu erhalten und zu stärken

gilt. In unserem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) ist eine Meisterin oder ein Meister einem akademischen Bachelor gleichgestellt. Der DQR ist bisher nur ein Orientierungsrahmen, der jedoch rechtlich verankert werden sollte, damit das Ziel der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung auch Eingang in die Realität findet.

Auszubildende unterstützen

Für angehende Auszubildende muss es leichter werden, für ihre Ausbildung in andere Regionen zu ziehen. Wir setzen uns ein für die Errichtung von Lernenden-Wohnheimen, also gemeinsamen Wohnheimen etwa für Azubis, Studierende und Sprachkursteilnehmer*innen. Azubi-Tickets im ÖPNV wollen wir mit Studierendentickets gleichstellen und einen Ausbildungsfonds, in den alle Unternehmen einzahlen, soll sicherstellen, dass die finanzielle Last verteilt wird. Ausbildungen müssen flexibler werden. Teilzeitausbildungen ermöglichen auch jungen Eltern oder Personen, die aufgrund von Erkrankungen weniger belastbar sind, den Abschluss. Gemeinsam mit den Unternehmen und anderen Akteuren wollen wir benachteiligte Jugendliche besonders unterstützen, um einen Ausbildungsplatz zu bekommen und zu behalten. Ausbildungsbetriebe sollen außerdem die Sicherheit haben, dass die Azubis, die einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben, nicht von einer Abschiebung bedroht werden.

Wir schaffen Sicherheit durch Weiterbildung

Mehr Anschluss mit Abschluss - für alle

Die Stärkung unseres Schulsystems ist das eine. Der Blick auf die Menschen, die in der Vergangenheit vom System nicht erreicht wurden, das andere. In unserer Gesellschaft gibt es zu viele Menschen ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung, mit erheblichen Problemen beim Rechnen, Schreiben und Lesen – den Grundfertigkeiten für echte gesellschaftliche Teilhabe. Jede und jeder soll das Recht bekommen, einen Schulabschluss zu erwerben oder eine Ausbildung abzuschließen. Um dies umzusetzen, werden wir die Angebote im Zweiten Bildungsweg, z.B. von Volkshochschulen, verstärken und die Berufskollegs zu regionalen Zentren der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung ausbauen und bei Bedarf auch außerbetriebliche Ausbildungsangebote ausweiten.

Mehr Fachkräfte von morgen durch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten

In vielen Branchen, sei es im Handwerk oder in den sogenannten "Care"-Berufen (pädagogische, Gesundheits- und Pflegeberufe), fehlen Fachkräfte. Mit einer Reform der Meisterausbildung, Meistergründungsprämien und mehr Stipendien erhalten Handwerker*innen bessere Aufstiegschancen. Wir ermöglichen Qualifizierungen für den Seiteneinstieg in Berufe wie die Kindertagespflege. In den Gesundheits- und Pflegeberufen sind die Anforderungen an die Qualifikationen des Lehrpersonals gestiegen. Wir schaffen berufsbegleitende

Qualifizierungsmöglichkeiten zum Beispiel für das Lehrpersonal in der Pflege und in der Hebammenausbildung.

Wir verbessern die Bedingungen für Studium, Forschung und Lehre - mehr Raum für große Ideen

Den Weg zum Studium ebnen

Studieren ist in der Regel ein Vollzeitjob ohne Einkommen und erfordert finanzielle Unterstützung. Wir sehen den Staat in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass ein Studium nicht am Geldbeutel scheitert. Bei der Preisentwicklung der Semesterbeiträge wollen wir sicherstellen, dass sie für Studierende gut bezahlbar werden. Um mehr Wohnungen für Studierende zu schaffen, fördern wir deren Neubau und Sanierung über Zuschüsse an die Studierendenwerke. Mit einer Studienstarthilfe von bis zu 1.000 Euro fördern wir bedürftige Studienanfänger*innen unbürokratisch und schnell. Dadurch und durch eine verlässliche Unterstützung des NRW-Zentrums für Talentförderung aber auch die zusätzliche Unterstützung für Hochschulen, fördern wir Chancen für alle. Wir stärken die Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung. Und wir fördern den Ausbau der psychologischen Beratung an Hochschulen und Studierendenwerken. Wir fördern in Bildung und Forschung vielfältige Perspektiven und fördern Talente durch Programme zur Förderung von Diversity Management an Hochschulen.

Gute Arbeitsbedingungen an NRW-Hochschulen

Gute Lehre für Studierende und bahnbrechende Forschung sind nur möglich, wenn die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen stimmen. Mit Geldern von Land und Bund, klaren und verbindlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und Unterstützung für Vereinbarungen vor Ort fördern wir gute Arbeitsbedingungen und planbare Karrierewege an den Hochschulen unseres Landes. Dazu gehören vor allem Dauerstellen für Daueraufgaben, planbare Qualifikationsverläufe, und neue Karrierewege abseits einer Professur. Studentische Hilfskräfte brauchen einen eigenen Tarifvertrag. Wir wollen mehr Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen oder Juniorprofessuren, für die nach einer erfolgreichen Bewährungszeit eine unbefristete Professur garantiert wird. Wissenschaftliche Karrieren von Frauen unterstützen wir mit einem Mentoring- und Stipendienprogramm für Promotionen und Habilitationen. Gute Arbeit braucht auch eine starke Mitbestimmung. Wir stellen rechtlich sicher, dass die Vertreter*innen von Beschäftigten und Studierenden in den Hochschulgremien angemessen mitbestimmen können. Als Beitrag für gute Arbeitsbedingungen und Klimaschutz ermöglichen wir den Beschäftigten an den Hochschulen Jobtickets für Bus und Bahn.

Wissenschaft nachhaltig machen

Ohne die Wissenschaft könnten wir die Klimakrise weder verstehen noch Lösungen finden. Umso wichtiger ist es, dass Hochschulen sich selbst als Vorreiter und Vorbilder für Klimaneutralität verstehen. Wir richten daher ein Programm für eine klimaneutrale Wissenschaft bis 2035 ein. Dazu gehört ein Modernisierungsprogramm, das den Sanierungsstau in der Wissenschaft aufbaut. Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke werden damit klimagerecht saniert. Wir wollen die Lehre nachhaltig machen, indem mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Studiengängen vermittelt wird. Dafür fördern wir einen öffentlichen Dialog mit allen Akteur*innen an den Hochschulen. Damit wir noch bessere Instrumente und Wege zur Klimaneutralität finden, richten wir einen Teil der Forschungsförderung des Landes zeitweise auf diesen Schwerpunkt aus. Wir setzen uns für einen besseren Transfer von Wissen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft ein.

Forschung ‚Made in NRW‘ fördern

Wie löst die Gesellschaft soziale Probleme? Wie werden Konflikte und Kriege verhindert? Was kann die Wirtschaft machen, um das Klima zu schützen? Antworten darauf liefert Forschung ‚Made in NRW‘. Das unterstützen wir mit einer besseren Finanzierung der Institute der „Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft“. Die Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken wir durch eine Reduzierung der Lehrverpflichtung von Professor*innen, mit zusätzlichen Professuren und Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Wir sichern wissenschaftlichen Nachwuchs dieser Hochschulen durch eine verlässliche Finanzierung des „Promotionskollegs NRW“. Die Friedens- und Konfliktforschung, einschließlich der naturwissenschaftlich-technischen, fördern wir dauerhaft mit angemessenen Mitteln und einem landesweiten Netzwerk. Dass öffentlich geförderte Forschung transparent ist und dem Frieden dient, stellen wir rechtlich sicher. Die Forschung an alternativen Methoden zu Tierversuchen unterstützen wir, um die Anzahl der Tierversuche in der Wissenschaft weitgehend zu reduzieren. Wir stärken diejenige Forschung, die den Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft eröffnet, hin zu Recycling, nachhaltigen Materialien und Produkten. Forschung und Lehre zur Ökologie des Waldes fördern wir besser.

Digitalisierung, die dem Menschen dient - aus unseren Hochschulen in die Welt

Nur ein kleiner Teil der digitalen Technologien und Anwendungen kommt aus Europa. Das führt zu Abhängigkeiten und Konflikten, etwa wenn andere Länder und Unternehmen ein deutlich anderes Verständnis von Datenschutz haben als wir. Daher wollen wir die Digitalisierungsforschung in NRW stärker fördern. Insbesondere IT-Sicherheit, neue Quantentechnologien und eine interdisziplinäre Forschung werden dabei gezielt unterstützt. Wir fördern die Forschung und Entwicklung zu Künstlicher Intelligenz (KI) erheblich stärker, insbesondere in den Bereichen Nachhaltigkeit, Verwaltung und Mittelstand. Dabei setzen wir auf eine solche KI, die daten- und energiesparsam sowie diskriminierungsfrei ist und die unserem

Datenschutzniveau entspricht. Wir fördern ideell die Digitalisierung der Wissenschaft in Forschung, Lehre, Verwaltung, Infrastruktur und Services. Das beinhaltet den Weg zu einer Open Science, mit offenem Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen, Forschungsdaten und Bildungsmaterialien sowie der Nutzung von Open-Source-Software. In Ergänzung sollen Studium in Präsenz und digitales Lernen sinnvoll kombiniert und weitere digitale Formate und Innovationen eingeführt werden. Durch problem- oder projektorientierte Gestaltung wird das forschende und selbstständige Lernen gestärkt.

Solidarität sichern

Mit der Pandemie und dem verheerenden Hochwasser im letzten Sommer haben wir neu zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben. So stark unser Streben nach individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr brauchen wir auch unsere Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, um uns zu entfalten. Das gilt besonders in Phasen des Umbruchs. Diese Erfahrung ist für NRW nicht neu, hier standen die Menschen schon oft zusammen. Jetzt geht es um eine neue Politik, die aus dem “Wir” Wirklichkeit macht.

Ein solidarisches und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein Kind, keine Alleinerziehende und kein Rentner in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man von der eigenen Arbeit leben und eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem jede*r eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes Mal. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen Regionen der Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind. Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt. Doch es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei krank werden. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit gilt für alle gleichermaßen.

Wo wir zusammentreffen, entsteht Gemeinschaft. Gerade eine vielfältige Gesellschaft braucht Räume, in denen sich die Menschen begegnen, austauschen und so zusammenwachsen. Das geschieht in öffentlichen Schwimmbädern, Büchereien und auf öffentlichen Plätzen. Um dieses gemeinsame Eigentum aller Bürger*innen ist es in NRW vielerorts nicht gut bestellt, besonders in Städten und Gemeinden mit wenig Geld – also genau dort, wo viele Menschen in Armut leben und Kinder und Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Mancherorts schließt das Schwimmbad oder das Jugendzentrum, anderswo fährt außer dem Schulbus kein Nahverkehr oder es fehlt das Geld zur Sanierung eines Marktplatzes. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, die aber unsere Zukunft schwer belasten. Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie stark für ihre Bürger*innen sein können. Und wir werden alle Kräfte bündeln, damit NRW in die Zukunft investiert.

Wir arbeiten entschlossen gegen Armut

Armut spürbar reduzieren

Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen. Vor allem stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Pakt gegen Kinderarmut

In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen. Es gehört zu ihrer Lebenswirklichkeit, dass sie Freund*innen nicht nach Hause zum Essen einladen können oder einen Geburtstag meiden zu müssen, da sie sich kein Geschenk leisten können. Sind diese alltäglichen Beschränkungen schon schwierig genug, so gehen die Folgen von Armut noch weit darüber hinaus. Deshalb werden wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam gegen Kinderarmut zu kämpfen. Denn Armut hat viele Gesichter. Wir werden die kommunalen Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen, Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden von Eltern selten abgerufen, weil die Beantragung zu kompliziert ist, der Anspruch nicht bekannt ist und auch Scham eine Rolle spielt. Solange diese Mittel nicht von einer Kindergrundsicherung abgelöst sind, sorgen wir dafür, dass sie bei den Kindern auch ankommen. Die Stadt Hamm zum Beispiel hat mit der „Youcard“ ein Modell entwickelt, dass die Abrechnung vereinfacht. Solch kreative und praktische Lösungen werden wir fördern. Wir stärken außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und schaffen so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien.

Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene, die von Armut betroffen sind

Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Nicht jede*r schafft es aus eigenem Antrieb, die Vielzahl von Behörden aufzusuchen. Wir werden Streetwork/Mobile-

Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können. Eine umfassende Beratung und Hilfestellung ist notwendig, auch für die so genannten „Careleavers“, also diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre Jugendhilfe verlassen. Wir fördern Jugendhäuser, die mit multiprofessionellen Teams Jugendliche ganzheitlich beraten und bei ihren vielfältigen „Baustellen“ vom Ausbildungsplatz bis zur Wohnungssuche unterstützen. In den Jugendhäusern sollen aber auch junge Volljährige beraten werden, die derzeit noch aus dem Raster fallen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

Schuldner*innenberatung garantieren - Beratungsstrukturen optimieren

Wir optimieren die Schuldner*innenberatung und reagieren damit auf die Folgen der Corona-Krise, in der noch mehr Menschen in eine prekäre finanzielle Lage geraten sind. Nur mit kompetenter Beratung können überschuldete Privatpersonen sich wirtschaftlich und sozial stabilisieren. Diese Hilfe erbringen vor allem die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie unterstützen bei der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, fördern die Eigeninitiative der Betroffenen und ermöglichen neue Zuversicht und soziale Teilhabe. Für die Schuldnerberatung sind die Kommunen zuständig, für die Verbraucherinsolvenzberatung hingegen das Land. Diese unterschiedlichen Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen und werden die Trennung schnellstmöglich beenden, so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht. Die Einleitung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte immer das letzte Mittel sein. Stattdessen ist es inzwischen zu einem gängigen Verfahren geworden. Dazu tragen auch und gerade die öffentlichen Gläubiger wie Finanzamt oder Arbeitsagenturen bei. Außergerichtliche Einigungsversuche unter Beteiligung dieser Gläubigergruppen kommen meist nicht zustande. Dort, wo das Land Einfluss auf die Gläubiger hat, ändern wir das. Gemeinsam mit Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Verbraucherschutzorganisationen entwickeln wir außerdem Qualitätsstandards für die Arbeit der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung.

Wir machen Wohnungspolitik für alle

Bezahlbarer Wohnraum in ganz NRW

In vielen Städten und Gemeinden in NRW fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die Mietpreisbindungen für sie ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen

Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach sozialen, städtebaulichen, ökonomischen und ökologischen Kriterien vergeben werden. Wir bevorzugen kommunale Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Neue Wohnungen sollen direkt klimaneutral gebaut und vorhandene modernisiert werden, um Klimaschutz auch im Gebäudebereich wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent gefördert werden und damit sozial gerecht geschehen. Auch stärken wir die Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir wieder klare Standards für barrierefreien Wohnraum in die Landesbauordnung aufnehmen und für genügend rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen.

Nachbarschaften für alle Generationen

Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen finden Unterstützung, Beratung und Versorgungssicherheit. Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten Gestaltungsräume. Plätze und Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen, inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm.

Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein einheitliches Förderprogramm „Quartier inklusiv“, das die verschiedenen Bereiche umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and communities“ (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden dabei unterstützt. Wir fördern den Einsatz von technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und setzen Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations- und Informationstechnologien zu nutzen.

Landesinitiative „Mehr Platz zum Spielen“

Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb der Wohnung mit Freund*innen treffen und ohne Gefahr Roller fahren und Ball spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit unserem Förderprogramm „Mehr Platz zum Spielen“ können Kommunen bereits bespielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz- oder Skateplätze) im öffentlichen Raum erhalten und ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.

Grundbedingung dabei ist, dass die Kinder und Jugendlichen wesentlichen Einfluss auf die Planungen haben und sich mindestens genauso beteiligen können wie Vereine oder (Nachbarschafts-)Initiativen.

Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den sozialen Wohnungsbau und erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden. Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf. Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose gibt, bauen wir sie aus. Dazu gehören auch spezielle Angebote für Frauen, Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz "Housing first" bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie "Trainingswohnen", in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen "Housing first" in ganz NRW ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne

Sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt stärken

Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir unterstützen Langzeitarbeitslose und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen über den sogenannten „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder Fuß fassen können. Um die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu stabilisieren und ihnen die nötige Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine staatlich unabhängige Beratungsstruktur auf Augenhöhe.

Menschen mit Behinderungen haben ein größeres Risiko, arbeitslos zu werden als Menschen mit der gleichen Qualifikation ohne Behinderungen. Wir streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an. Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig senken wir die Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe erhalten Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber*innen mit Behinderung ‚zuschneiden‘ können. Außerdem

erleichtern wir die Rahmenbedingungen für „Inklusionsbetriebe“. Das sind Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die zwischen 30 und 50 Prozent Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Für Personen, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, soll die Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse.

Faire Arbeitsbedingungen stärken

Der Krankenpfleger und die Busfahrerin, der Supermarktverkäufer und die Betonbauer*in – sie alle verdienen faire Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend werden. Damit konkurrieren die Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Das stärkt NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung wie Putzkräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer*innen, die auf den Feldern und in den Fleischbetrieben in NRW arbeiten. Wir verbessern den Arbeitsschutz durch mehr finanzielle und personelle Ressourcen und damit mehr Kontrollen. Arbeitsfreie Sonntage sollen die Regel sein.

Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation

Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen, familien- und pflegefreundlich zu werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut und das Recht auf Homeoffice unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter*innen einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen. Wir unterstützen die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst voran, indem wir sie für Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die Arbeitszeit in allen Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter*innen zum Beispiel mehr Zeit haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit erleichtern wir.

Wir investieren in Gesundheit und Pflege

Gesundheitsprävention stärken

Prävention hält gesund und entlastet das Gesundheitssystem, wenn sie umfassend in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir geben deshalb dem Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Immer mehr Menschen sind einsam und werden dadurch krank. Wir

bekämpfen die Einsamkeit mit einer landesweiten Kampagne, die Bewusstsein schafft, entstigmatisiert und mit der frühen Vermittlung von Kompetenzen zur psychischen Gesundheit einhergeht. Die Klimakrise ist eine Herausforderung für die Gesundheit der Menschen. Das Klima zu schützen und die Städte an den Klimawandel anzupassen, bedeutet auch, unsere Gesundheit zu schützen.

Gut versorgt in Stadt und Land: Vorfahrt für Gesundheitsregionen

Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient*innen. Gerade in ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits- und Pflegezentren errichten. Deutschlandweit fehlen gerade in ländlichen Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden. Andererseits gibt es Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe so selten durchführen, dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit hohen Fallzahlen nicht mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient*innen im Notfall oder bei Beginn einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen. Für planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine durchgehend gute Qualität in der Patientenversorgung angeboten wird. Wir planen die Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit ambulanten Einrichtungen wie Arztpraxen und anderen Therapie- und Pflegeangeboten oder Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt.

Gesundheitsämter schützen uns alle: den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) führt Schuleingangsuntersuchungen durch, bietet Impfungen an und ist verantwortlich für den Infektionsschutz. Die Mitarbeitenden überwachen die Qualität des Trinkwassers, beraten zu Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-Pandemie ist besonders deutlich geworden, wie wichtig der ÖGD ist. Er leidet aber unter langjährigem Verwaltungsabbau, chronischer Unterfinanzierung und Personalmangel. Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den ÖGD an und etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal. Wir stärken die Verantwortung des Landesentrums für Gesundheit, so dass es Standards und Verfahren etwa in der Pandemiebekämpfung für die Gesundheitsämter bietet. Wir ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und Schnittstellenkompatibilität zur elektronischen Patientenakte. Durch Nachwuchsprogramme in Kooperation zum Beispiel zwischen Hochschulen und Ärztekammern lernen Studierende den ÖGD als Tätigkeitsfeld kennen. Ärztin und Sozialpädagogin, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftler: Zusammen sind sie ein Team,

das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert.

Psychische Gesundheit verbessern

Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen die Angebote. Wir beziehen Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir stärken die Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie ab.

Für eine inklusive Gesundheitsversorgung

Menschen in ärmeren Verhältnissen erkranken häufiger und sterben früher. Die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf. Viele Geflüchtete, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte sind nicht krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall gehört jedoch zu den elementaren Menschenrechten. Deshalb wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern und den „anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“ flächendeckend aus. Sie helfen, den Krankenversicherungsstatus zu klären. Um Menschen mit Behinderungen besser zu versorgen, entwickeln wir einen ressortübergreifenden Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut. Wir machen verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und sorgen für mehr Flexibilität und Patient*innenorientierung bei Therapie- und Heilmittelversorgung.

Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung fördern

Diagnostik und Therapie sind in der Medizin noch immer auf einen männlichen „Normkörper“ ausgerichtet. Das hat Nachteile für alle, die dieser Norm nicht entsprechen. So zeigen Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome und andere Immunreaktionen bei Impfungen als Männer. Dadurch werden Krankheiten zum Teil nicht erkannt und behandelt. Manche Medikamente wirken anders – das kann gefährlich werden. Trotzdem wird die Bedeutung des Geschlechts in vielen Studien ignoriert. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die Geschlechterperspektive: So werden Daten in Studien oder Projekten geschlechtergerecht erfasst und ausgewertet. In der Geburtshilfe stellen wir die Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach

der Geburt gewährleistet werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden. Wir wollen das Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen

Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten. Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen.

Drogen- und Suchtpolitik ohne Kriminalisierung

Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies zulassen, werden wir in NRW wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument*innen unterstützen. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen betroffen sind. So begegnen wir den rechtlichen Entwicklungen im “Gaming”-Sektor (digitale Spiele) wenn notwendig mit Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés besser geschützt werden, um die Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir.

Wir haushalten verantwortungsbewusst und investieren in unsere Zukunft

Verantwortungsbewusst haushalten

Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger*innen umzugehen, eine moderne und leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die Infrastruktur unseres Landes zu erhalten und in eine lebenswerte Zukunft zu investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-Ziel gemessen werden.

Der Großteil der Landeseinnahmen kommt aus Steuern, für deren gesetzliche Ausgestaltung der Bund zuständig ist. Das Land hat nur wenig Spielraum für eine Steuerung der eigenen Einnahmen. Gleichzeitig ist ein großer Posten – ca. ein Drittel der Ausgaben – für die Löhne, Gehälter und Pensionen der Landesbediensteten gebunden – in erster Linie für Lehrkräfte in den Schulen, für Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Neben der Stärkung der Qualität unseres öffentlichen Dienstes wollen wir vor allem die öffentlichen Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch, die überschuldeten Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2023 die Bewältigung der finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern einnehmen sowie corona-bedingte Mehrausgaben haben und gleichzeitig müssen die negativen Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter abgefedert werden. Die für solche Notlagen in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmemöglichkeit wollen wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Die Anlagen des Landes, wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin konsequent auf nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus.

Nachhaltiger Investitionspakt für NRW

Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken, die Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbinden. Die öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven Investitionsstau, besonders in den Städten und Gemeinden, die das aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur von morgen: bei den Schulen, der Digitalisierung, der Mobilitätswende, beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen. Diese Zukunftsinvestitionen werden sich für künftige Generationen rechnen und ihnen Spielräume und ihre Freiheit sichern. Deshalb werden wir die verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen und neue Wege der Finanzierung ausschließlich für Zukunftsinvestitionen außerhalb des Landeshaushalts schaffen.

Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen

Wir werden dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder über Mittel verfügen, um eigenständig in Bildung und Betreuung, lokale Mobilität und – vom Radweg bis hin zum kommunalen Solarkraftwerk – in die kommunale Infrastruktur, investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Auch die Steuerausfälle aus der Corona-Krise müssen solidarisch ausgeglichen werden.

Es hat sich leider eingespielt, dass aus Berlin und Düsseldorf immer neue Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Gleichzeitig steigen die gesellschaftlichen Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die lokale Ebene. Allerdings bekommen die Kommunen nicht die Mittel zur Bewältigung dieser Aufgaben. Wer bestellt, muss auch bezahlen oder wer eine Aufgabe definiert, muss auch für die Finanzierung sorgen.

Gleichzeitig wollen wir ruinösem Steuerdumping entgegenwirken, bei dem Kommunen sich gegenseitig Wirtschaftskraft streitig machen, ohne dass zusätzliche Impulse für Innovationen oder neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden Anreize setzen, damit Kommunen kooperieren und die Gewerbesteuer gemeinsam vereinnahmen können. Die Gemeindefinanzierung regeln wir so, dass sie Steuer-Dumping unattraktiv macht.

Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam bekämpfen

Unserem Gemeinwesen gehen in ganz Deutschland jedes Jahr geschätzte 100 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren. Geld, das wir dringend für gute Schulen und Zukunftsinvestitionen brauchen. Wir werden diesen Betrug entschieden bekämpfen, indem wir die Finanzverwaltung und die Steuerfahndung ausbauen und sie technisch und digital fit machen. Dazu gehört beispielsweise, dass Meldestellen, nach Baden-Württemberger Vorbild umfassend digitalisiert werden. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erweitern und im Wettbewerb um die besten Köpfe die Attraktivität unserer Finanzverwaltung steigern.

Fördermittel effektiv für einen echten Wandel einsetzen

Auch die EU stellt große Mengen an Fördermitteln bereit, um die europäische Wirtschaft bei ihrem Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele zu unterstützen und um diejenigen Regionen zu fördern, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind. Das sind in NRW nicht nur die Kohlreviere, sondern sämtliche Regionen, in denen CO₂-intensive Industrien beheimatet sind. Bei der Verteilung der europäischen Fördermittel sind uns zwei Punkte besonders wichtig: Die Gelder der EU sind nicht dazu gedacht, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Sie sollen stattdessen in neue Projekte und Unternehmungen fließen, Innovationen anstoßen und damit einen zusätzlichen Nutzen zu den nationalen Programmen stiften. Zweitens muss darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte auch tatsächlich einen Beitrag zu wichtigen Zielen beim Klimaschutz, der Erhaltung der Artenvielfalt und der Digitalisierung leisten.

Demokratie in der offenen Gesellschaft

Für ein offenes und vielfältiges Nordrhein-Westfalen engagieren sich tagtäglich Millionen Menschen in unserem Land. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein, heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen und sorgen so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind verschieden und dabei gleich an Rechten und Würde.

Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen – deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Und unser Wahlrecht kann noch viel mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten. Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der Bürger*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung.

In Zeiten von Wandel und Umbruch erneuern wir das Versprechen, dass Politik Verantwortung auch für schwierige Entscheidungen übernimmt, zu Fehlern steht und transparent arbeitet. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren schwere Krisen erlebt – das Hochwasser, Corona und seine Folgen. In der Krise zeigt sich, wer wir sind. Ob wir vorausschauend handeln oder Dienst nach Vorschrift tun – das ist eine Frage von Führung und von funktionierenden Strukturen. Deshalb ist Vorsorge unser politisches Leitprinzip. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig zu wissen: Der Staat schützt mich, er handelt vorausschauend und ist so ausgestattet, dass er auch auf Unvorhergesehenes reagieren kann. Unser Leitbild ist ein Staat, der seinen Bürger*innen im besten Sinne des Wortes zu Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist und Datenschutz sowie Privatsphäre respektiert und schützt.

Vielfalt und Nordrhein-Westfalen sind seit langem untrennbar miteinander verknüpft. Vielfalt ist herausfordernd und gleichzeitig eine Chance. Sie zu gestalten und Konflikte auszuhandeln, begreifen wir als unseren politischen Auftrag. Schon viele Male ist unser Land über sich hinausgewachsen, um Einwander*innen und Geflüchtete willkommen zu heißen. Es wird durch Einwanderung reicher. Neue Perspektiven bringen neue Ideen, die uns weiterbringen und uns helfen, mit Herausforderungen fertig zu werden. Wir können Menschen eine neue Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns selbstbewusst die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte eine Selbstverständlichkeit sind.

Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit großer wirtschaftlicher Stärke hat es auch eine führende Rolle innerhalb der Bundesrepublik. Daraus

erwächst der Auftrag, dieses Gewicht auch in der europäischen und internationalen Politik geltend zu machen. Mit einer grünen Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung nachkommen. Wir machen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, in Europa und auch darüber hinaus Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte zur Richtschnur unserer Politik. Das gilt für internationale Handelsverträge ebenso wie für die europäische Gesetzgebung. Freihandelsabkommen zu Lasten von Menschen, Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern weiterhin eine europäische Flüchtlingspolitik, die das Recht auf Leben und Unversehrtheit zur obersten Maxime macht.

Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus

Neue Politik der Beteiligung und des Dialogs

Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen verbessern, weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger*innen einfließen. Das ist gerade jetzt besonders wichtig – denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen Umbrüchen, wollen unsere gesamte Infrastruktur klimafest machen. NRW wird gleichzeitig immer vielfältiger. Diese Veränderung begleiten wir mit einer Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir setzen eine*n zentrale*n Ansprechpartner*in der Landesregierung für Beteiligung und Dialog ein. Wir stärken die direktdemokratischen Elemente unserer Landesverfassung deutlich. Wir berufen Bürger*innenräte zu ausgewählten Zukunftsthemen ein. Denn Erfahrungen aus Bund und anderen Ländern zeigen, dass Bürger*innenräte stark darin sind, konstruktive Lösungen im Dialog zu finden. Zufällig und repräsentativ ausgewählte Bürger*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Zudem erleichtern wir direkte Demokratie, indem wir die Mindestanzahl einzureichender Unterschriften für Begehren und Initiativen reduzieren, die Bedingungen für die Unterschriftensammlung vereinfachen und die direktdemokratische Mitbestimmung bei deutlich mehr Themen ermöglichen.

Versammlungsfreiheit schützen

Unsere Demokratie lebt davon, dass wir frei und ohne Angst unsere Meinung öffentlich sagen können. Für dieses Recht haben viele mutige Menschen lange gekämpft. Sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen oder Kundgebungen für eine Sache einsetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede*n unbürokratisch möglich ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Der Schutz der persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten werden.

Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört: Kinder und Jugendliche

Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre Zukunft mitzuentcheiden. Wir werden das Wahlalter für die Landtagswahlen deshalb auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass alle politischen Akteure die Belange der Jugendlichen besser in den Blick nehmen. Kinderrechte sind in der Landesverfassung verankert und müssen gelebt werden. Mit einem verbindlichen Jugendcheck werden wir die Gesetzesentwürfe darauf prüfen, wie sie das Leben von jungen Menschen beeinflussen. In den Kitas und Schulen sollen Beteiligungskonzepte verankert und verlässlich gelebt werden, sodass Kinder Demokratie von Beginn an erfahren und in ihrer

Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir der Jugend ein verbindliches Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den Gemeinden durch Gesetz verbindlich vorschreiben, für die Interessen von Jugendlichen besondere Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen. Durch die bessere Einbindung in den demokratischen Prozess muss die Gemeinde die Interessen der Jugendlichen stärker wahrnehmen.

Ein Vielfalts-Update für unsere Demokratie

Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische Ehrenamt so aus, dass jede*r unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder individueller Lebenssituation sich aktiv am politischen Prozess beteiligen kann. Auch Bürger*innen aus anderen EU-Staaten sollen das Recht bekommen, an Landtagswahlen teilzunehmen. Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit langem in NRW ihren Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht. Mehrstaatlichkeit wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. Auch werden wir unseren Einfluss auf die Bundespolitik nutzen, um mehrere Staatsangehörigkeiten neben der Deutschen zu ermöglichen. Wer sich eine Meinung bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden. Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir schaffen Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen.

Zivilgesellschaft und ehrenamtliche Arbeit unterstützen

Demokratie ist nur so stark wie die Gesellschaft, die sie unterstützt. Ob beim Schwimmtraining, im Kita-Förderverein, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in der Kirchengemeinde: Ehrenamtlich engagierte Menschen in NRW sorgen buchstäblich dafür, dass der Laden läuft und tragen die Interessen und Anliegen der Bürger*innen in die Öffentlichkeit. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement und der Bürgerbeteiligung einen deutlich höheren Stellenwert in der Regierungspolitik einräumen. Hierfür spielt die langfristige Absicherung von Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach engagieren können, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Behinderung oder sexueller Identität. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen. Wir bauen den Freiwilligendienst aus, bei dem viele jungen Menschen sich engagieren und im Rahmen eines freiwilligen Jahres Erfahrungen sammeln. Wir sorgen dafür,

dass Freiwillige zukünftig bei Kulturangeboten und beim ÖPNV ähnliche Vergünstigungen und Ermäßigungen bekommen wie beispielsweise Schüler*innen, Azubis und Studierende.

Kommunalpolitisches Engagement erleichtern

Tausende Menschen übernehmen in NRW ehrenamtlich Verantwortung in der Kommunalpolitik. Wir machen die kommunalen politischen Gremien fit für die Digitalisierung. Dafür erweitern wir die Gemeindeordnung so, dass sie demokratische Teilhabe digital möglich macht. Wir werden mit den Kommunen sicherstellen, dass alle gewählten Vertreter*innen die technischen Möglichkeiten haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und Schulungen.

Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder Angehörige, die gepflegt werden müssen, werden von dem derzeitigen hohen zeitlichen Mehraufwand abgeschreckt. Dabei ist es begrüßenswert, wenn mehr Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der Kommunalpolitik mitmischen. Mehr Personalmittel für hauptamtliche Unterstützung für die Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die Mandatsträger*innen.

Wir machen den Staat effektiv, transparent und bürgernah

Für einen attraktiven öffentlichen Dienst der Zukunft

Ob in Schulen, bei der Polizei, in Gerichten oder im Gesundheitsamt – gut ausgebildete und motivierte Mitarbeitende sind das Fundament eines Staates, der funktioniert und handlungsfähig bleibt. Doch dieses Fundament hält nicht von allein. Wir müssen handeln um es zu für die Zukunft stärken. Derzeit sind ca. 20.000 Stellen in der Landesverwaltung unbesetzt. Unsere Behörden bestehen den harten Wettbewerb um die besten Köpfe nur, wenn die Arbeit im öffentlichen Dienst attraktiver wird. Gemeinsam mit den Interessensvertretungen für die Beschäftigten und den Gewerkschaften werden wir deshalb einen neuen Rahmen für einen modernen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen schaffen. Den Kern bildet ein Lebensarbeitszeitkonto, mit dessen Hilfe Beschäftigte eine flexible wöchentliche Arbeitszeit erhalten, um damit frühere Pensionierungen oder Auszeiten zu schaffen. Wir werden auch die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten überprüfen und anpassen, damit der öffentliche Dienst auf der Höhe der Zeit bleibt. Nicht zuletzt werden wir die Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorantreiben. Denn in unseren Behörden gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen zu überwinden und ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen zu garantieren. Dafür werden wir die Instrumente für eine gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen.

Ein Staat, der funktioniert

In unseren Behörden geben tagtäglich gut ausgebildete Fachleute ihr Bestes für unser Gemeinwesen. Und trotzdem ist der Kontakt zur Verwaltung für viele Bürger*innen und Unternehmen umständlich. Das liegt oft an veralteter Technik und überholten Strukturen und Abläufen. Wir investieren in den bürgerfreundlichen, effektiven Staat mit einfacheren, grundsätzlich digitalen Verfahren. Aber auch der direkte Kontakt und Vor-Ort-Termine bei den Behörden bleiben für viele Menschen wichtig und müssen deshalb weiterhin möglich sein. Nur mit einer zukunftsfähig aufgestellten Verwaltung kann der Staat die vielen an ihn gerichteten Ansprüche und Aufgaben erledigen. Damit überall digital gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen aus. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Implementierung digitaler Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht, in dem jede Kommune ihre eigene Lösung entwickelt. Und wir nutzen die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um gleichzeitig moderne Arbeitsweisen einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft arbeitet vernetzt und in Teams, mit großer Transparenz nach innen, flexibel und mit flachen Hierarchien. Diese Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen von „New Work“ und agilen Methoden ausprobieren.

Der lernende Staat: gewappnet für die nächste Krise

Unser Land befindet sich seit einigen Jahren im Krisenmodus: Zuerst die anhaltende Hitzewelle, dann die Pandemie und schließlich im Sommer 2021 das verheerende Hochwasser: das alles beeinträchtigte und beeinträchtigt noch immer unser aller Leben. Die Krisen decken aber auch schonungslos auf, wo Politik und Verwaltung Nachholbedarf haben. Wir wollen aus ihnen lernen, damit unsere Gesellschaft krisenfester wird. Denn die Herausforderungen werden angesichts der Klimakrise in Zukunft nicht kleiner, sondern größer. Wir versetzen Politik und Verwaltung in die Lage, vorausschauend und planvoll zu handeln. Wir machen Vorsorge zu unserem Leitprinzip. In Nordrhein-Westfalen kommt der Landesregierung dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen eine bessere Kultur der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den einzelnen Behörden und Ebenen. Zur vorausschauenden Politik gehören Katastrophenpläne für den Ernstfall und mehr Investitionen in Forschung. Wer gut vorbereitet ist, kann planvoll handeln und Schaden abwenden. Deshalb gilt für uns: Eine wichtige Grundlage für unsere Politik legen Wissenschaft und Forschung, sei es beim Klima oder in Pandemien.

Transparenzoffensive starten, Korruption bekämpfen

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf zu wissen, wer sich in welcher Weise an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Dafür führen wir ein verbindliches und öffentliches Lobbyregister für die Landesregierung und den Landtag sowie einen umfassenden „legislativen Fußabdruck“ ein. Dieser macht transparent, welche Organisationen und Lobbyinteressen Einfluss auf die Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Das Abstimmungsverhalten der

Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein, dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird.

Nicht allein durch die Maskenskandale der Union ist offensichtlich geworden, wie schnell Glaubwürdigkeit verloren geht und wie stark dieser Vertrauensverlust dem Parlamentarismus zusetzt. Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten, sodass Parlamentarier*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist. Die Abkühlzeit für Mitglieder der Landesregierung vor einem Wechsel in Lobbyismus verlängern wir auf die Dauer des Bezugs vom Übergangsgeld, längstens auf 24 Monate.

Wir setzen uns für den wirksamen Schutz von Whistleblower*innen ein. Sie schützen die Beachtung der Rechtsordnung und damit das Funktionieren des demokratischen Systems. Whistleblower*innen brauchen Schutzklauseln im Dienstrecht, damit sie ohne Repressionen auf Missstände hinweisen können. Hierfür schaffen wir eine unabhängige Prüfstelle und setzen uns für einen Fonds zur finanziellen Unterstützung von Whistleblower*innen ein.

Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind Rechtsverstöße mit verheerenden Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt und Menschen. Wir gestalten die öffentliche Beschaffung transparenter und schaffen Vorkehrungen gegen Interessenskonflikte. Wir wollen die Angebote zur Korruptionsprävention der öffentlichen Verwaltung ausbauen und unterstützen die Einrichtung von Ombudsstellen.

Sichere öffentliche IT - Offene und verfügbare Daten und Software

Wir vertrauen der öffentlichen IT viel an. Ob Schüler*innendaten, Stromnetze oder Krankenversorgung – ohne IT läuft nichts in unserer Gesellschaft. Jede Sicherheitslücke kann fatale Folgen haben. Deshalb sichern wir höchste Standards für IT- Sicherheit und Datenschutz bei Behörden des Landes und den Kommunen gesetzlich ab. Deutlich mehr Behörden sollten außerdem den IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umsetzen. Wir fördern die gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen sowie Unternehmensgründungen im Bereich IT-Sicherheit.

Auf öffentlich zugängliche Informationen zugreifen zu können, ist Grundlage unseres demokratischen Staatsverständnisses. Land und Kommunen sammeln und erstellen mit großem Aufwand riesige Datenmengen. Und die können sehr nützlich sein, etwa für Medien, Bürger*inneninitiativen, die Wissenschaft oder auch innovative Unternehmen. Wir ermöglichen mehr Teilhabe am "Datenschatz" in Form von nicht personenbezogenen Daten. Was der Staat finanziert, muss auch allen zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Mit uns werden Open Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle öffentlichen Stellen vom Ministerium bis in die letzte Amtsstube.

Wir begreifen Vielfalt als Stärke

Zusammen unsere Einwanderungsgesellschaft gestalten

NRW ist der Inbegriff von Vielfalt. In unserem Bundesland leben 18 Mio. Menschen, mehr als fünf Millionen von ihnen haben eine Einwanderungsgeschichte. Damit verfügt unser Bundesland über eine Einwanderungsgeschichte, die es über Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht hat, was es ist. Die verschiedenen Etappen, in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern unser Bundesland mit verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt und bereichert haben, sind Teil unserer Identität und müssen lebendig gehalten werden. Das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft stärken, internationale Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch breiter zu fassen und auch die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Folgen systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in Stadt-Quartieren umfasst.

Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz einführen und Antidiskriminierungsarbeit ausweiten

Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.

Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, Diskriminierungen in den Zuständigkeitsbereichen des Landes – wie etwa der Schule oder der Polizei – zu melden und gegen diese auch rechtlich

vorzugehen. Die Möglichkeit für Betroffene, sich effektiv gegen erlebte Diskriminierung zu wehren, werden wir mit einer Landesantidiskriminierungsstelle und einem Landesantidiskriminierungsgesetz ausbauen. Indem wir ein Verbandsklagerecht einführen, können sich Betroffene auf Wunsch auch von ihren Verbänden vertreten lassen.

Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrigschwelliges Unterstützungs- und Beratungsnetz. Die bisherigen Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit wollen wir deshalb flächendeckend ausbauen. Eine Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen auf Landesebene und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über Diskriminierungsformen aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die Landesantidiskriminierungsstelle Diskriminierung und strukturelle Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig Handlungsempfehlungen für die Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten.

Behörden der Zukunft: Partner der Vielfalt

Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige Ansprechpartner*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität und Antidiskriminierung beinhalten. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online, telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen die soziale und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

Barrierefrei leben – Teilhabe ohne Schranken

Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung wollen wir konsequent voranbringen. Zum Beispiel sollen Menschen, die im Rollstuhl in der Stadt unterwegs sind, ohne große Umwege und ohne fremde Hilfe ihr Ziel erreichen. Kinder und Jugendliche, egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen können, für den sie sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erinnern wir

Unternehmen und Ausbildungsbetriebe an ihre Pflicht, Menschen mit Behinderung einzustellen und überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen im Bauwesen von Beginn an ein, wenn Schulen oder Wohnungen gebaut werden. Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Wir fördern die organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung und finden gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

Lernen für religiöse Vielfalt und Toleranz

Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es wichtig, dass jede*r Schüler*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl hat, am konfessionellen Religionsunterricht oder an einem altersgemäßen Philosophieunterricht teilzunehmen. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau von Bekenntnisschulen in bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir unterstützen den islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer Verfassung. Er leistet einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und Integration muslimischen Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische Ausbildung des Lehrpersonals in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt. Wir wollen die Stimmen liberaler Muslime in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken. Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören nicht in die Kommission. Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im Diskurs mit den Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach verankert ist – zu einem gemeinsamen konfessionellen Unterricht weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht. Dieser Unterricht verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in unserer vielfältigen Gesellschaft.

Das Recht auf Religionsfreiheit schützen

Religion ist für viele Menschen in NRW ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags und prägender Teil der eigenen Identität und der Deutung der Welt. Die Freiheit, den eigenen Glauben zu leben, ist ein Menschenrecht ebenso wie das Recht, keine Weltanschauung oder Religion auszuüben. Der Staat muss diese Rechte gewährleisten und schützen. Religionsgemeinschaften sind wichtiger Teil unserer Zivilgesellschaft. In ihnen engagieren sich viele Menschen für die Gemeinschaft, sie sind Räume für Engagement und prägen und bieten Heimat. Voraussetzung für einen positiven Beitrag zur demokratischen Gesellschaft ist, dass Religionsgemeinschaften die Grundprinzipien der Verfassung achten, sich dem öffentlichen Diskurs stellen und nicht fundamentalistisch agieren. Das gilt insbesondere dann, wenn sie mit dem Staat kooperieren. Islamische Gemeinschaften können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen, denn muslimisches Leben gehört zu NRW. Die vier großen muslimischen Verbände erfüllen diese Voraussetzungen aber derzeit nicht. Wir

unterstützen die Imam-Ausbildung in NRW und werden muslimisches Engagement fördern. Jüdinnen und Juden sind ein Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und Institutionen wollen wir die Vielfalt jüdischen Lebens noch sichtbarer machen und Begegnung und Austausch ermöglichen. Antisemitismus in all seinen Facetten werden wir uns konsequent entgegenstellen.

Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln

Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen – etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen begrenzt. Außerdem wollen wir, dass Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchenaustrittsgebühr abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung

Die Hälfte der Macht den Frauen

Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die Hälfte der Macht – im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür, dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und Bedarfe von Frauen und Mädchen bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen, unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind. Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche

Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Für die echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

Frauen verdienen - Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken

Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine gerechte Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Care-Berufen wie Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent von Frauen ausgeübt werden. Und wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut“ zu bekommen. Grundlage dafür ist der Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in der Grundschule. In einem Modellprojekt helfen wir berufstätigen Eltern, insbesondere einkommensschwachen und Alleinerziehenden, Unterstützung durch Reinigungskräfte und Kinderbetreuung zu buchen – fair bezahlt, versichert und sozial abgesichert. Damit schaffen wir gleichzeitig Perspektiven jenseits von Schwarzarbeit oder ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen im haushaltsnahen Dienstleistungssektor.

Queeres Leben in NRW - selbstbestimmt und diskriminierungsfrei

Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*-, Inter*- und queere Menschen (LSBTIQ*) in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können. Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land und die vielen CSDs und Pride Demonstrationen haben längst einen festen Platz in unserer Gesellschaft. Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele queere Menschen zu ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir Betroffenen und Verbänden das Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Das schreiben wir in einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest. Wir stärken queeres Leben und die Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln. Er sorgt für Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz. Wir bauen das Angebot von Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Außerdem legen wir ein wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind.

Sexarbeiter*innen verdienen unsere Unterstützung

Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen. Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen. Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins Leben rufen.

Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair für Geflüchtete

NRW wird sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete

Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch immer ertrinken jedes Jahr viel zu viele Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir stehen an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen Sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral, kommunal und humanitär

Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen wir ab. Wir müssen weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten. Denn gerade in den ersten Wochen brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in geschützten Räumen, wo sie ankommen und sich sicher fühlen können. Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und andere zivile Akteure leisten bei der Beratung und Betreuung der Geflüchteten einen unerlässlichen

Beitrag, den wir hoch schätzen und weiterhin stärken wollen. Ebenso ist eine umfassende Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln. Geflüchteten Kindern, die in den Landesunterkünften untergebracht sind, werden wir den Zugang zum Unterricht in Regelschulen ermöglichen.

Eine qualitativ hochwertige Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im Schulterschluss mit den Kommunen. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam verbindliche Standards für Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die die individuellen Schutzbedürfnisse der Betroffenen beachten. Um die Kommunen hier zu unterstützen, erhöhen wir die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz, die keine Unterscheidung zwischen Asylbewerber*innen und Geduldeten macht.

Integration von Anfang an ermöglichen und sichere Bleibeperspektiven schaffen

Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Sie schaffen für die Ankommenden die Basis für ein eigenständiges Leben in unserer Gesellschaft. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen und erfolgreich abschließen können, bauen wir begleitende Kinderbetreuungsangebote aus. Als wichtige Partner wollen wir die kommunalen und zentralen Ausländerbehörden stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese neuen „Willkommensbehörden“ sollen Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, bei ihrem Weg zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsmarktintegration begleiten und fördern und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend nutzen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*innen und Rom*ja und wegen Gewalt gefährdete Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und Kriegsregionen bewahrt werden. Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden, aber gleichzeitig immer fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und transparent sein. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der Betroffenen geachtet werden. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte dar. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer, wie aktuell Afghanistan und Syrien, lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat

Justiz modernisieren und entlasten

Unsere Gerichte kämpfen schon jetzt mit dem Fachkräftemangel. In den nächsten Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter*innen und Staatsanwält*innen in Pension gehen. Darauf

müssen wir frühzeitig reagieren. Deshalb benötigen wir moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen, die insbesondere für Frauen die Tätigkeit in der Justiz attraktiver machen. Momentan ist die Justiz mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren viel zu lang. Um die Strafverfolgung effektiver zu machen, werden wir die Justiz neben einer Personalaufstockung von einigen Aufgaben entlasten. Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen dafür schaffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand wegen Bagatelldelikten zu einer Haftstrafe verurteilt wird. Hierzu werden wir Vereinbarungen mit den Verkehrsverbänden abschließen, um ticketloses Fahren als nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt einzustufen. Zudem wollen wir die NRW-Richtlinien zum Besitz und Konsum von Cannabis anpassen und den Grenzwert auf 15 Gramm anheben. Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weitgehend abschaffen und durch ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auch den Jugendarrest, insbesondere den Freizeitarrest, wollen wir auf den Prüfstand stellen. Sie sind als Mittel der Abschreckung wie auch der Erziehung ungeeignet. Wir halten individuelle Angebote für sinnvoller. Besonders der so genannte Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Unfaire Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen

Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend abschaffen und durch ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Ein wichtiges Prinzip des Rechtsstaates ist es, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Strafen ohne Ansehen der Person von unabhängigen Gerichten verhängt werden. Das ist derzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, da verhängte Geldstrafen von Menschen mit entsprechendem wirtschaftlichem Hintergrund leicht aus der Portokasse bezahlt werden können, arme Menschen hingegen in manchen Fällen ersatzweise ins Gefängnis müssen. Das ist nicht nur ungerecht und bestraft Vermögenlose doppelt, es erzielt auch nicht den erhofften abschreckenden Effekt bei Vermögenden. Die Abgeltung von (Geld-)Strafen durch gemeinnützige Arbeit gibt der Gesellschaft etwas zurück und dürfte einen stärkeren selbstreflektierenden Effekt haben.

Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Haftanstalten

Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit Straftätern umgeht. Und auch diejenigen, die mit Inhaftierten arbeiten, haben gute Arbeitsbedingungen verdient. Wir streben eine Verbesserung des Personalschlüssels an und wollen den Berufsweg im Justizvollzugsdienst insgesamt attraktiver gestalten. Denn die Beschäftigten in den Haftanstalten kämpfen mit einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Überstunden-Kontingenten. Das führt zu einem erhöhten Krankenstand und Einschränkungen für die Gefangenen (weniger Unterricht, Sportangebote, Therapieplätze, Arztbesuche usw.). Einen Schwerpunkt bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen, pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Laut Gesetz haben Inhaftierte Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft baufällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.

Zudem birgt er Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel mangelnden Brandschutz. Eine Modernisierungsoffensive bietet dabei auch Chancen für eine menschenwürdige Neukonzeption von Haftanstalten in baulicher und architektonischer Hinsicht. Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Vollzugspläne bzw. -ziele erfolgsversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu erleichtern.

Einfach an dein Recht kommen

Jeder Mensch in NRW muss einfach an sein Recht kommen. Wir wollen, dass Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden.

Wir werden mit konkreten Projekten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärken. So wird unter anderem nach dem Berliner Vorbild das Projekt „Wir im Rechtsstaat“ auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Hier geben Richter*innen und Staatsanwält*innen halbtägige Kurse, in denen Bürger*innen über ihre Rechte und Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in Vereinen, Flüchtlingsunterkünften oder Schulen stattfinden.

Jede*r Bürger*in hat in Nordrhein-Westfalen das Recht auf ein faires Verfahren. Das ist in unserem Rechtsstaat eine zentrale Botschaft, auf die Verlass sein muss. Vorurteile und Pauschalisierungen sind bestehende Hindernisse, die diesem Recht entgegensteht. Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion, Behinderung, Gender und LSBTQI*, um individuelle und strukturelle Barrieren abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger*innen möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

Starkes Recht gegen Hass und Hetze

Das Internet und Soziale Medien nehmen immer mehr Platz im gesellschaftlichen Leben ein. Neben vielen Erleichterungen und neuen Möglichkeiten sich zu vernetzen sind dort auch Räume für verachtende, beleidigende, rassistische und diskriminierende Kommentare und Handlungen entstanden. Diese „Hate Speech“ kann für die direkt Betroffenen auch in der analogen Welt zur echten Gefahr werden. Zudem ist „Hate Speech“ schädlich für die demokratische Debattenkultur, da rechtsextreme Akteure immer wieder versuchen, demokratische Positionen, die für Vielfalt und Minderheitenrechte einstehen, zum Verstummen zu bringen. Zur Bekämpfung von Hassrede und Gewalt im Netz sind eine effektive Strafverfolgung, eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen notwendig, die sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und Ansprechstelle „Cybercrime“ auf den Bereich der „Hate-Speech“ erweitern und so eine zentrale und kompetente Strafverfolgungsbehörde gegen „Hate-Speech“ aufbauen.

Wir sichern den Schutz vor Gewalt

Kinder besser schützen

Nicht erst seit den furchtbaren Fällen von Kindesmissbräuchen in Lügde, Münster und Bergisch-Gladbach wissen wir: Beim Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie anderen Formen der Kindeswohlgefährdung, bleibt weiter viel zu tun. Der Untersuchungsausschuss zu den Fällen sexualisierter Gewalt in Lügde hat gravierende Mängel in der staatlichen Struktur zum Schutz von Kindern aufgedeckt. Diese vielschichtigen Mängel wollen wir mit großem Nachdruck beseitigen. Gemeinsam mit den Kommunen und den Landesjugendämtern werden wir dafür sorgen, dass überall in NRW die gleichen fachlichen und personellen Standards in der Jugendhilfe gelten. Wir stärken die Netzwerke des Kinderschutzes vor Ort. Alle am Kinderschutz Beteiligten aus Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Bildungs- und Gesundheitswesen arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken zusammen. Die Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land.

Wir richten die Stelle eines*einer unabhängigen Landesbeauftragten für die Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein. Wir stärken kindgerechte Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von Richter*innen und Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch Kompetenzen bei kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass den Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite stehen.

Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen entschieden bekämpfen

Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und Interventionsstellen. Die Frauenhilfestrategie werden wir durch langfristige Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen. Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird.

Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven

Bekämpfung von Gewalttaten gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

Häusliche Gewalt koordiniert bekämpfen

Wir werden in NRW eine Koordinierungsstelle zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schaffen. Damit setzen wir die Istanbul-Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt verschiedene Hilfsangebote zusammen und unterstützt die Weiterentwicklung der Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln.

Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Wir werden die Schutz- und Unterstützungsstrukturen, die sich an männliche Opfer von Gewalt richten, ausbauen. Das erfordert zusätzliche Ressourcen und darf nicht zulasten der bestehenden Frauenhilfeinfrastruktur gehen. Die Interventionsstellen bei häuslicher Gewalt wollen wir finanziell stärken und als Anlaufstellen für alle Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig vom Geschlecht, weiterentwickeln.

Betroffene unterstützen, die den Gerichtsprozess wagen

Opfer von Sexualdelikten, Stalking und Bedrohungen erstatten in viel zu vielen Fällen keine Anzeige. Ein Grund dafür ist die hohe Belastung der Opfer im anschließenden Gerichtsprozess. Das werden wir ändern und uns für eine den Vorwürfen angepasste Zeugenvernehmung einsetzen. Kein Opfer solcher Straftaten darf mehr Angst davor haben, die Täter anzuzeigen. Zudem werden wir die „Childhood“-Häuser in NRW stärken, in denen die notwendige Begleitung von Kindern und Jugendlichen bei Missbrauchserfahrung in kinderfreundlicher Umgebung unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird.

Neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung

Wir werden neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung straffällig gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen. Im neuen Landesresozialisierungs- und Opferschutzgesetz werden wir den Opferschutz stärken und bei der Resozialisierung mitberücksichtigen. Außerdem werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit besser organisieren, so dass ehemalige Straftäter*innen besser Fuß fassen können und Unterstützung beispielsweise durch Sozialarbeiter*innen erhalten.

Oft ist die Haft nicht die gesellschaftlich sinnvollste Strafe, da sie den Bestraften auch nach der Verbüßung ausgrenzt. Deshalb werden wir alternative Sanktionsformen im Sinne von Haftvermeidung stärker in den Vordergrund rücken. Insgesamt werden wir mit der Vereinheitlichung von Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften für mehr Klarheit bei Struktur und Zuständigkeiten sorgen, so dass mehr Personal und Geld für den effektiven Opferschutz und die

Resozialisierung zur Verfügung steht. Sowohl der Opferschutz als auch die Verbesserung der Lebenslage straffällig Gewordener stehen dabei für uns im Mittelpunkt.

Wir stärken die Sicherheit und schützen Bürger*innenrechte

Mehr Sicherheit mit unserer Polizei: bürger*innenorientiert, professionell und gut ausgestattet

Dass Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich sicheres Land ist, liegt auch an der guten Arbeit der Polizei. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss sie gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und angemessen ausgestattet sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Die hohen Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Wir wollen für mehr Beamt*innen im Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige sozialraumorientierte Polizeiarbeit im „Veedel“ oder Stadtteil zu stärken. Damit leisten wir einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung lehnen wir ab. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für Spezialkräfte, sehen wir keinen Bedarf. Angesichts der immer größeren Anforderungen beispielsweise in den Bereichen Kindesmissbrauch, Umweltkriminalität, Geldwäsche, organisierte Kriminalität (Mafia) werden wir die Kriminalpolizei personell und in der Aus- und Fortbildung stärken. Dabei ermöglichen wir Spezialisierungen und fördern Fachkarrieren. Die gesundheitlichen Belastungen im Polizeidienst sollen durch eine Überprüfung der Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision verringert werden. Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte, beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der Menschenrechtsbildung stärken wir weiter. Wir streben die rechtssichere Einführung einer individualisierten und anonymisierten Kennzeichnung unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamt*innen an.

Gemeinsam gegen Rassismus in der Polizei

Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte, Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer. Die Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ werden wir umsetzen und die Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln. Dazu gehören Präventions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Polizei sowie Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus einführen und die Meldung von Hinweisen erleichtern. Führungskräfte müssen besser qualifiziert und sensibilisiert werden, damit sie Verdachtsfälle besser einschätzen und

intervenieren können. Zusätzlich werden wir eine wissenschaftliche Studie zu rassistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW in Auftrag geben.

Ein*e unabhängige*n Polizeibeauftragte*n für NRW

Die Polizei greift durch ihre Maßnahmen zum Teil empfindlich in die Freiheitsrechte der betroffenen Personen ein. Wie jedes Verwaltungshandeln ist auch polizeiliches Handeln überprüfbar. Einzelverfahren vor Gerichten oder im qualifizierten Beschwerdemanagement können aber nicht mögliche strukturelle Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufdecken. Whistleblower*innen in der Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. Wir wollen daher die Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln. Die Stelle soll sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen.

Effektive Zusammenarbeit bei der Polizei

In keinem anderen Bundesland ist die Polizeistruktur so kleinteilig wie in Nordrhein-Westfalen. Die Vielzahl der Behörden, ihre unterschiedlichen Größen und Zuständigkeiten führen zu gravierenden Nachteilen bei der Aufgabenerfüllung. Gerade der schreckliche Fall sexualisierter Gewalt in Lügde zeigt, dass eine Polizeistrukturereform dringend erforderlich ist, weil die örtlichen Polizeibehörden große beziehungsweise komplexe Verfahren strukturell nicht leisten können. Daher müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten der Kreispolizeibehörden vereinheitlicht und regional gebündelt werden. So wird die Polizeiarbeit überall in NRW effektiver und komplexe Fälle können besser bearbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin überall in Nordrhein-Westfalen ansprechbar ist.

Kriminalpolitik auf solider Faktenbasis

Um die kriminalitätsbezogene Sicherheitslage richtig einschätzen zu können, reichen die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aus. Diese betrachtet nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle, bis diese an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Das Dunkelfeld, also Taten, die der Polizei nicht angezeigt wurden, bleibt hingegen unberücksichtigt. Mögliche Veränderungen von Kriminalitätstrends bleiben so unerkannt. Es wird auch nicht erfasst, ob die gemeldeten Verdachtsfälle überhaupt angeklagt wurden und ein Urteil erging. Wir wollen, dass die Sicherheits- und Kriminalpolitik in NRW auf einer rationalen und evidenzbasierten Grundlage beruht. Wir setzen uns daher für einen periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer Wissenschaftler*innen ein. So soll eine regelmäßig aktualisierte Bestandsaufnahme der kriminalitätsbezogene Sicherheitslage erfolgen, die über die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht und

Dunkelfeldstudien, Ursachenforschung und die Sicherheitswahrnehmungen der Bürger*innen einbezieht.

Vertrag für Demokratie: Entschieden gegen Rechtsextremismus

Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen Fördertopf unterstützen, aus dem kleinere Initiativen und Bündnisse unbürokratisch Kleinstfördersummen beantragen können. Die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus angefangen bei der Opferberatung, über die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur Aussteigerberatung werden wir finanziell deutlich stärken und dauerhaft absichern. Wir werden das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“ auf weitere Kommunen ausweiten und das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickeln. Das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus wollen wir mit einer eigenen Geschäftsstelle stärken. Auch die Arbeit der Gedenkstätten und anderer Träger der (historisch-)politischen Bildung ist ein wichtiger Beitrag für die Stärkung der demokratischen Kultur und die Sensibilisierung für die Gefahren des Rechtsextremismus. Um die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen als wichtigen Bestandteil der Demokratiebildung zu stärken, wollen wir die Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament ansiedeln und sie durch einen externen wissenschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Beirat stärken.

Konsequentes Handeln gegen rechte Gewalt

Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Die Sicherheitsbehörden brauchen dringend bessere Analyseinstrumente, um die Gefahr durch neue Tätertypen erkennen zu können. Offene Haftbefehle gegen Rechtsextremisten müssen schnell vollzogen werden. Wir werden die Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses NRW vollständig umsetzen.

Das Wissen über rechtsextreme und rassistische Strukturen und Entwicklungen ist unabdingbar für den Kampf gegen Rechts. Deshalb werden wir die Rechtsextremismus-Forschung in NRW stärken und ein Monitoring im Bereich Rechtsextremismus sowie zu menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft einführen. Außerdem setzen wir auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild Rechtsextremismus, um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern. Zudem werden wir ein öffentlich zugängliches Archiv zu Rechtsextremismus in NRW fördern.

Neue bzw. verstärkt auftretende Phänomene machen neue Beratungsangebote notwendig. Wir werden ein Angebot schaffen, das das Umfeld von Verschwörungsgläubigen unterstützt. Außerdem werden wir eine personell gut ausgestattete Melde- und Beratungsstruktur für die Betroffenen von „Hate-Speech“ schaffen. Zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus wollen wir eine juristische Beratungsstelle auf Landesebene einrichten.

Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistisch und antisemitisch motivierten Angriffen auf Synagogen, Moscheen oder Kultureinrichtungen. Wir setzen auf deutlich bessere Schutzkonzepte für diese Einrichtungen und in migrantisch geprägten Stadtteilen. Wichtig ist dabei die Einbindung der Communities in die Entwicklung von Maßnahmen des Landes.

Ganzheitliches Handlungskonzept gegen gewaltbereiten Islamismus weiterentwickeln

Von salafistischen und jihadistischen Netzwerken geht weiterhin eine ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden müssen hier weiterhin sehr wachsam sein, um mögliche weitere Anschläge zu verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Salafismus und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben wir im Blick. Das von uns angestoßene ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus werden wir weiterentwickeln.

Den Verfassungsschutz neu ordnen

Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer Demokratie und vielfältigen Gesellschaft mit öffentlichen und nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten und dabei einen klaren Fokus auf gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Wir gründen ein Forschungsnetzwerk, zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Wir schaffen mehr Transparenz über die Arbeit des Verfassungsschutzes durch öffentliche Sitzungen des parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags. Zusätzlich richten wir die Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen.

Katastrophenschutz: Aus der Pandemie und der Hochwasserkatastrophe lernen

Aus der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 werden wir Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in NRW so verändern, dass er deutlich gestärkt wird. Das Engagement der Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk sowie den Spontanhelfer*innen ist unverzichtbar. Die Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so angepasst werden, dass Gefahren besser erkannt werden und die Einsatzkräfte schneller das tun können, wofür sie für den Ernstfall ausgebildet werden: anderen zu helfen.

Zur Katastrophenvorsorge führen wir verbindliche Katastrophenschutzbedarfspläne auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein. Im Katastrophenfall soll die Landesebene Verantwortung übernehmen und die Kreise und kreisfreien Städte unterstützen. Um die Vorsorge zu unterstützen und im Krisenmanagement Verantwortung zu übernehmen, benötigen wir ein eigenes Katastrophenschutzamt auf Landesebene. Die Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung

werden wir verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Im Katastrophenfall müssen Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle Menschen erreichen und für diese auch einfach verständlich und nachvollziehbar sind. Gemeinsam mit den Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz werden wir die Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen stärken.

Wir werden auch die Forschung für den Katastrophenschutz und das Krisenmanagement in NRW stärken. Alle bisherigen Berichte und Evaluationen zu Katastrophenszenarien werden wir auf den Prüfstand stellen, um den Verbesserungsbedarf für NRW zu ermitteln. Außerdem braucht das Land eine eigene Katastrophenschutzplanung, um sich auf die Möglichkeit weiterer Katastrophen, beispielsweise einen großflächigen langanhaltenden Stromausfall oder einen Angriff auf die digitale Infrastruktur, vorzubereiten. Auch die Prävention und Bekämpfung von Wald- und Naturflächenbränden müssen deutlich verbessert werden, wie die Brandereignisse der letzten Jahre eindrücklich zeigen.

Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz in seiner Vielfalt stärken

Die Arbeit von Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz ist unverzichtbar. Das verdient Anerkennung, Unterstützung der Feuerwehren und der anerkannten Hilfsorganisationen sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt. Der enge Austausch mit den Akteuren im Brand- und Katastrophenschutz ist uns wichtig. Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter ausbauen, beispielsweise auch durch kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn. Wer einen Führerschein für Rettungsfahrzeuge erwirbt, macht das im Dienst der Gesellschaft und bekommt deshalb in Zukunft mehr finanzielle Unterstützung. Wir werden außerdem eine Feuerwehrrente nach dem Thüringer Modell prüfen.

Unsere Gesellschaft ist vielfältig – wir wollen, dass sich das auch bei Feuerwehren und im Katastrophenschutz widerspiegelt. Projekte zur Stärkung der Sichtbarkeit von Vielfalt und für Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir. Gemeinsam mit den Organisationen wollen wir den Anteil von Frauen sowohl im Haupt- wie auch im Ehrenamt deutlich erhöhen. Die Kinder- und Jugendarbeit bei den Feuerwehren und Hilfsorganisationen unterstützen wir. Die Brandschutzerziehung und die Verankerung von Schulsanitätsdiensten unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie Erste-Hilfe-Kurse an Schulen werden wir ausweiten.

Wir fördern Kultur, Medien und Sport

Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle

Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch um den besten Weg streiten können. Dafür brauchen wir Journalist*innen, die unabhängig und kritisch arbeiten können. Und wir benötigen ein vielfältiges Angebot an Zeitungen, Online-, Radio- und Fernsehsendungen. Wir stehen zu einem pluralistischen, von staatlichen Institutionen

unabhängigen und kritischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn er sichert unabhängigen, allen zugänglichen Journalismus. Wir verteidigen den WDR entschieden gegen populistische Attacken von rechts und sichern weiterhin seine Finanzierung ab. Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass der WDR sich mit der Gesellschaft weiterentwickelt und relevant bleibt. Wir unterstützen ihn, auch jene Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa bei Jugendlichen oder Menschen mit Migrationserfahrung. Ebenso wie die Formate und Inhalte müssen auch die Gremien des WDR in Zukunft die gesellschaftliche Vielfalt unseres Landes besser abbilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zu gemeinsamen Plattformen weiterentwickelt werden.

Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus

Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige Informationsquellen und Medien, in denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen kritisch hinterfragt werden. Doch gerade vor Ort schrumpft die Vielfalt an lokalen Zeitungen und Radiostationen. Damit sich keine "Informationswüsten" ohne unabhängige Berichterstattung zu Politik, Kultur und Gesellschaft bilden, unterstützen wir die lokale Medienvielfalt und werden dies über eine neue, gemeinsame Medienanstalt der Länder absichern. Wir geben der Idee des gemeinnützigen Journalismus Rückenwind, so dass Bürger*innenmedienvereine und Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren können. Gerade dort, wo sich der herkömmliche Lokaljournalismus zurückzieht, sind diese Initiativen wichtig, um vor Ort kritischen Journalismus aufrecht zu erhalten. Wir Grüne stehen zum „NRW-Zwei-Säulen-Modell“ und für eine starke Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden.

Medienkompetenz für alle - gegen Fake News

Frei zugängliche Informationen sind der Rohstoff für unsere Meinungsvielfalt und Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf unsere freie Gesellschaft. Gerade das Internet und die sozialen Medien beinhalten beides. Deshalb ist es so wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW lernen, kompetent mit Informationen und Medien umzugehen – von klein auf, bis ins hohe Alter. Wir unterstützen Bürger*innenmedien-Kompetenzprojekte, die Bürger*innen und insbesondere auch Schüler*innen in NRW befähigen, Falschmeldungen und Fake News zu erkennen, zu kontern und selbst als Faktenchecker*innen zu arbeiten. Die wichtige Arbeit des 2020 neu gegründeten „Landesverbandes Bürger*innenmedien NRW“ unterstützen wir. Dabei richten wir unseren Blick nicht nur auf deutschsprachige Medien, sondern auch auf internationale. Denn es ist bekannt, dass zunehmend auch ausländische, autokratische Strukturen versuchen, mit Desinformationskampagnen die politische oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen. Demokratiefeindlichen und hetzerischen Inhalten schieben wir einen Riegel vor. Dafür müssen auch unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisiert und ausgestattet sein. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche Wiederausweitung des mehrsprachigen

Angebots des WDR ein, so dass unabhängige Medienangebote auch alle Menschen in NRW erreichen.

Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung

Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur und die Künste unterhalten nicht einfach nur. Sie sind das Lebenselixier unserer Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel vor. Wir Grüne stehen daher für eine transparente, beteiligende und vielfältige Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Unser Ziel ist, dass die NRW-Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler*innen, Bühnentechniker*innen, Bühnen und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit. Bis die Auswirkungen der Pandemie abklingen, setzen wir weiterhin auf spezielle Förderungen. Für eine bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen vor allem die Erfahrungen der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf, dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs- und Zuständigkeitswirrwarr verpufft.

Kulturschaffende und Künstler*innen besser absichern

Wenn wir eine freie und vielfältige Kultur wollen, müssen wir auch die Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen kreativ werden können. Viele Kultur- und Medienschaffende arbeiten mit großem Engagement unter prekären Bedingungen, verdienen wenig oder unregelmäßig und sind nicht ausreichend für das Alter abgesichert. Die Kunstförderung darf deshalb nicht allein am Output orientiert sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler*innen zum Ziel haben. Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für öffentliche Theater für Solo-Selbstständige auf und hinter der Bühne verbessern wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen.

Mehr Raum für Kultur

Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs- und Freiräumen – und zwar am besten mitten unter uns, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude ermöglichen wollen,

etwa durch die Übernahme von Versicherungen. Auch Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir den Weg frei. Wir passen die Anforderungen zum Lärmschutz so an, dass zwischen dem berechtigten Ruheinteresse von Anwohner*innen und den Anforderungen an lebendige Kulturräume ein fairer Ausgleich stattfindet. Dass Clubs erstmals auch rechtlich als kulturelle Orte anerkannt sind, begrüßen wir sehr und werden in NRW dafür sorgen, dass dies rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor Verdrängung geschützt werden.

Kultur ist für alle da - Zugang zu Kultur erleichtern

Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Wer früh und möglichst intensiv die eigene Kreativität entwickeln kann, wird sich sozial, kulturell und menschlich auch später im Leben deutlich besser zurechtfinden. Kunst und Kultur sensibilisieren auch für die Umwelt und das menschliche Miteinander über alle Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir Grüne in NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern weiterentwickeln. Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder stärken, Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum schulischen Kanon kultureller Bildung gehören. Dabei sollen auch grundsätzliche Überlegungen wie ein „KulturTicket-NRW“ oder vor Ort der „freie Eintritt für Schulklassen“ sowie insgesamt eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an Kultur und Kunst in NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Hier wollen wir entsprechende Modellprojekte vorantreiben. Auch Kooperationsmodelle zwischen Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt gefördert werden.

Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen

Gesellschaftliche Vielfalt ist ein kultureller Schatz. Das sollte sich auch in den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens widerspiegeln. Vielfalt wird mit uns Programm – und zwar besonders dort, wo das Land und die Kommunen die Kultur finanziell fördern. Öffentlich geförderte Einrichtungen werden wir unterstützen, die gesellschaftliche Vielfalt und Barrierefreiheit stärker zu berücksichtigen – etwa im Programm, bei der Besetzung von Künstler*innen oder Leitungspositionen oder Jurys. Bei der Besetzung von Intendanten müssen endlich Frauen stärker zum Zuge kommen. Neue Leitungs- und Organisationsformen als Alternative zum überkommenen, stark hierarchischen Intendanten-Modell, sollen nicht die Ausnahme, sondern die Regel werden.

Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise. Zum einen können sie selbst ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, zum anderen wichtige Impulse für eine nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft geben. Immer mehr Initiativen, Festivals, Filmproduzierende und Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture Desk“-Beratungsstelle und eines „Green-Culture-Fonds“ des Bundes.

Medien-, Film- und Kreativwirtschaft fördern

NRW ist ein Film- und Medienland. Die Branche ist ein eigenständiger, wichtiger Wirtschaftsfaktor, dessen Innovationskraft auch für andere Branchen immer bedeutsamer wird. Wir stärken ihn weiter durch Förderung und kluge Vernetzung mit anderen, auch internationalen Förderzusammenhängen. Auch das „Mediennetzwerk NRW“ soll weiter gestärkt werden. Dabei spielen Ausbildungs- und Förderangebote wie die „internationale Filmschule Köln“, das „Mediengründerzentrum NRW“ und das „GamesLab Cologne“ eine zentrale Rolle. Ebenfalls unterstützen wir nach wie vor ganz besonders die erfolgreiche Arbeit der Film- und Medienstiftung NRW. Die Gründerförderung in Kreativwirtschaft und Kultur wollen wir in Kooperation mit den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine effektive Popkulturförderung in NRW etablieren.

Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen

Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen uns und unser Land weiter. Wir alle tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit wach zu halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten. Es gibt nur noch sehr wenige Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede Familie im Einwanderungsland NRW hat einen biografischen Bezug zur NS-Geschichte. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Erinnerung für alle Menschen lebendig und erfahrbar gemacht wird und sichern daher die Arbeit der Gedenkstätten finanziell weiter ab. Wir sind außerdem offen dafür, neue Erinnerungsorte zugänglich zu machen und mit entsprechenden Angeboten auszustatten – auch um an die Opfer des Rechtsextremismus in der Nachkriegsgeschichte zu erinnern. Rechtspopulistischen und anderen Kräften, die einen Schlussstrich unter das Gedenken setzen wollen, stellen wir uns entschieden entgegen.

Sport braucht weiter eine intakte Infrastruktur

Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig, denn Sport ist gut für Gesundheit und Wohlbefinden. In den Vereinen, auf Sportplätzen, in Hallen und Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Erfahrungen zusammen. Mit seinen vielen ehrenamtlich Engagierten ist der organisierte Sport wortwörtlich die größte Bürger*innenbewegung in NRW. Aber auch jenseits der Vereine und Verbände finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu treiben und in Bewegung zu bleiben. Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung. Viele Sportstätten werden zurzeit durch das Programm „Gute Sportstätten 2022“ instandgesetzt. Den Erfolg des Programms werden wir evaluieren und das Programm weiterentwickeln. Wir setzen uns insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den Schwimmunterricht an

Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen. Daneben werden wir Bewegungsmöglichkeiten für Klein und Groß in die Wohnumgebung integrieren. Sportmöglichkeiten, wie beispielsweise auf dem Grüngürtel in Köln, erfreuen sich großer Beliebtheit und fördern das Zusammenleben in den Quartieren.

Sportförderung und Sportgroßveranstaltungen, von denen alle profitieren

Wir Grüne sehen Sportgroßveranstaltungen als integratives und einendes Element an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von solchen Events. Deshalb sollen sie in Nordrhein-Westfalen unter der Maßgabe von Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung der Bürger*innen in Zukunft begleitet und vorangetrieben werden.

Sport und Bewegung leisten wichtige Beiträge zur gesundheitlichen Prävention. Wir werden den Präventionsgedanken noch stärker in die Sportförderung integrieren. Prävention und Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle, aber insbesondere auch für ältere Menschen. Unser Ziel ist es, die Förderung der guten, eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance“-Kriterien transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wünsche von Sportler*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksichtigen. Hierfür ist es richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessportkonferenz mit allen wichtigen Sportakteur*innen an einen Tisch zu setzen. Wir legen mit einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

Dialog im Sport fördern, eSport unterstützen

Wir Grüne werden dem Sport ein verlässlicher Partner darin sein, Sportveranstaltungen zu dem zu machen, was sie sein sollten: ein Ereignis, an dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige Dialogformate und Fanhearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen Beteiligten verbessern. Wir werden unsere Verbündeten gegen Gewalt, Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei ausdrücklich darauf, die organisierte Fanszene als aktiven Teil der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Ebenso gehören die Polizei, die „Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze“, die Ordnungsbehörden, Vereine und Verbände sowie Fanprojekte und Fanbeauftragte zu den Gesprächspartner*innen.

Wir unterstützen die Gaming-Kultur und insbesondere den eSport finanziell und ideell stärker. Wir setzen uns dafür ein, dass eSport-Vereine als gemeinnützig anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung zwischen beiden Welten zu fördern, unterstützen wir gemeinsame Projekte von eSport und klassischem Sport. Ähnlich wie beispielsweise beim klassischen Fußball die Themen Rassismus und Vielfalt, machen wir auch beim eSport gesellschaftliche Themen zum Gegenstand von Förderung und Austausch.

Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt

NRW vernetzt Europa - global denken, lokal handeln

NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas. Wir sind überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner. Wir gründen eine Europa-Stiftung, die die europäischen Werte und die unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie in der schulischen und außerschulischen Bildung fördert. Damit schaffen wir eine Koordinierungs- und Ansprechstelle für die zahlreichen dezentralen Angebote in NRW. Indem die Stiftung ebenfalls den europaweiten Austausch zwischen Kommunen und Regionen stärkt, erneuert sie den europäischen Zusammenhalt und macht die Errungenschaften der Europäischen Union für die Bürger*innen vor Ort erlebbar. Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein und halten entschieden gegen antidemokratische Angriffe.

Wir kämpfen weiter für ein echtes Lieferkettengesetz

Viele Jahre haben Grüne im Bundestag und im Europäischen Parlament für ein Lieferkettengesetz gekämpft, welches Arbeitnehmer*innenrechte und Umweltstandards auch in Drittländern schützt und deutsche und europäische Unternehmen für Verstöße ihrer Lieferanten in die Verantwortung nimmt. Das 2021 beschlossene Gesetz ist für uns Grüne eine herbe Enttäuschung. CDU, CSU und SPD haben ein Gesetz beschlossen, das zwar eine Lieferantenhaftung vorsieht, die Ausnahmen aber zur Regel macht. Maßgebliche Teile der deutschen Unternehmen werden vom Gesetz nicht erfasst. Bis es ein echtes Lieferkettengesetz gibt, werden wir vorangehen und die öffentliche Beschaffung in NRW durch ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien ausrichten.

NRW arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und global

Die Umsetzung der Agenda 2030 und der Klimaziele gehen zu langsam voran. Wir setzen die Ziele im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW um, indem wir die UN-Nachhaltigkeitsziele als festen Bestandteil in allen Landesressorts etablieren und auch die Kommunen dahingehend unterstützen. Außerdem führen wir einen verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck ein, um bei Gesetzentwürfen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen. Unser Ziel muss sein, unseren Kindern einen Planeten zu hinterlassen, der lebenswert ist.

Neben fairer Entlohnung und Arbeitssicherheit ist die Kreislaufwirtschaft ein wichtiger Baustein. Um die begrenzten Ressourcen der Erde zu schonen und Energie einzusparen, müssen so viele

Produktionsverfahren wie möglich im Kreislauf geführt werden. Hierfür brauchen wir beispielsweise nachhaltiges Produktdesign und mehr recyclingfähige Rohstoffe. Die dafür nötigen Maßnahmen möchten wir gemeinsam mit Branchenvertreter*innen, Verbänden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft umsetzen. Das Land muss hier als Partner auftreten und die Industrie bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen. Branchenverträge können dafür den geeigneten Rahmen bilden.

Zivilgesellschaft für die Eine Welt stärken

Viele Menschen engagieren sich in unserem Bundesland ehrenamtlich für den globalen Süden. Sie bauen gemeinsam mit ihren Partner*innen dort Projekte auf. Immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte und sie alle leisten damit einen ganz persönlichen Beitrag. Diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wollen wir unterstützen durch den Ausbau des „Eine Welt Netzes“ als Dachverband entwicklungspolitischer Vereine und engagierter Personen in NRW sowie durch verstärkte Kampagnen für „Fairen Handel“. In unserem Land existiert eine gute Struktur von Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung. Diese bestehenden Strukturen wie die Stiftung „Umwelt und Entwicklung NRW“ und das Programm „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ wollen wir ausbauen, um mehr Menschen damit zu erreichen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit den beiden NRW-Partnerländern Südafrika und Ghana wollen wir intensivieren. Wir fördern globale Partnerschaften von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft und Betrieben aus NRW. Einen wichtigen Aspekt bilden hierbei der beiderseitige Austausch und Kooperationsprojekte von Studierenden, Schüler*innen und Auszubildenden.

Städtepartnerschaften für Nachhaltigkeit

Viele unserer Städte und Gemeinden haben enge Beziehungen mit ihren Partnerregionen überall auf der Welt und führen gemeinsam Projekte aus, auch in der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren Kommunen ein Konzept entwickeln, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, Menschenrechte und Fairen Handel zu zentralen Aspekten bestehender und zukünftiger Städtepartnerschaften macht.

Auch ist Nordrhein-Westfalen Mitglied der internationalen „Under-2-Coalition“, die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius begrenzen will. Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle spielen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu den globalen Herausforderungen zu leisten. Denn es sind maßgeblich unsere Städte und Gemeinden, die europäische und internationale Vereinbarungen umsetzen und mit Leben füllen. Klimapartnerschaften helfen ihnen dabei, sich untereinander zu vernetzen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Damit die Kommunen Ansprechpartner*innen haben, wenn sie eine Klimapartnerschaft aufbauen wollen, schaffen wir eine Koordinierungs- und Beratungsstelle auf Landesebene, die sie bei ihrem Vorhaben

unterstützt und begleitet. Außerdem stellen wir Finanzmittel für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur Verfügung.

NRW als Standort für Internationales verankern

NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und Eine-Welt-Politik. Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und Hilfswerke der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Bonn ist ebenfalls Standort des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, des „Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik“, der „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ oder dem „Bonn International Center for Conversion“. Mit dieser breiten Struktur aus Wissenschaft, internationalen Organisationen und NGOs soll das Land NRW Vorreiter in der Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien, und Demokratisierungsprozesse etablieren.

NRW: Hafen für Menschenrechte und Teil der Einen Welt

Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich klingt, ist es für viele Journalistinnen, Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen, LGBTTIQ, Menschen mit Behinderung, Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.

Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind. Im Bundestag verabschiedeten Abgeordnete bereits 2003 das Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“; aus dem schon 100 Patenschaften hervorgegangen sind. Die Abgeordneten nutzen dabei ihr Netzwerk, um bedrohte Parlamentarierinnen und andere Menschenrechtsaktivisten aufzunehmen. Ein solches Programm wollen wir auch für NRW schaffen und die bisherigen Erfolge in der Verteidigung von Menschenrechten weiter nach vorne zu bringen.

Anders regieren, ehrlich führen

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler

wir haben für Sie in diesem Programm aufgezeigt, mit welchen Projekten wir den Aufbruch in Nordrhein-Westfalen zum Gelingen bringen wollen.

Wir trauen Ihnen und uns sehr viel zu mit diesem Programm, ohne Frage. Ein Programm, das verspricht, alles bliebe beim Alten, wäre nicht ehrlich. Denn der Wandel um uns herum ist längst da, er verschwindet nicht, wenn wir die Augen vor ihm verschließen. Zur Ehrlichkeit gehört auch, einzuräumen, dass diese Veränderung manche mehr, manche weniger fordern wird. Der Wandel, in dem wir uns befinden, wird bestehende soziale und gesellschaftliche Schieflagen verschärfen, wenn wir ihn einfach so auf uns zukommen lassen. Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollen den Wandel so gestalten, dass er eine lebenswerte Richtung nimmt. Das geschieht nicht von allein, wir müssen uns aktiv einsetzen.

Eine solche offene Debatte wünschen wir uns für den anstehenden Wahlkampf und die nächste Regierung von Nordrhein-Westfalen. Eine Debatte, in der ein neuer Vorschlag nicht nur deshalb beiseite gewischt wird, weil er von einer anderen Partei kommt. Wir stehen für ein neues demokratisches Miteinander und einen neuen Regierungsstil. Denn wir wissen, dass ein Land mit über 17 Millionen Menschen nur im Team regiert werden kann. Wir versprechen, Sie als Bürgerinnen und Bürgern auch nach dem Wahltag stärker mit einzubeziehen. Denn auf die großen Zukunftsfragen findet niemand die Antwort allein. Wir machen als Partei Vorschläge, aber Ihr Wissen und Ihre Perspektiven machen politische Entscheidungen erst richtig gut. Das zeichnet modernes Regieren im 21. Jahrhundert aus.

Sie kennen nun unsere inhaltlichen Vorschläge. Zu Recht fragen Wählerinnen und Wähler nach der Umsetzbarkeit von Wahlversprechen. Ein Wahlprogramm kann man aus zwei verschiedenen Perspektiven schreiben: Mit einem Auge bereits auf mögliche Koalitionspartner und ihre Interessen schielend, begrenzt auf das sicher Umsetzbare, um ja niemanden zu enttäuschen. Oder man schreibt es mit einem offenen Blick auf einen Horizont, der weiter geht als bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Wie Sie sehen konnten, haben wir uns für diesen Weg entschieden. Und zwar, weil wir überzeugt sind, dass sich Wandel und Aufbruch nur mit einer positiven Vision von einem besseren Morgen gestalten lässt.

Wir haben Ihnen dargelegt, wie wir Nordrhein-Westfalen zur klimaneutralen Industrieregion entwickeln wollen, in der sozialer Zusammenhalt und echte Chancengleichheit in einer vielfältigen Gesellschaft Realität werden.

Viele unserer Projekte sind sehr ehrgeizig. Sie setzen voraus, dass auch bundespolitisch die Zeit der Mutlosigkeit endet. Und sie sind abhängig von den finanziellen Spielräumen, die das Land NRW und seine Kommunen in Zukunft haben und sich erstreiten können. Wir können deshalb nicht versprechen, dass jedes der Projekte Eins-zu-Eins-Realität wird. Selbst dann nicht, wenn wir – und dafür kämpfen wir – die nächste Landesregierung entscheidend mitgestalten. Was wir

versprechen können: Wir werden mit allem, was uns zur Verfügung steht, daran arbeiten, NRW besser, gerechter und nachhaltiger zu machen als es heute ist. Aber das können und wollen wir nicht allein. Mit uns gibt es Rückenwind für alle, die sich in unserer Gesellschaft auf den Weg in eine bessere, klimaneutrale und gerechte Zukunft machen wollen. Wir laden Sie ein, Teil dieser Bewegung zu werden.



**PROGRAMM
FÜR DEN
WANDEL**

VON HIER AN ZUKUNFT.

***Über den QR-Code geht es zur digitalen Version:
Programmmentwurf zur Landtagswahl am 15. Mai 2022***



GRUENE-NRW.DE